

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 2,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 12. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 3. Kreis 500.— (darunter Dr. R. F. 50.—), 4. Kreis Ost 1500.— (darunter Tischlerei Fischer, Weidenweg 64, 20.—), 4. Kreis Südost 1500.— (darunter W. P. Spinn 5.—, Staffklub „Ramenlos“ 5.—), 5. Kreis, Socialdemokratischer Verein 150.— (darunter R. A. 50.—, Rauchklub „Ohne Zwang“ 50.—), 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 1000.— (darunter A. W. Wistler 1.—, Referat Augustins bei den Straßenhändlern 5.—), 6. Kreis Moabit 837,73 (darunter B. M. 10.—), 8. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 1100.—, 6. Kreis Rosenfelder Vorstadt und Gesundbrunnen 700.— (darunter Ueberführung von der Dampfpartie der Arbeiter der A. G. G. Abt. Maschinenlager 13,95, Ueberf. v. Kranz der Gen. der Firma Bauert 5,30, Ueberf. einer Kranzpende durch J. W. 1,85, Kranzüberf. vom 449. und 451. Reg. 18,85, durch S. Hochstraße 28 Chokoladen-Automat 8.—), Berlin, diverse Beiträge: J. G. 30.—, Kleiner Route, Brandenburgstraße 3.—, Durch Bredow 1,30, Hülse III eingeseh. Hülfstoffe 20 10.—, Sa. 11,30, Ueberf. der Kranzpende v. Hilfenbed u. Groß 10.—, Die Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, Hausdiener von Jacoby durch Bernhardt 7.—, Ueberf. v. D. Geburtstags, aus d. roten Luke 14.—, A. R. 30.—, Dr. L. W. 50.—, Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschaftsbücherei 23.—, Cigarrenfabr. R. Schulze, Friedrichsfelderstr. 21 7,30, M. W. 2.—, P. S. 50.—, A. B. 50.—, Ueberf. d. Lotteriefasse B. W. 1,50, M. G. 2.—, Werkabteilung von Vading 15.—, Von den Mitgliedern der A. S. f. den Drucker 45.—, Im Rauchklub Hildersdorf gesammelt 8.—, Weislag 1.—, Mittag. der H. Dr. 4,75, Hempel 2.—, J. M. 2.—, Borgstedt b. Rendsburg, von de Bienenmofers u. P. M. 3.—, Breslau, socialdemokr. Verein 50.—, Wern 50.—, Waagen, 3. sächs. Reichstags-Wahlkreis 50.—, Vamborg, Solitarius 5.—, Cottbus, P. L. Vierteljahresbeitrag 2.—, Göpenitz, Hohlstelle des Centralverb. der Maurer Deutschlands 6.—, Erfurt, Wahlk. Erf.-Schl.-Bezirk, 50.—, Falkenberg (Oberf.) 14.—, Forst i. L., von den Parteigenossen 200.—, Gelsenkirchen, durch P. R. 20.—, Höchst-Hilfen-Gomburg, Wahlkreis 100.—, Heidenfeld, socialdemokr. Verein 50.—, Hagen i. W., Ungenannt 3.—, Hohenstein-Ernstthal, U. W. 5,30, Hamburg, 2. Wahlk. 2000.—, Halden b. Bremen, v. Parteigenossen 10.—, Hildburghausen, Dr. W., Parteibeitrag für 1900/01 60.—, Hamburg, im Monat November in der Exp. d. „Echo“ eingegangen 52.—, Hahfurt a. M., 2. R. 3.—, Lauscha 10.—, Lohr i. P., Altwater 5.—, Magdeburg, durch Garbaum 30.—, Meran, J. M., Protokoll 0,90, München, S. S. 5.—, Metz, a. S. 1,55, München, Waldläufer 5.—, Nürnberg-Altorf, socialdemokratischer Verein 20.—, Ohlau, Wahlkreis Ohlau-Strehlau, September-November 15.—, Oberlangenbielau, Arbeiter aus dem Eulengebirge 100.—, Quedlinburg, vom A. A. W. 50.—, Regensburg, socialdem. Verein 10.—, Rabnsdorf, R. u. P. 6.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Striegau, socialdem. Wahlk. v. Str. u. Umg. d. d. Kaiserer P. W. 50.—, Solingen, durch den Kreisvertrauensmann 50.— (darunter vom Volksverein Solingen 10.—, desgl. Wald 10.—), Seiffenmehrsdorf, von den 27 Wahlmännern des 2. sächsischen ländlichen Landtags-Wahlkreises 18,50, Tönisheide 10.—, Wandsbeck, socialdemokratischer Verein 800.—, Württemberg 100.—, Wirges, socialdemokratischer Verein des 3. nassauischen Wahlkreises 100.—, Westrid, gesammelt vom Gefangenen „Einigkeit“ 100.—, Zeig, Wahlkreis Zeig-Weidenfels-Raumburg 100.—, Zwickau und Umgegend, A. M. U. 10.—, Zehlendorf, Namenlos 11,25.

Unter den im vorigen Monat vom 6. Berliner Kreis Moabit abgelieferten 813,51 befinden sich folgende Einzelbeiträge: G. J. 6.—, B. M. 10.—, D. M. 30.—

In der Quittung in der Nr. 263 des „Vorwärts“ vom 9. November d. J. muß es unter den Einzelbeiträgen des 6. Berliner Kreises Wedding und Oranienburger Vorstadt nicht heißen 14.—, sondern 15.— Kranzüberf. vom Begräbnis des verstorbenen Kollegen A. Wichmann, gesammelt durch J. L., Anton Elect.

Berlin, den 7. Dezember 1901.
 Für den Parteivorstand:
 A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Staatsstreich in Sicht?

—st. Wien, 10. Dezember.

Wenn eine Bombe aufgefliegen wäre, so hätte sie die Reihen der österreichischen Abgeordneten nicht stärker erschüttern können, als es mit der gestrigen Rede des Ministerpräsidenten geschehen ist. Auf der Tagesordnung stand die zweite Lesung des dreimonatigen Budgetprovisoriums, und da Herr v. Koerber zu der Beratung im Ausmaß ursprünglich gar nicht gekommen war, weil er, wie er erklärt hatte, eine politische Debatte bei dieser Durchgangsvorordnung nicht erwarten konnte, so waren die Abgeordneten gestern wirklich „keines Ueberflusses gewärtig.“ Man hatte sich auf eine bloße Abwägung der Reden der zum Wort gemeldeten Abgeordneten eingerichtet, als sich ganz unvermutet Herr v. Koerber erhob und den Abgeordneten den ganzen Ernst der Sachlage förmlich ins Gesicht warf. Das war nicht mehr das sibihe Verstecken und Verschleiern der unheilbaren Krise, wie es Herr v. Koerber bisher betrieben hatte; obwohl er scheinbar von der Erwägung ausging, daß sich der Gesundungsprozess des Parlaments nur „zu langsam“ vollzieht, klang aus seinen Worten doch die Ueberzeugung heraus, daß die Regierung, und ebenso was über der Regierung steht, die Krankheit des Parlaments als unheilbar erachtet, nicht mehr mit seinem Leben, sondern mit seinem Tode rechnen und die Frage bereits aktuell geworden ist, was dann geschehen solle, geschehen könne, wenn sich das Parlament zur Bewältigung der ihm obliegenden Aufgabe dauernd als unfähig erweisen würde. Das Privilegienparlament zu ärselt um sein Leben: das ist in kurzen Worten, der Inhalt dieser letzten Rede des österreichischen Ministerpräsidenten, die so ernst klingt, so schicksalsschwer, wie noch keine, seitdem Oesterreich parlamentarisch regiert wird.

Anscheinend war zu den ernststen Darlegungen im Augenblick kein Anlaß gegeben. Die Parteien im Abgeordnetenhaus haben auf jeden obstruktionellen Widerstand verzichtet; seitdem das Wort von der Auflösung gefallen ist, sind die Trostigen unter ihnen manierlich und nachgiebig geworden. Insbesondere das Budgetprovisorium, um das in den Obstruktionszeiten so wilde Kämpfe geführt werden mußten, geht nun ohne jede größere Schwierigkeit durch. Aber gerade der Umstand, daß zu der düsteren Rede kein augenblicklicher Anlaß gegeben war, daß sie ganz unvermutet und überraschend gekommen ist, gerade das giebt ihr ein besonderes Gewicht. Mit der Rede trägt die Regierung das Parlament an; vor der gesamten Öffentlichkeit wagt sie ihm an allem, was kommen könne und werde, die Schuld und die Verantwortung zu; nicht sie, die Regierung, sondern das treulose Parlament werde es sein, das vor der Geschichte verantwortlich sein wird, wenn die Verfassung, der Geist der Väter losst gegen die staatliche Gewalt, zusammenbricht und ihre wirkende Kraft einbüßt. Nicht mit Unrecht konnte sich Herr v. Koerber auf die immer zahlreicher werdenden Stimmen berufen, die angeleitet von dem impotenten Gebahren dieses schrecklichen Hauses, nach einer „Reaktion“ verlangen und kein Hehl daraus machen, daß sie dem Schrecken ohne Ende das schrecklichste Ende vorziehen. Wenn das Abgeordnetenhaus in seiner kraftlosen, den Staat zerrüttenden Unfähigkeit verharrt, so wird kommen, was kommen muß: das hat gestern Herr v. Koerber den Abgeordneten trocken herausgelagt, und er hat damit nur ausgesprochen, was sich alle sagen, was jeder fühlt und viele schon ungeduldig erwarten.

Was ist es aber, was kommen kann? Herr v. Koerber hat von drei „Möglichkeiten“ gesprochen, die der Parlamentssturz hervorgerufen könnte. „Man vermisst schon jetzt“, meinte er, „ziemlich viele Stimmen dieser Art, von denen die einen sagen, es liege ihnen an Parlament nichts, weil seine Beschlüsse ihnen nicht passen“ — das sind die Föderalisten, die der lächerlichen Utopie anhängen, man könne einen modernen, kapitalistisch entwickelten Staat mit siebenzehn Landtagen regieren —, während die andern mit seiner Wahlgrundlage nicht zufrieden sind, und die dritten, die hier allerdings nicht zum Worte kommen, noch eine ganz andere Melodie im Kopfe haben. Diese „Melodie“ ist natürlich der Absolutismus, aber daß der Absolutismus, den man vielleicht kritisieren wird müssen, um von dem Privilegienhaus zu einem wirklichen Parlament zu kommen, nicht mehr sein kann denn eine flüchtige Episode, begreift jeder, dem die Existenzbedingungen eines großen Staates vertraut sind. Was also vor dem österreichischen Parlament steht, ist nicht eine Möglichkeit, die kommen kann, aber nicht kommen muß, sondern eine Notwendigkeit, und wie jedes Notwendige nur eines ist, so giebt es auch nur Eine Notwendigkeit: die, die aus dem abgestorbenen, bei lebendigem Leib verfaulenden Privilegienparlament eine wahre, wirkliche Volksvertretung erschafft. Kurzfristige mögen das einen „Staatsstreich“ nennen, in Wirklichkeit wird es aber eine revolutionäre That sein — deren Bedeutung dadurch nicht gemindert wird, daß sie die vollziehen, die diesen Staat zur Zeit bestigen.

Die Wirkung der Koerberschen Rede ist auf die nationalen Parteien geradezu lähmend. Die Herren Obmänner der deutschen Parteien sind noch gestern zu einer Beratung zusammengetreten, und das Ergebnis ihrer Erwägung und ihres Rates war, daß sie zu Herrn v. Koerber gegangen sind, um sich in seinem Zimmer von ihm beruhigen zu lassen. Der Ministerpräsident konnte natürlich mit vollem Recht versichern, daß er mit seinen Worten keine „Drohung“ beabsichtigt habe, daß er vielmehr alles dranzusetzen wolle, daß Oesterreich verfassungsmäßige Zustände erhalten bleiben. Den Herren Obmännern mag das eine Reue gewesen sein, aber außer ihnen dürfte in Oesterreich niemand Herrn v. Koerber in Verdacht haben, daß er aus Frivolität etwa, aus großentwahnfinniger Ueberhebung mit dem Parlamente Krieg beginnen wolle. Nicht drohen wollte der Ministerpräsident, sondern sagen, was ist: damit den Versuch machend, die Abgeordneten zur Vernunft und Besonnenheit zu führen. Daß die bürgerlichen Parteien auf diese Warnung nicht zu erwidern haben, zeigt die Thatsache, daß sie nichts erwidert haben. Heute wurde die Debatte fortgesetzt, man hätte also erwarten können, daß sich die führenden Parteien beillen werden, dem Ministerpräsidenten die Antwort zu geben, das Recht des Parlaments gegenüber seinen „Drohungen“ festzusetzen. Was geschah aber? Die sämtlichen zu Worte gemeldeten Mitglieder der deutschen Parteien ließen sich — von der Rede keine Rede! — und der Wortführer der Jungesenen, der als Generalredner gewählte Abg. Blacel, wußte nichts vorzubringen, als die gewohnten Klagen über Zurücksetzung von Czechen bei Besetzung von Beamtenstellen! Das war die „Antwort“ der bürgerlichen Parteien auf die Rede, die das Gespenst des Staatsstreiches an die Wand malte! Sinnvoller konnte die Abdication des Privilegienparlaments nicht demonstriert werden; das verlegene Schweigen der bürgerlichen Parteien ist ein Beweis, wie die Lebenskraft dieses Parlaments vollständig aufgebraucht ist. Es ist dem Tode verfallen und wartet nur des Schlags, der sein schwächliches Dasein beendet.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 11. Dezember.

Der Zollstreit

turde im Reichstag am Mittwoch wieder aufgenommen und brachte überaus lebendige Episoden; es zeigte sich, daß der gewaltige Stoff, um den der Kampf geht, trotz vielfältiger Auseinandersetzungen noch bei weitem nicht erschöpft ist, vielmehr bietet jede neue Rede neue Herausforderung zu weiteren Erörterungen.

Die Mittwochssitzung gehörte quantitativ den Zolltariffreunden, deren zwei aus dem Hause und einer vom Ministerisch sprachen; von den Gegnern des Tarifs kam nur ein Redner zum Wort, aber diese Rede Singers erlebte durch die Schlagkraft ihrer Angriffe die Ueberzahl der agrarischen Reden.

Zunächst sprach Graf Kanitz. Graf Kanitz ist unter den Agrariern eine eigne Gestalt. Er ist nicht vom Normalmaß der Väter, er müht sich um die wissenschaftliche Begründung der agrarischen Forderungen und bringt seine Anschauungen in fast professoralem Tone zum Ausdruck. Graf Kanitz wirkte auch heute nicht unangenehm, wohl aber erfüllte er nicht die Erwartungen, die auch der Gegner in den Philosophen des Brotwunders sehen mochte. Wo Graf Kanitz sich auf allgemeine Erörterungen des handelspolitischen Problems einließ, gelangte er zu Schlüssen, die selbst der Regierung gänzlich unannehmbar sind, und in der Polemik gegen die Zollgegner redete er zu meist an deren Beweisgründen vorbei. Graf Kanitz bekennt sich als Gegner von langfristigen Handelsverträgen, er glaubt, daß Deutschland durch möglichst geringe Bindung seiner Handelsbeziehungen mit dem Ausland am stärksten dastehen würde. Thatsächlich würde seine Politik den erbittertsten Krieg aller gegen alle entfesseln, der alle Staaten schwerer schädigen müßte und nicht zum geringsten Deutschland, zunächst die deutsche Industrie und in der Folge die deutsche Landwirtschaft. Die schneidige Waffe, durch die Großkönig Deutschland zu schätzen glaubt, würde auf den eignen Leib mörderisch zurückstoßen. Die prinzipielle Handelsvertrags-Freundschaft des Grafen wird dem auch von der Regierung selbst nicht geteilt. Im übrigen brachte Graf Kanitz so unzutreffende Argumente gegen die Zoll-erhöhungs-Opposition, daß daraus nur dem folgenden socialdemokratischen Redner erfreuliche Gelegenheit wurde zur Entwicklung der socialdemokratischen Anschauungen über die Bedeutung des Freihandels innerhalb der kapitalistischen Produktion, über unsere Auffassung vom Verhältnis des Industriestaats zum Agrarstaat und mancherlei andre einschlagende Fragen. Komte der Gelehrte des Zollwunders unglücklich operieren als durch den Hinweis, daß es im freihändlerischen England auch hungernde Menschen gebe? Gerade der Socialdemokratie liegt es fern, eine freihändlerische Handelspolitik als Lösung der sozialen Frage zu betrachten. Wohl aber bietet das freihändlerische England der Arbeiterklasse im allgemeinen bessere Löhne und günstigere Lebensbedingungen als die hochschutzzöllnerischen Staaten Frankreich und insbesondere Rußland, in dem die Hungernot ganze Provinzen verheert. Und an ähnlich verfehlten Versuchen war die Rede des Grafen Kanitz überreich.

Um so wirkungreicher war die Rede des dritten socialdemokratischen Redners, der in der Zolldebatte das Wort nahm. Genosse Singer ergriff in glücklicher Auswahl aus den mannigfaltigen Vorbringungen der Zoll-erhöhungs-Redner die wichtigsten Momente, um sie trefflicher zu widerlegen und in ihrer Wichtigkeit zu erweisen. Singer knüpfte an seinen Vordredner an, wandte sich dann gegen seiner Redner, insbesondere gegen Herrn Speck vom Centrum und den nationalliberalen Freiherrn Heyl zu Herrnsheim. In wichtigem Wortstich warf er deren eifrige Versuche, den Brotwunder in eine Harmlosigkeit umzutauschen, über den Haufen und wendete sich sodann zu einer Beurteilung der Regierungsvorlage, in der er eine Fülle neuen Materials ausbreitete und die Ungeheuerlichkeit der brotwunderischen Zumutungen zu überaus nachvollständigen Ausdruck brachte. Durch vielfache grollende Zurufe und Unwillensklänge wurden die agrarischen Reihen, wie schwer sie getroffen wurden.

Zu den bedeutendsten Partien der Singerschen Rede zählt seine Aufrechnung über die Frage, wer denn in Wirklichkeit die Majorität vertrete, ob die Wucherparteien, die im Reichstage die Mehrheit haben, oder die Gegner des Wunders, die die Volksmehrheit vertreten. Ebenso eindrucksvoll waren die Zitate Singers über die finanziellen Vorteile, die aus der Vorlage den leeren Kassen des Reiches erwachsen und über die gewaltigen Gewinne, die insbesondere der hohe Adel und die deutschen Fürsten aus der Zoll-erhöhung gewinnen würden. Da Singer auch die Summen, die dem deutschen Kaiser zufließen würden, genau berechnete, verhalf Vicepräsident Graf Stolberg dieser Verrechnung zu besonderer Auffälligkeit, indem er dem Redner bedeutete, daß in dieser Art der Kaiser nicht in die Debatte gezogen werden solle. Singer gab ferner eindringliche Schilderung von den Darflichkeiten des Arbeiterlebens, dessen weitere Belastung schwerstes Verbrechen sei, und höhnte die agrarische Guckerei, als ob vom Vorteil aus den Jähren irgend ein Teil den Landarbeitern zu gute kommen würde. Er untersuchte die Ursache der Abwanderung vom Lande und steigerte den agrarischen Kummer zu lauter Mut durch den Nachweis der materiellen und geistigen Verwahrlosung, in der die Agrarier die ländliche Bevölkerung zu erhalten versuchen. Singer schloß die an schlagenden Wendungen ebenso wie an sachlichen Gründen reiche Rede mit dem Hinweis auf den Millionenprotest der Enttäuschten im Volke, deren Namen die socialdemokratischen Petitionen deden, und mit der Aufforderung an die Regierung, den Reichstag aufzulösen und das Urteil des Volkes über den Zollwunder herbeizuführen.

Das Centrum verzuchte durch Auslösung eines jungen Draufgängers den Erfolg der Singerschen Rede zu mindern. In Dr. Heim erscheint ein besondere Spielart der Centrumpolitik. Er hat nichts von der würdevollen Gemessenheit und der vorsichtig diplomatisierenden Methode der älteren Centrumsführer, er ist ein jugendlicher Stürmer, der die Worte nicht wägt und nur das eine Ziel hat, Lacher auf seine Seite zu bringen. Herr Dr. Heim ist der Typus der Demagogie des linken Centrums, er weiß geschickt jesuitische Verdrehungskunst mit derber Spinnmachelei zu mischen. Herr Dr. Heim erreicht fast den Witz eines Liebermann v. Sonnenberg und so erfreute er sich denn des wiederholten Jubels der gesamten Rechten. Aber je mehr seine Rede durch grobe Epähe den Beifall der Zollparteien erwarb, umso weniger vermochte

Die Anforderungen einer ernsthaften Behandlung der Zollfrage zu erfüllen. Das Vordruckema, um das sich Herr Heim mischt, daß neben dem Großgrundbesitzer auch ein Teil der Bauernschaft Nutzen aus den Zöllen hat, steht gänzlich außer Frage. Wir behaupten vielmehr, daß der Nutzen aus den Zöllen um so größer ist, je größer die Getreidefläche der Bauern ist, daß der kleine Bauer einen äußerst geringen Nutzen hat, einen Nutzen, der durch die Schädigung aus dem Einkauf von Brot sowie aus den Futterzöllen und aus den Industriezöllen vielfach überholt wird.

Der Schluß der langen Sitzung brachte ein wahres Satirspiel. Herr v. Podbielski hatte in gravitätisch aufrechter Haltung durch die ganze Sitzung den Rednern gelauscht und mochte nun, nach all den andern Ministerreden der früheren Tage, zum erstenmal die Befähigung des Huzarenoffiziers nicht nur für das Postwesen, sondern jetzt für das Ministerium der Landwirtschaft erweisen. Herr von Podbielski versagte so völlig, daß die freudige Stimmung, welche Dr. Heim den agrarischen Parteien beschert hatte, banger Verlegenheit wich. Je lauter der Landwirtschaftsminister abgebrauchte Gemeinplätzchen vortrug und eine unjagbare Unkenntnis der einfachsten Verhältnisse der Landwirtschaft in peinlichem Pathos ausbreitete, um so stiller wurde es in den Rängen der Redner, und die Kammermitglieder wagten es nicht, das Ende dieser Ministerrede mit dem leisesten Beifall zu bezeichnen. Freilich besaß Herr v. Podbielski zu allem andern Ungeachtet auch die Ungeachtetlichkeit, seine Rede durch die Aufforderung zu beschließen, daß die Agrarier sich an den von der Regierung gebotenen Zöllen genügen lassen mögen.

Der Präsident hat die Fortsetzung der Debatte am Donnerstag bereits auf 11 Uhr vormittags angesetzt. Noch eine stattliche Namensreihe ist in die Rednerliste eingezeichnet.

Verichtigung. Am Schluß unserer Betrachtung über die Montags-Sitzung des Reichstags in Nr. 288 des „Vorwärts“ ist irrtümlich eine Rede des Abg. Aigner kritisiert worden. Wir haben zu berichtigen, daß nicht Herr Aigner, sondern Herr Vedtschach vom Centrum die betreffende Rede gehalten hat.

Ueber den Zwischenfall in Tientsin

Ist nunmehr auch eine amtliche englische Nachricht erschienen, die sich zwar mit der „Neuter-Meldung“ nicht völlig deckt, noch weniger aber mit der amtlichen deutschen Meldung, die auf dem etwas sonderbaren Umwege über Peking eingelaufen war. Es gehört schon eine nicht gewöhnliche Verdrehungskunst dazu, gleich der „Post“ und dem „Berliner Tageblatt“ zu behaupten, das amtliche englische Telegramm bestätige die deutsche Meldung.

Die Neuter-Meldung behauptete, wie erinnerlich, daß nicht nur der „Amolläufer“ Jüder von den Deutschen niedergeschossen worden sei, sondern daß die Deutschen auch mehrere andre Jüder, die den Toblästigen verfolgten, niedergeschossen hätten, daß also ein „förmliches Gefecht“ stattgefunden habe. Der deutsche Bericht dagegen meldete, daß lediglich der Amolläufer selbst von einer deutschen Wache niedergestreckt worden sei. Der amtliche englische Bericht teilt aber mit, daß die Deutschen **thatsächlich auch auf die verfolgten Jüder der Pendschab-Infanterie Feuer gegeben haben** und dadurch einen derselben töteten und drei weitere verwundeten.

Ein „Gefecht“ hat also stattgefunden, und zwar ganz im Sinne der „Neuter“-Meldung, die es nur ausdrücklich hervorzuheben unterlassen hatte, daß die Salven der Deutschen lediglich auf ein fatales Mißverständnis zurückzuführen seien.

Das „Wolffsche Depeschendureau“ meldet aus London: Eine amtliche Depesche von General Creagh aus Tientsin vom 9. d. M. meldet mit tiefem Bedauern den durch den irrsinnigen Sepoy hervorgerufenen Vorfall; derselbe habe sich in der Dämmerung abgespielt; da zu der Zeit viele Menschen auf der Straße waren, sei es dem Sepoy gelungen, nach dem von den Deutschen besetzten Gebiet zu entkommen, wo er, bevor er getödtet wurde, zwei deutsche Soldaten erschoss und einen dritten verwundete. Der Jesuit und ein anderer Sepoy, der ihn festnehmen wollte, seien von den deutschen Wachen erschossen und drei Mann der dem Jüden folgenden Sepoy-Abteilung verwundet worden. In dem Bericht des Generals heißt es dann weiter, die Deutschen, welche die Situation naturgemäß nicht verstanden hätten, treffen kein Vorwurf, er (Creagh) habe dem deutschen General sein tiefes Bedauern ausgesprochen.

Wenn also General Creagh nicht amtlich gestunken hat, war die amtliche deutsche Meldung sehr unvollständig.

Sonderbar ist es übrigens, daß, trotzdem man in London bereits am 9. Dezember im Besitz der amtlichen Depesche war, die man doch wohl dem deutschen Vorkämpfer in London nicht vorzuenthalten haben wird, noch am 10. Dezember die unvollständige deutsche Meldung publiziert und mit Aplomb der Neuter-Meldung entgegengesetzt werden konnte.

Mag auch der deutsch-englische Kugelwechsel in Tientsin lediglich durch ein Mißverständnis hervorgerufen worden sein — „Mißverständnisse“ sind in der Geschichte schon zum Ausgangspunkte verhängnisvoller Ereignisse geworden. Jedenfalls wird das Blutvergießen in Tientsin kaum dazu beitragen, die ohnehin gereizte und früher schon in blutigen Zusammenstößen — so bei dem schweren Vordellkavall in Tientsin, den Waldersee in höchst eigentümlicher Person schlichtete, mußte — sich entladende Verstimmung zwischen den englischen und den deutschen Truppen zu verschärfen.

Rheinbaben als Statistiker.

Der kleine Puttkamer, weiland Polizei- und jetzt Finanzminister Herr v. Rheinbaben, hat neulich im Reichstag zu Ehren des Brotwunders in der Statistik geradezu Verheerungen angerichtet. Als Polizeiminister hatte er ja keine Gelegenheit zu statistischen Redungen, und als Finanzminister ist er noch zu jung, um dieses schwierige Gebiet der Zahlen einigermaßen zu beherrschen. Er ist bei seinem statistischen Aufzuge mit heikem Kopf heimgeschickt worden.

Unter andern stellte Herr v. Rheinbaben die lächerliche Behauptung auf, daß in der Zeit des 5 Mark-Zolls die Preise für Roggen und Weizen nicht gestiegen, sondern gefallen seien. Das ist völlig unwar, wie durch folgende Zahlen bewiesen wird.

Die Tonne Roggen kostete in Berlin unter dem 3 Mark-Zoll:

1886	130,6 M.
1887	150,9 M.

In Dezember 1887 wurde dann der Zoll auf 5 Mark erhöht. Die verteuerte Wirkung trat sofort in die Erscheinung:

1888	184,5
1889	155,5
1890	170,3
1891	211,2

Erst nach dem Inkrafttreten des Handelsvertrages sanken wieder die Roggenpreise.

Genau dieselbe Entwicklung zeigt sich beim Weizen:

1886	151,3 M.	Zoll von 3 M.
1887	164,4	
1888	172,2 M.	Zoll von 5 M.
1889	187,7	
1890	195,4	
1891	224,2	

Das nennt Herr v. Rheinbaben: Die Preise seien unter dem 5 Mark-Zoll gestiegen. Rein das Gegenteil ist wahr. Die Preise stiegen unter dem 5 Mark-Zoll so rapid, daß mit Recht Caprioli davon sprach, mit der Erhöhung des Zolls auf 5 M. sei der Bogen überspannt worden.

Im übrigen aber ist diese ganze Art der Beweisführung, wenig stichhaltig. Nicht sowohl darauf kommt es in erster Linie an, wie die Preise sich mit der Zeit entwickelt haben, sondern wie viel der deutsche Konsum in jedem Jahre über den Weltmarktpreis belastet wird. Und in dieser Hinsicht haben wir wiederholt nachgewiesen, daß der **deutsche Arbeiter gegenwärtig das teuerste Brotgetreide bezahlen muß in ganz Europa.**

Herr v. Rheinbaben aber mag ein wenig tiefer in die Geheimnisse der Statistik eindringen, ehe er wieder im Reichstage Behauptungen aufstellt, deren Gegenteil wahr ist.

Deutsches Reich.

Die erkundene Quellrede. Die Potsdamer Kenfahrungen des Kaisers über das Duell werden jetzt von allen Seiten energisch in Abrede gestellt.

Der „Reichs-Anzeiger“ stellt fest, daß die ganze Geschichte von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet sie als „glatt erkunden“. Die „Post“ enthält folgende Verurteilung von dem General v. Bod:

„Ein ungewöhnlich dreister Schwindler hat eine Anzahl von Tagesblättern mit einer detaillierten Erzählung betrogen, an der einzig und allein wahr ist, daß Seine Majestät sich, nach Beendigung des Gottesdienstes in der Potsdamer Garnisonkirche am 1. d. Mts., kurze Zeit im Regimentsbureau des 1. Garde-Regiments z. F. aufgehalten hat, wo Se. Majestät unangemeldet erschien und sich mit denjenigen Offizieren unterhielt, die zufällig dort antworfend waren, ein Vorgang, der keineswegs neu, sondern auch früher schon vorgekommen ist.“

Der ganze übrige Inhalt der Erzählung mit allen Details beruht auf völlig freier Erfindung.

General der Infanterie, kommandirender General des Garde-Corps.

Es wird nun notwendig sein, daß die „Potsdamer Zeitung“, aus der die Meldung stammt, sich verantwortet, wie der ungewöhnlich dreiste und wie wir hinzufügen: merkwürdig geschickte — Schwindler entstanden ist.

Lächerliche Drohungen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich völlig mit dem Gedanken abgefunden, daß der Zolltarif nicht zu stande kommt, weil er eine gründliche Beratung natürlich nicht vertragen kann. In der Unternehmung ihrer Frage „wie wird der Hofe lausen“, kommt das Blatt nun zu folgender komischen Erfindung:

„Wie aus bester Quelle mitgeteilt wird, haben einzelne Vertreter der verbündeten Regierungen kürzlich Aushörungen gehalten, aus denen gefolgert werden muß, daß man entschlossen sei, die Handelsverträge sofort zu kündigen, sobald man die Verwirklichung der Obstruktion klar erkannt habe. Dieser Entschluß würde verständlich sein, wenn man gleichzeitig sich entschließen und event. bekunden wolle, daß man geneigt sei, die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft über die Sätze des Entwurfs hinaus zu berücksichtigen; andernfalls würde die Kündigung wenig helfen. Nur wenn die beiden eben angedeuteten Vorbedingungen erfüllt werden, darf die Hoffnung gehegt werden, daß etwas zu Stande komme, — sonst nicht. Sonst dürfte der Hofe trotz aller Mühe der Treiber aus dem Kessel lausen.“

Es ist höchst belustigend zu sehen, welche Sorge die Agrarier um das Zustandekommen eines Entwurfs haben, den sie doch — gar nicht wollen. Und es ist weiter sehr grotesk, wie die Agrarier auf die einfachste Weise durch lächerliche Drohungen die Brotwundergegner von der pflichtgemäßen gründlichen Beratung der Vorlage abzubringen suchen.

Wenn die Regierung wirklich die Verantwortung für eine vorzeitige Kündigung der Verträge übernehmen will, so mag sie das thun — das schadet niemand. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ aber hofft, daß damit die „Landwirtschaft“ noch über die Sätze des Budgettarifs begünstigt werden könnte, so übersteht das Blatt, daß die Regierung dazu gar keine Möglichkeit hat, wenn sie nicht überhaupt statt Handelsverträge zu schließen sich auf Zollkriege einläßt, die allerdings den Agrariern lieber wären als alle Zölle zusammen; denn dann könnten sie den Hunger der Massen ganz nach Willkür besteuern und die Preise für die notwendigsten Lebensmittel diktiert.

Zu diesem Wahnsinn kann sich natürlich selbst die Regierung des Grafen Bälou niemals verleiten lassen. Wenn sie also die Handelsverträge vorzeitig kündigt, so könnte sie nichts anderes thun, als dann auf Grund des geltenden Generaltarifs mit den Vertragsstaaten zu unterhandeln. Die Regierung wäre dann gezwungen, vierhundert, über den 5 M.-Zoll hinaus zu gehen. Die Agrarier würden somit bei einer vorzeitigen Kündigung vom Regen in die Traufe kommen, zumal dann auch der Wucherpakt mit der Industrie in die Brüche geht.

Vielleicht droht Herr Dertel nun zur Abwechslung wieder einmal mit der Behauptung zum Freihandel oder dem Verzicht auf monarchische Zustimmung. Sein neuestes Schreckmittel ist doch gar zu kläglich erlogen.

Protest der Brauereibesitzer gegen den Zolltarif. Der gegenwärtig in Berlin tagende deutsche Brauertag nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute im großen Saal der Victoria-Brauerei zu Berlin versammelten 1000 Vertreter und Leiter deutscher Brauereien legen hiermit Protest ein gegen die in dem Entwurf des neuen Zolltarif-Gesetzes beantragte Erhöhung der Zölle auf Gerste, Malz und Hopfen. Sie erheben hierin eine schwere Schädigung ihrer berechtigten Interessen, die von den nachteiligsten Folgen für das Gesamtgewerbe sein und den Ruin vieler Mittel- und Kleinbrauereien herbeiführen würde. Diese Zoll erhöhungen erscheinen um so ungerechtfertigter, als einerseits die deutsche Landwirtschaft gar nicht in der Lage ist, den Bedarf an Braugerste — in qualitativer und quantitativer Beziehung — zu decken und andererseits die deutschen Brauereien den bayrischen Hopfen nicht entbehren können. Sie geben sich daher der Hoffnung hin, daß der Reichstag den beantragten Zoll erhöhungen seine Zustimmung verjagen wird.“

Brotwundermoral. Als der bayrische Bauernbündler Metzgermeister Hilpert aus dem Reichstage in die bayrische Kammer zurückgekehrt war, empfing ihn am Montag der Präsident des bayrischen Abgeordnetenhauses, v. Ortner, mit folgender Ansprache:

„Ich sehe, daß der Herr Abg. Hilpert zum erstenmal seit einiger Zeit wieder hier anwesend ist. Ich war leider, als der Herr Abg. Hilpert neulich sprach, selbst nicht in der Lage, seine Schlussworte zu hören, und ich bin auch nicht von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, was er am Schluß seiner Rede vom 29. November in Bezug auf den Abgeordneten Löwenstein gesagt hat. Ich bin erst durch die Wiedergabe dieser Kenfahrungen im stenographischen Bericht und in der Presse darauf aufmerksam gemacht worden, daß Abgeordneter Hilpert folgendes bemerkt hat: „Ich bin weit entfernt, Ihnen Fraktionsgenossen nur mit einem Worte zu beleidigen, aber den Wunsch möchte ich aussprechen, wenn alle Israeliten so gesund sind und so alt wie Herr Löwenstein wären, so würden wir bald besetzt sein von ihnen.“ Abg. Hilpert heute zum erstenmal wieder erschienen ist, kann und will ich nicht unterlassen, auszusprechen, daß eine solche Bemerkung gegen ein Mitglied des Hauses durchaus unangehörig ist und den Gepflogenheiten des Hauses widerspricht. Ich sehe mich leider veranlaßt, den Abg. Hilpert darüber förmlich zur Ordnung zu rufen.“

Unser alter berechteter Parteigenosse Löwenstein, der in dieser Weise von dem Hilpert „gearnimt“ wurde, ist Alterspräsident der bayrischen Kammer.

Für die Cyper des Gnesener Prozesses sind bereits über 100 000 M. eingegangen, zu deren Verteilung ein Komitee gebildet worden ist. Die „Kreuz-Ztg.“ denunziert die Sammlung gütig als „polnische Aufwiegelungssache“ und wirft die Frage auf: „Sieht die Regierung dem ruhig zu?“ Sie wird das ja wohl müssen zum Scherz der „Kreuz-Ztg.“, die die 100 000 M. gerit beschlagnahm und als „kleines Mittel“ unter die 25 000 Agrarier verteilt sehen möchte.

Daß die preussische Vergewaltigungspolitik gerade das Gegenteil der beabsichtigten Kirchhofsuche hervorgerufen hat, geht aus einem Bericht hervor, den die „Nat.-Lib. Korresp.“ erhalten hat:

„Mit Besorgnis sehen die deutschen Landwirte aus der Umgegend von Breschen den Folgen der Agitation entgegen, die im Anschluß an das Urteil des Gnesener Landgerichts von den Polen entfaltet wird. Unter den landwirtschaftlichen Arbeitern polnischer Nationalität werden Hef- und Brandartikel der schlimmsten Art verbreitet, worin zum Ungehorsam gegen die Prothexen und zu Gewaltthatigkeiten gegen die deutschen Grundbesitzer und Pächter aufgefordert wird. Bezeichnend ist der Vorfall, daß in einer Dorfschule die Leute von den polnischen Agitatoren mit Schnaps freigekauft wurden; dabei spiegelte man ihnen vor, „zwei Könige“ seien bereit, den Polen zu helfen.“

Wenn man von den plumpen und läppischen Nebertreibungen des Verdicts absieht, ist aus ihm jedenfalls soviel ersichtlich, daß das Gnesener Urteil auch unter den polnischen Landarbeitern eine nur zu begreifliche mächtige Aufregung hervorgerufen hat.

Bauern gegen den Brotwucher.

Man schreibt uns:

In St. Louis, Kreis Kempen, fand eine Versammlung statt, in welcher Dr. Mannebrecher, Berlin, über die Getreidezölle referierte, und welche von Landwirten sehr stark besucht war. Einer der Landwirte, Binger-Beinrad, wurde ins Bureau der Versammlung gewählt. Außer dem Referenten sprach in der Diskussion unser Genosse von der Meulen-St. Louis gegen den Zolltarif-Entwurf, während der Redacteur der „Rheinischen Volksstimme“, Organ der christlichen Bauernvereine, und der Großgrundbesitzer Hüveler-Bemob für die Erhöhung der Zölle eintraten. Der Redacteur Schreiner stellte noch die Behauptung auf, daß die geplante Zollserhöhung für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie eine Mehrausgabe von nur 4 Pf. pro Tag erfordere. Gegen einige Stimmen der Großgrundbesitzer wurde eine scharfe Protestresolution gegen den Zolltarif-Entwurf angenommen. Einzing der Resolution heißt es, daß die Versammlung in ihrer Mehrheit von Bauern besetzt sei. Obwohl dies eine Thatsache war, beantragten die Vertreter des Brotwuchers, diesen Passus wenigstens aus der Resolution zu streichen, welcher Antrag aber abgelehnt wurde. Es war den Herren sichtlich unangenehm, die Kleinbauern mit ihren Tiraden nicht einfangen zu können.

Agrarische Sachverständige gegen den Brotwucher.

Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Die hiesige Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, des Ackerbaues und der Rünfte im Unterelb hat nach einem Referate des Oekonomie-rates Wagner einstimmig den folgenden Beschluß gefaßt:

Die Gesellschaft spricht die Ansicht aus, daß die Erhöhung der Zölle auf Getreide und andre Lebensmittel nicht geeignet sei, die Lage der großen Mehrheit der elbisch-lotringischen Landwirtschaft thatsächlich zu verbessern, während sie notwendigerweise die Gesamtheit der Konsumenten benachteiligen und den Abschluß von Handelsverträgen gefährden würde, die für die Weiterentwicklung von Handel und Industrie unentbehrlich sind.

Der Arbeiterschutz im Gastwirthgewerbe.

Seitdem die ersten Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse im Gastwirthgewerbe in die Wege geleitet wurden, ist nun beinahe ein Jahrzehnt ins Land gegangen. Es fällt der Regierung, wie es scheint, ungemein schwer, den rechten „Mittelweg“ zu finden und ein Gesetz zu schaffen, das den Gastwirten nicht wehe thut, den Gehilfen aber auch nichts nützt. Nun war aber bereits in diesem Frühjahr der Entwurf einer Bundesratsverordnung erschienen, die am 1. Oktober d. J. in Kraft treten sollte. Dies ist aber nicht geschehen, der Bundesrat hat jetzt noch keine Zeit gehabt, sich damit zu beschäftigen, mußte er doch vor allem den Wucherzoll unter Dach und Fach bringen.

Bei dem Bekanntwerden des Bundesratsverordnungs-Entwurfs ging nun der übliche Entwürfsrummel seitens des Unternehmertums in Scene. Die Verordnung sei „unaannehmbar“, der „Ruin des Gastwirthgewerbes“ sei die sichere Folge; auf der andern Seite wurde behauptet, daß es den Angestellten im Gastwirthgewerbe außerordentlich gut gehe, namentlich denen in den Hotels. In zahlreichen Petitionen der verschiedenen Gastwirthvereinigungen, die an den Bundesrat abgegangen sind, finden sich die widerspruchsvollen Behauptungen nebeneinander gereiht; einmal soll die achtstündige Ruhezeit, welche der Entwurf vorsieht, nicht durchführbar sein, ein andermal wird aber behauptet, daß die eigentliche Arbeitszeit kaum 10 Stunden betrage. Die Unternehmer haben ferner eine große Anzahl Handelskammern mobil gemacht, die alle auf Antrag eines Gastwirthsbesizers in ihren Eingaben an den Bundesrat die Verordnung als undurchführbar erklärten.

Gegen alle diese Kundgebungen zu Gunsten der Unternehmer wendet sich nun eine Petition der „Fachscommission der Gastwirthsgehilfen Deutschlands“, welche dieser Tage dem Bundesrat eingereicht worden ist. Sie wendet sich nach zwei Seiten: einmal widerlegt sie die Einwände der Unternehmer gegen den Entwurf der Bundesratsverordnung und sodann erklärt sie diesen selbst als unzulänglich und hält die bescheidenen Forderungen der Gehilfen, wie sie auf deren Kongreß formuliert sind, aufrecht. Wie bescheiden und gerechtfertigt dieselben sind, sei kurz nochmals durch die Resapitalisierung der Hauptforderungen dargelegt.

Die Gastwirthsgehilfen verlangen eine ununterbrochene tägliche Ruhepause von neun Stunden, d. h. also mit andern Worten, sie willigen in eine tägliche Arbeitszeit von 15 Stunden. An Stelle des Sonntags, der ihnen mehr und schwerere Arbeit bringt, als die Wochentage, verlangen sie einen regelmäßig wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag von 36 Stunden. Für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren ist ein etwas erhöhter Schutz gefordert.

Es wäre in der That im höchsten Grade wünschenswert, daß die Regierung nun endlich den äußerst mißthätigen Wünschen der gastwirthschaftlichen Arbeiter nachkäme.

Zur Verpfehlung der Main-Neckar-Bahn wird uns aus Baden vom 10. Dezember geschrieben: Der Staatsminister v. Trauer ließ heute in der Zweiten Kammer, veranlaßt durch die Interpellation der socialdemokratischen Fraktion in Sachen der Verpfehlung der Main-Neckar-Bahn, die Erklärung abgeben, es seien Verhandlungen im Gange, die eine Vereinfachung der Verwaltung der genannten Bahn bezweckten. Der diesbezügliche Vertrag bedürfe der Genehmigung des Landtags und werde diesem nach Renjahr vorgelegt werden. Unse Genossen haben also mit ihrer Interpellation, die übrigens erst nach den Weihnachtsferien zur

eigentlichen Verhandlung kommen soll, ins Schwärze getroffen, in-
sofern sich die Gerichte über bevorstehende Veränderungen in der Ver-
waltung der Main-Neckar-Bahn befähigt haben. —

Ausland.

Liberaler Ablösungsgründungen in England.

London, 8. Dezember 1901.

Eine 300 Delegierte des Verbandes der liberalen Vereine von
England und Wales waren letzten Mittwoch in Derby versammelt,
um eine einheitliche Politik in Bezug auf den südafrikanischen Krieg
zu schaffen. Die Beratungen, in denen sich eine bewusste, klare
Opposition gegen den Imperialismus kundgab, fanden ihren Aus-
druck in folgender Resolution:

Der Generalschluß des Verbandes der liberalen Vereine
anerkennt die ersten Meinungsverschiedenheiten, die in Bezug
auf den Anfang des Krieges innerhalb der liberalen Partei be-
stehen, erklärt aber, daß der Zeitpunkt gekommen sei für Ver-
handlungen mit den Boeren zum Abschluß eines
ehrenvollen und dauerhaften Friedens und daß zu
diesem Zwecke ein besonderer Kommissar nach Südafrika entsandt
werden solle. Der Ausschuß bedauert aufs tiefste die
Suspension der Verfassung und die Ausdehnung
des Ständerechts auf solche Teile in Südafrika, wo die
Civilgerichte aufrechterhalten werden konnten. . . . Schließlich er-
klärt der Ausschuß sein volles Vertrauen in Sir Campbell-
Bannerman als dem Führer der liberalen Partei im Unterhaus.

Die andre Resolution lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung
auf die schreckliche Sterblichkeitsrate in den Konzentrationslagern
und fordert sie auf, die sanitären Zustände um jeden Preis zu ver-
bessern.

Die Konferenz ist aus folgenden drei Gründen bemerkenswert.
Erstens ist sie eine Kriegserklärung gegen die liberalen Imperialisten:
Lord Rosebery, Mr. Asquith, Mr. Galdane und Sir Edward Grey, die
Campbell-Bannerman als Führer der Partei nicht anerkennen wollen.
Zweitens zeigt sie ein Wiederaufleben der liberalen Partei. Drittens spricht
sie sich für die Entfernung Lord Milners aus, denn nur in diesem Sinne
ist das Verlangen nach einem besonderen Kommissar zu verstehen.
Es besteht indes kein Zweifel darüber, daß die Regierung Lord
Milner nicht opfern wird. Die „Times“ weisen einen derartigen
Gedanken mit aller Entschiedenheit zurück. Ebenfalls weisen sie
mit den Boeren zum Abschluß eines ehrenvollen und dauernden
Friedens“ Verhandlungen anzuheben. Nur keine Täuschungen. Der
junge Abgeordnete Winston Churchill, das infant terribile der kon-
servativen Partei, hat in seiner Rede in Birmingham ausdrücklich
erklärt, der Krieg müsse bis zum bitteren Ende fortgesetzt werden,
auch wenn England mit einer oder zwei europäischen Nationen in
Konflikt geraten sollte. Das ist die Stimmung der großen Mehrheit
der Nation.

Die einzige Hoffnung der Boerenfreunde liegt in der Wider-
standschaft der Boeren selbst. Sind letztere noch stark genug, einige
Monate hindurch aggressiv vorzugehen, so wird die Geduld des
Landes mit der konservativen Regierung wackeln. Die durch den
südafrikanischen Krieg zu neuem Leben galvanisierte liberale
Partei hätte sodann die Aussicht, die Friedensverhandlungen
anzunehmen. Die Liberalen stützen sich auf eine derartige Mög-
lichkeit und versuchen, eine gewisse Einigkeit in ihren Reihen her-
zustellen. Die einzige Schwierigkeit besteht mit den liberalen
Imperialisten. In der Partei machen sich nun zwei Strömungen
geltend: eine ist für ein Kompromiß, die andre für eine reinliche
Scheidung; letztere intriguiert gegen Rosebery. Behält sie die Ober-
hand, so ist ein Anschluß der liberalen Imperialisten an die
Unionisten nicht undenkbar.

Die durch den Krieg geschaffene Lage hat eine gewisse Verähn-
lichkeit mit der in Frankreich während der Dreyfus-Affaire. Die Re-
gierung und die militärischen Behörden sind diskreditiert. Die
türkischen Völker-Demonstrationen sind als Symptom bemerkens-
wert. Segen nun die Boeren ihre aggressive Politik noch einige
Monate hindurch erfolgreich fort, so wird das Land nach einer
Regierung streben, die der ganzen Affaire ein Ende machen könnte.
Und das könnte nur die liberale Partei unter Ausschluß der liberalen
Imperialisten thun, also in der Gestalt, wie sie sich in Derby offen-
barte. Eine solche Regierung könnte aber nur mit Hilfe der
organisierten Arbeiter zusammenkommen. Um diese Hilfe zu er-
halten, würde eventuell einer der Arbeiterabgeordneten Minister
werden. Es sind dies alles nur Möglichkeiten und Mutmaßungen,
aber mit ihnen wird in den vom Imperialismus gereinigten liberalen
Organisationen wohl gerechnet. —

Oesterreich-Ungarn.

Der Herausgeber der „Deutschen Zeitung“, Dr. Theodor
Wähner, ist am Mittwoch gestorben.
Wähner war einer der widerlichsten Lämmer der Antisemiten. Er
war es, der seiner Zeit bei der Wahl des Genossen Adler in
Favoriten das handgemeine Gerücht ausgebreitet hatte, doch für
Adlers Wahl durch Prositurierte Agitation getrieben worden sei.

Dänemark.

Für die Arbeitlosen. Die sozialdemokratische Fraktion des
Folkething hat am Sonnabend drei Gesetzentwürfe eingereicht, die
bestimmen, der herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, die
hervorgehoben sei entgegenzuwirken. — Durch den ersten der
Entwürfe soll der Minister des Innern ermächtigt werden, jährlich
bis zu 500 000 Kronen als Staatsbeitrag für solche Gewerkschaften
und Arbeiterorganisationen zu veranschlagen, die den Zweck ver-
folgen, ihre Arbeitlosen zu unterstützen. Der Beitrag aus der
Staatskasse kann bis zur doppelten Höhe des für diesen Zweck ge-
leisteten Mitgliederbeitrages, doch nicht über 10 Kronen jährlich pro
Mitglied betragen. — Durch den zweiten Entwurf wird der Minister
ermächtigt, den Kommunen auf ihren Antrag einen Beitrag aus der
Staatskasse zur Abhilfe der durch die Arbeitslosigkeit entstandenen
Not zu gewähren, der der Summe von 25 Cere pro Kopf der
Einwohnerzahl entspricht. Die hieraus geleistete Hilfe soll nicht als
Armenunterstützung gelten. — Des weitern soll der Minister den
Kommunen zwecks Inangriffnahme kommunaler Arbeiten Darlehen
gewähren, wofür ihm eine Gesamtsumme von 2 Millionen zur Ver-
fügung gestellt wird. — Der dritte Gesetzentwurf bezweckt die ge-
setzliche Einführung des Achtstundentags.

Nachdem Regierung und Folkethingmehrheit kürzlich erst die nicht
notwendigen Feingehältnisse so grobmißig beiseite haben, darf man
auf ihre Haltung dieser Frage gegenüber gespannt sein. —

Frankreich.

Zum Fall Hervé. Der sozialistische Abgeordnete Pastre hat in
der Kammer einen Antrag auf Abänderung des Gesetzes vom 27. Februar
1890 eingebracht. Danach sollen die Rechte der Disziplinär-Richter
eingeschränkt werden. Den Vorarbeiten soll im Disziplinärverfahren
nur beratende Stimme gegeben werden. — Die Entscheidung über die
schonmalige Verurteilung Hervés ergibt sich aus den Studenten. Profes-
soren haben in vielen Universitätsstädten, so in Dijon,
Paris usw. stillgestanden.

Belgien.

Die Spielhöllen. Bezüglich des Gesetzes der Ausbebung der
Spielhöllen sind zwischen Senat und der Kammer neue Differ-
enzen entstanden. Der Artikel 11, in welchem die Verfassung
derjenigen vorgegeben ist, welche ein Spielhaus halten, wurde im
Senat mit 57 gegen 10 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen ab-
gelehnt. Der Entwurf muß also nochmals an die Kammer zurück-
gehen. —

Italien.

Die Demission Turatis.

Rom, 8. November. (Fig. Ver.)

Die Gründe von Turatis Rücktritt sind folgende: Nach den
Ergebnissen der Parteileitung vom vorigen Sommer war eine
Kommission gewählt worden, welche zu prüfen hatte, wer
zu der neuen, gemeinsamen Organisation zugelassen sei und

wer nicht. Die aus Vertretern beider Organisationen be-
stehende Revisionskommission einigte sich über die Zulassung von
etwa 800 Personen ohne Diskussion, bei circa 30 machte
sie Vorbehalte. Es blieb eine Anzahl Mitglieder der „Federation“
(alte Organisation) übrig, die, weil sie den Waffenstillstand, zu dem
die beide Teile verpflichtet, durchbrachen, das Centralorgan, den
„Avanti“, angegriffen hatten, nach Majoritätsbeschluss nicht mehr
aufgenommen werden sollten. Dieser Beschluss traf Mitglieder der
„Federation“, und dies veranlaßte zwei Kommissionsmitglieder, ihre
Ämter niederzulegen; die Arbeiten der Kommission kamen zum
Stillstand, die Mitglieder legten ihre Mandate in die Hände der
Parteileitung zurück.

Die Parteileitung entschied wie früher, nämlich, daß nur eine
Organisation bestehen dürfe. Alle 800 Mann, die von der Kom-
mission als zum Beitritt berechtigt anerkannt worden sind, haben der
„Federation“ beigetreten. Ueber die Zulassung der von der Kom-
mission Zurückgestellten soll ein Schiedsgericht entscheiden.

Im übrigen erklärte die Parteileitung (wie im „Vorwärts“ schon
mitgeteilt) die Differenzen für weit mehr persönlicher als prinzipieller
Natur.

Turati und seine Freunde hatten alle ihre Schritte zu dem
Zweck gethan, eine „Reinigung“ der Partei von solchen Elementen
herbeizuführen, die ein eripriessliches Arbeiten hindern. Durch den
Beschluss des Parteivorstands wird die Kommission, die auf seine
Veranlassung selbst in Funktion getreten war, desavouiert und damit
Turati und Genossen direkt getroffen. Man kann den Rücktritt
Turatis also wohl verstehen.

Die parlamentarische Gruppe hat den Entschluß der Parteileitung
sehr befremdet gefunden und die Gründe Turatis für seinen Rück-
tritt als berechtigt anerkannt. —

Ehescheidungs-Gesetz.

Rom, 8. November. (Fig. Ver.)

Italien hat keine gesetzliche Ehescheidung; möglich ist nur die
durch gerichtlichen Entscheid festgesetzte persönliche Trennung,
die wohl alle Schattenseiten der Scheidung, nicht aber deren Vor-
teile hat. Die sozialistischen Deputierten Berenini und
Berciani haben der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet,
der die Ehescheidung in folgenden Fällen vorseht: Bei Verurteilung
zu Zuchthausstrafe von mehr als 10 Jahren; bei Geisteskrankheit,
die mehr als 3 Jahre dauert; bei Impotenz, die während der Ehe
eingetreten; nach 5 oder 3-jähriger fortwährender (je nachdem
Kinder vorhanden sind oder nicht). Auch ansteckende Krankheiten, wie
Tuberkulose und Syphilis, berechtigen zur Ehescheidung. — Es
scheint, daß das Gesetz in der Kammer durchgeht, nachdem es die
Regierung angenommen hat; im Senat dagegen wird es einer
schärferen Opposition begegnen. —

Die „große Frage des Südens“. In der Kammer beginnt
die Diskussion über das, was man die große Frage des Südens
nennt. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die bekamten
Untersuchungen über die Korruption in Neapel. Diese kommunale
Mißwirtschaft beschränkt sich aber nicht auf Neapel, sondern erstreckt
sich mehr oder weniger auf alle süditalienischen Gemeinden und
Provinzen. Alle Verwaltungszweige, die Kommunal-, Provinzial-,
Militär- und Zivilbehörden sind, wie die verschiedenen
Staubnachrichten, die in der letzten Zeit aus jenen
Gegenden gekommen sind, erweisen haben, von Strebern, gesuchten
und künstlichen Subjekten besetzt. In Catania z. B. haben in den
letzten zehn Jahren 20 Kommunalverwaltungen auseinander gefloht,
und jede scheint nach dem Prinzip verfahren zu sein, daß die Wohl-
thätigkeit bei sich selbst anfängt. Um das Gleichgewicht in den
Finanzen dieser Stadt für dieses Jahr wieder herzustellen, ist allein
eine Million erforderlich; außerdem ist die Stadt bis zur Er-
schöpfung ihres Kredits mit Schulden überhäuft. Nun soll in der
Kammer die große Wäsche vorgenommen werden, für die man etwa
acht Tage in Aussicht genommen hat. —

Eine Hungerstatistik. In welcher traurigen Verhältnissen die
italienische Bevölkerung, namentlich diejenige Süd-Italiens, wo eine
Großindustrie so gut wie noch gar nicht vorhanden ist, lebt, das zeigt
eine Berechnung, welche der neapolitanische Professor Nitti über
die Bevölkerung und den Konsum Neapels aufgestellt hat. Er
vergleicht die Bevölkerung Neapels von 1872 und deren Konsum
mit der von 1899. 1872 hatte Neapel 448 335 Einwohner, 1899 eine
Bevölkerung von 540 373. Er setzt die Bevölkerung an mit 100,
dann ist die Bevölkerung von 1899 = 120,53. Nitti vergleicht
sodann den Konsum von 20 der wichtigsten Nahrungsmitteln in den
beiden Jahren. Auch hier zeigt er den Konsum von 1872 an mit
100 und kommt zu dem Schluß, daß der Konsum von 1899 ist
100,85. Also die Bevölkerung ist gestiegen von 100 auf 120,53, der
Konsum jedoch nur von 100 auf 100,85. Die neapolitanische Be-
völkerung von 1899 muß also den Schwärmern noch enger an-
geklebt als die von 1872. Gleichen wir dazu in Betracht die elenden
Wohnungsverhältnisse, die in Neapel herrschen, so braucht es nicht
Bücher zu nehmen, wenn diese „schöne Stadt der Erde“ ein
händiger, gefährlicher Anstehungsherd für Pest, Cholera und andre
Krankheiten bildet. —

England.

Das Schicksal englischer Arbeiterführer.

London, 9. Dezember. (Fig. Ver.)

Tom Manns Abreise nach Neuseeland ist eine traurige Illustration
zur Lebensgeschichte englischer Arbeiterführer, die mit der Bour-
geoisie keinen Frieden machen wollen. In irgend einem andern,
mehr oder weniger konstitutionellen Lande Europas wäre ein
Arbeiterführer von der Begabung Tom Manns schon längst im
Parlament gewesen, wo er mit seiner hinreichenden
Beredamtheit, seinen gründlichen Kenntnissen der Arbeiter-
lage und seiner sehr bedeutenden Arbeitskraft dem Proletariat
hätte nützen können. Er ist mindestens ebenso tüchtig wie
John Burns, aber minder klug und vorsichtig. Abgesehen von
seiner Härde sind die Arbeiter-Abgeordneten Englands einem Tom
Mann gegenüber einfach Kuffen. Aber eben deshalb sitzen sie im
Parlament und besleiden einträgliche Posten als Sekretäre der
Trades-Unions. Man muß diese Leute — diese Liberal-Labour-Men-
schen, um die große Klugheit der englischen Bourgeoisie würdigen
zu können. Diese Patrioten wissen, welche Vorkämpfer sie zu wählen
haben. Vor seiner Abreise veranfaßten die Sozialisten und Demokraten
Konkurs zu seinen Ehren ein Abschiedsfest, an dem u. a. folgende
Genossen teilnahmen: Pete Curran, William Thorpe, Cunningsham-
Graham, James Macdonald und G. Quells. Bei dieser Gelegenheit
sagte Tom Mann: „Meine Abreise bedeutet durchaus nicht einen
Abschied von der Arbeiterbewegung. Die Sache der Arbeiter ist
nicht national, — sie ist universal. Wo Menschen gegen
die Tyrannei des Kapitals kämpfen, mögen diese Menschen
weiliger, roter oder schwarzer Farbe sein, da fühle ich
mich zu Hause. Ich werde in Neuseeland ebensowenig
schweigen, wie in unsem modernem Babylon. Ich gehe nach
Neuseeland, um dort zu lernen und zu agitieren, da ich fürchte, daß
für die nächsten fünf Jahre in England kein be-
deutender Fortschritt zu erwarten sei. Welche Auf-
gabe mir in Neuseeland zufallen wird, weiß ich nicht. Aber dessen
sind gewiß, daß ich der Klasse, welcher ich angehöre, bis zum letzten
Atemzuge dienen werde.“

Das Schicksal der Sozialisten in England ist ein ungemein
hartes. Es treibt sie entweder in die Einsamkeit oder ins Exil. —

Bannerman und Chamberlain.

In Dunfermline (Schottland) hielt am Montag Sir Camp-
bell Bannerman eine längere Rede, in welcher er erklärte,
er sehe kein bestimmtes Programm in der Politik
der jetzigen Regierung. Diese scheine ihm inspiriert von

einer blinden, anmagenden Politik. Der Wunsch des
englischen Volkes sei weder Ruhm noch Macht, noch Eroberungsjucht,
sondern es verlange einen grohnützigen, sicheren Frieden.

Der Sohn des Ministers Chamberlain hielt an dem
gleichen Tage eine Rede, in welcher er Bannerman auf
das heftigste angriff und erklärte, er möchte nicht den Platz
einnehmen, den die Geschichte diesem Mann geben werde, der von
allen Feinden Englands gegen die englische
Armee als Zeuge angerufen werde. — Windham
sprach in Exter ebenfalls gegen Bannerman. —

Australien.

Die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte ist von
beiden Kammern in Neu-Südwesten (Australien) beschlossen worden.
Dies Gesetz lehnt sich an dasjenige von Neu-Seeland an: Alle
Konflikte, die zwischen Arbeit und Kapital entstehen, müssen dem
Schiedsgerichtshof zum Entscheide unterbreitet werden. Der Schieds-
gerichtshof, dem Unternehmer und Arbeiter als Richter angehören,
wird präsidentiert durch einen Richter des höchsten Gerichtshofes. Bei
Zuniederhandlungen kann das Schiedsamt Geld- und Gefängnisstrafen
verhängen. —

Partei-Nachrichten.

Der Wahlkampf in Breslau-West ist eingeleitet worden
durch eine imposante sozialdemokratische Wählerversammlung, in der
Genosse Bernstein seine Kandidaturenrede hielt. Bernstein hielt
eine große programmatische Rede, in der er hauptsächlich
unser demokratischen und sozialistischen Ziele behandelte. Die Rede
sah stimmungsvollen Beifall. Eine Debatte entwickelte sich nicht. Auch
von den zahlreich anwesenden Segnern in führenden Parteistellungen
nahm keiner das Wort.

Die Antisemiten stellen diesmal einen Kandidaten auf in
der Person des Herrn Hans v. Nojck.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Reichslau (Sachsen)
wurden sowohl in der 1. wie in der 2. Klasse die Parteikandidaten
— je einer — gewählt.

Dies war die erste Wahl nach Einführung des Dreiklassen-
Wahlrechts für die Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung; dabei
ergaben sich so verwickelte Verhältnisse, daß fünf verschiedene Wahl-
resultate durch das Los festgestellt werden mußten.

Der niederländische „Socialdemokratische Lehrer-Verband“
wird am 26. Dezember seinen 12. Verbandstag im Gebäude für Kunst
und Wissenschaften zu Utrecht abhalten.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— In 500 M. Geldstrafe wurde Genosse Robert Albert,
verantwortlicher Redacteur des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau,
verurteilt. Albert soll das „Werbauer Tageblatt“ beleidigt haben,
das sich eine arge Verhöhnung der noleidenden Arbeiter ge-
leistet hatte.

— Die Unterschriftensammlung vor Gericht. Der Steinarbeiter
G. Müller aus Gisdorf in Schlesien hatte einen Strafbefehl von
3 Mark erhalten, weil er in einem Dorfe Unterschriften gegen die
geplante Jollerhöhung gesammelt hatte. R. hatte richterliche Ent-
scheidung beantragt, und das Schöffengericht in Striegau, vor
welchem am Freitag die Sache zur Verhandlung kam, sprach ihn frei,
weil er die Petitionsbogen nicht frei getragen und den Feder-
halter nicht hinterm Ohr, (1) sondern in der Tasche
getragen hatte. Der Anwalt beantragte selbst Frei-
sprechung.

Es scheint nach dieser Begründung (der Vorgang hat sich ver-
mutlich an einem Sonntag abgespielt), daß das Schöffengericht ge-
neigt gewesen wäre, eine offenbar bemerkbare Arbeit, die an
Sonntagen strafbar ist, anzunehmen. Das wäre ganz lustig ge-
worden.

Aus Industrie und Handel.

Das Petroleum-Monopol.

Die Standard Oil Company, die im Petroleumhandel
so ziemlich die Monopolherrschaft auf dem Weltmarkt erlangt hat,
verucht durch eine bedeutsame Abmachung weiter einen Schritt zur
Verfestigung ihres Monopols. Der Wettbewerb des amerikanischen
Petroleum ist hauptsächlich von drei Gewinnungsgebieten bedroht.
Nahland hat sich bisher eine gewisse Unabhängigkeit besonders für den
Innenmarkt erhalten, in Anbetracht sind die Pläne der amerikanischen
Gesellschaft, die Petroleumfelder in Besitz zu bekommen, geschweizer,
ebenso blieben die Petroleumquellen in Ostasien besonders auf den
holländischen Sundas-Inseln frei von amerikanischen Protektions-
gefilten. Dem letzteren Unternehmen ist nunmehr der Krieg erklärt.
Ers veruchte die Standard Oil Company, man möchte sagen auf
günstigen Wege, eine der großen holländischen Gesellschaften auf-
zukaufen, da dies mißlang, ist eine andre Taktik
eingeschlagen. Die Standard Oil Company hat nämlich mit
der in London ansässigen Reederei und Handelsgesellschaft
The Shell Transport and Trading Co. einen Vertrag abgeschlossen,
der bestimmt, daß die Londoner Handelsgesellschaft in ihren großen
Tankanlagen, die sie in Ostasien, dem Indischen Ocean und andern
Gasenorten der Linie, wo die Dampfer der Gesellschaft anlegen, be-
sitzt, nur amerikanisches Petroleum zum Verkauf gelangen läßt. Die
Tankdampfer des amerikanischen Trusts befördern direkt nach den
Niederlanden das gewonnene Petroleum, um es dann dem Reichthum
der Londoner Handelsgesellschaft zu überantworten. Die Standard
Oil Company wird mit diesem Vorstoß die niederländisch-ost-
indischen Petroleumerzeuger in harte Bedrängnis bringen und sie
schließlich zwingen, sich dem amerikanischen Trust tributpflichtig
zu machen.

Zugleich mit dieser neuen Aktion des amerikanischen Trusts fällt
die Aktion einer Gruppe russischer Petroleumproduzenten zusammen,
die sich gegen die Firmen Nobel und Rothschild richtet. Nobel und
Rothschild haben mit dem amerikanischen Trust die Vereinbarung
getroffen, daß die russische Ausfuhr über eine bestimmte Quote nicht
hinausgehen darf. Damit erklärt sich, daß trotz der guten Eigen-
schaften des amerikanischen Petroleum die Ausfuhr nach
Deutschland so gering ist. Die beiden Firmen haben aber
weiter gegenwärtig den ganzen russischen Außenhandel monopolisiert.
Für diese Konzession an Rockefeller, dem Leiter des amerikanischen
Trusts, werden die beiden russischen Interessenten dadurch entschädigt,
daß in London, Liverpool und Hamburg russisches
Petroleum einen Gewinn von 300 bis 600 Proz. abwirft, während
in Baku die Preise so niedrig stehen, daß nicht einmal die
Produktionskosten gedeckt werden. Siegergen machen nun die ge-
schädigten russischen Produzenten Front, die zum Teil
von den Firmen Nobel und Rothschild abhängig sind. Die
Konkurrenten wollen sich zu einem Syndikat zusammenschließen,
das die Ausfuhr begünstigen soll. Ohne erhebliche Mittel ist
natürlich das Unternehmen ein totgeborenes Kind, und so verlangt
man von der russischen Bank einen Kredit von 6 Millionen Rubel.
Aber es ist heute mehr denn fraglich, ob selbst mit solchen be-
deutsamen Hilfsmitteln dem amerikanischen Petroleumtrust die Spitze
geboten werden kann.

Weniger von Bedeutung ist das österreichische Kartell, das sich be-
müht, seine Organisation zu befestigen. Von den galizischen Kohlen-
fabrikanten haben jetzt 93 Proz. ihren Beitritt zur Genossenschaft
„Kopa“ erklärt und gehen von hier weitere Verträge aus, die
übrigen Produzenten für das Unternehmen zu interessieren. Das
Unternehmen kommt für den Außenhandel weniger in Betracht, sein
Abfall ist auf den Innenmarkt berechnet.

Soviel ist sicher, daß das amerikanische Petroleum-Monopol in
seiner Stellung nicht erschüttert ist, vielmehr findet es neue Wege
sein Machtgebiet zu erweitern. Es gehört unstreitig mit zu den
interessantesten Schöpfungen amerikanischer Spekulationen, in ihm ist
das verwirklicht, worauf die neueren Unternehmungen spekulativer
Grundbesitzer hinstreben, in ihm erschöpft sich die kapitalistische
Entwicklung.

Die Pfandbriefbesitzer der Pommerischen Hypothekendarstellung haben gestern in einer etwas stürmischen Verhandlung den Reorganisationsplan der Darlehnsbank, über die wir vor kurzem berichteten, zugestimmt. Die Versammlung tagte wieder unter dem Vorsitz des Justizrats Kempner und machte sich sofort eine kompromittierte Majorität, aus Vertretern der Banken bestehend, für die vorgelegene Reorganisation geltend. Interessant war an der Debatte, daß festgestellt wurde, daß die Aktien der Preussischen Hypothekendarstellung mit 7-8 Proz. Provision den Banken zur Verkaufsbereitstellung übergeben wurden. Auch die Pfandbriefe sollen ansehnliche Provisionen gezahlt sein. Das Publikum ist also wohl überlegt auf den Leim gelockt worden und bezahlt nun die Preie. Bei solchen Unternehmungen gewinnen die Banken in jedem Stadium, ganz gleich, ob die Gründung im Entstehen begriffen ist, ob sie zusammenbricht, oder saniert wird, immer fällt in die Taschen der Banken eine hübsche Summe, die geschieht aus den Taschen der Geprüllten hervorgeholt wird.

Die Eisengroßhändler in Berlin haben beschlossen, den Preis für Stabeisen um 0,50 M., für Grobbleche von 16 1/2 auf 14 M. und für Feinbleche von 15 auf 14 M. pro 100 Kilo herabzusetzen. Die Maßregel wurde notwendig durch die Unterbietungen der Werke, die bereits seit längerem mit ihren Preisen zurückgegangen waren.

Eine Enquete der Frankfurter Handelskammer über die Arbeitslosigkeit ergab, daß bei einem Sechstel der berichtenden Firmen Entlassungen von Arbeitern teils in größerem, teils geringem Umfange erfolgt sind. Ein geringer Teil der Betriebe hat auch ohne Verminderung der Arbeitszeit eine Kürzung der Löhne einrichten lassen. Im allgemeinen ist eine Kürzung der Löhne immer in der Form erfolgt, daß zugleich eine Reduktion der Arbeitszeit eingeführt wurde. Bemerkenswert ist es, daß von der Arbeitslosigkeit weit mehr die männlichen Personen betroffen sind als die weiblichen. Diese Erscheinung läßt sich nur dahin erklären, daß man bemerkt, die billige weibliche Arbeitskraft in noch erhöhterem Maße auszunutzen und daß die niedergehende Geschäftskontunktur eine erhebliche Anregung dazu gegeben hat.

Auch auf die Heimarbeit hat der wirtschaftliche Rückgang seine Wirkung ausgeübt, obgleich die Arbeitslosigkeit hier nicht so offen zur Tage tritt. In der Lithographiebranche und Schneidereiindustrie wird die Verminderung des Verdienstes der Heimarbeiter auf 1/3 veranschlagt.

Trotz der nur in einigen Branchen zur Zeit unglücklichen, sonst noch erträglichen Verhältnisse des Bezirks sieht man der Zukunft mit Bangen entgegen. Viele Saisongeschäfte, z. B. Ziegeleien, sowie die rege Bautätigkeit haben bisher noch einer großen Zahl von Arbeitern Beschäftigung bieten können. Für die Zeit nach Weihnachten aber, wenn die Geschäfte weniger flori gehen, in vielen Branchen z. B. im Maurer- und Ziegeleigewerbe nicht mehr gearbeitet wird, fürchtete man, daß auch hier die Arbeitslosigkeit in größerem Maße überhand nehmen wird. Die Besorgnis ist um so stärker, als kaum eine Besserung der Absatzverhältnisse erwartet wird und das bisher mögliche Arbeiten auf Vorrat auch einmal ein Ende finden muß. Selbst Unternehmungen, die mit Aufträgen zu rechnen haben, die sich auf mehrere Jahre erstrecken, z. B. für Hoch- und Tiefbauten, berichten, daß z. B. zwar noch Arbeit vorhanden ist, daß aber neue Aufträge nicht mehr vorliegen. In allen Branchen wird von einer Nulllosigkeit infolge der verworrenen politischen Lage gesprochen. Man fürchtet, daß die Annahme des Postgesetzes den Absatz unserer Produkte noch mehr erschweren wird. Andererseits fähmt die Einschränkung des Kredits die Unternehmungslust. Unter diesen Umständen fürchtet man auch dort, wo man bisher noch keine Arbeiterentlassungen vorgenommen hat, daß man nach Weihnachten zur Reduktion der Arbeitszeit schreiten müsse.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben die Umwandlung ihrer Korporation in eine Handelskammer in einer sehr lebhaften Sitzung, die am Dienstagabend stattfand, abgelehnt. Der Unmut der Herren von der Börse, der schon stark erregt wurde durch den Beschluß, für die Börse eine Vertretung nach allgemeinem gleichen Wahlrecht in den Vorstand der Handelskammer vorzunehmen, steigerte sich, als vom Minister das Statut der Handelskammer insoweit beanstandet wurde, als es bestimmt, daß für jede Kammerung des Statuts eine Dreiviertel-Majorität nötig ist und ferner die Börse ständig ein Drittel der Vertretung in der Handelskammer zugeordnet wird. Nun haben die Herren in großer Enttäuschung erklärt, sie machen nicht mehr mit, ihre bisherige Korporation halten sie aufrecht. Der Beschluß ist ein Fehlschlag, es besteht heute kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß dann die Handelskammer dekretiert wird.

Schließlich ist aber auch nicht einzusehen, aus welchem Grunde die Herren ihre Sonderrechte beanspruchen könnten.

Von der Reederei vereinigte Schiffer in Breslau hat der frühere Direktor Breslauer nunmehr nach dreimonatiger Untersuchungshaft seine Mitschuld an den Millionendefraudationen seines Kollegen Schostag eingestanden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein „nichtsocio-demokratisches“ Arbeiterkartell hat sich in Berlin unter dem Vorsitz des Arbeitersekretärs Vehrens gebildet. Dasselbe soll etwa 12000 Mitglieder mit ihren Vereinen umschließen. Zu seinen Mitgliedern zählen der Verband christlicher Maurer, der Bauarbeiter, der Zimmerer, der Dachdecker, der christlichen Metallarbeiter, die christlichen Holzarbeiter, der Verein Berliner Hausdiener, der Berliner Bau des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der Bund der Fleischer, der katholische Arbeiterverein, der Evangelische Arbeiterverein und andre. Zu seinen Hauptaufgaben zählt das Kartell die Beteiligung an den Arbeiter-Vertreterwahlen. Rechtswidrigerweise leistet dasselbe, obgleich es die Marke „nichtsocio-demokratisch“ an der Stirn trägt, der Sozialdemokratie Vorschub, indem es für das Proportional-Wahlrecht eintritt, allerdings nur bei den Gewerbegerichtsahlen und bei diesen auch nur an den Orten, wo die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften die Mehrheit haben.

Aus den Berliner Gewerkschaften. Der Fachverein der Ristenmacher lebte in einer außerordentlichen Generalversammlung die obligatorische Einschreibung des Fachorgans „Einigkeit“ mit 93 gegen 19 Stimmen ab. — Die Bezirksversammlung für den Bezirk Wedding-Gehndorfen des Holzarbeiter-Verbandes wählte als Beitragskammer für die Jahressitzung 14 (Verg.-str. 60) August Wiegner; in die Kontrollkommission wurden Geißler, Franz Müller und Manske gewählt.

Zweck einer Arbeitslosenzählung in Rixdorf findet am Donnerstag, den 12. d. M., eine Flugblatt-Verbreitung und am Sonntag, den 15. d. M., die eigentliche Zählung in folgenden Lokalen statt:

1. Bezirk bei Brunenwald, Rixdorfstr. 111.
2. Bezirk bei Heinrich, Schönweiderstr. 14.
3. Bezirk bei Paul, Kopenstr. 24.
4. Bezirk ebendort.
5. Bezirk bei Martinus, Jägerstr. 6.
6. Bezirk bei Schmidt, Rainingerstr. 8.
7. Bezirk bei Hibel, Reuterstr. 54a.
8. Bezirk ebendort.
9. Bezirk bei Hahn, Wilmannsstr. 10.
10. Bezirk bei Köpke, Karlsplatzstr. 1.
11. Bezirk bei Engel, Riethestr. 66.
12. Bezirk bei Prehler, Riethestr. 69.
13. Bezirk bei Höpfer, Reisingstr. 34.
14. Bezirk bei Krüger, Steinmeyerstr. 35.
15. Bezirk bei Veer, Knechtstr. 135.
16. Bezirk bei Schulz, Bergstr. 81.

Die Gewerkschaften werden ersucht, sich recht zahlreich an den Arbeiten zu beteiligen.

Das Gewerkschaftskartell Rixdorf.

Deutsches Reich.

Ein Appell an das Auslandsgefühl ist keine Ehrverletzung. Das Schöffengericht in Harburg hat den Fabrikarbeiter Karl W. in Magdeburg, früher in Harburg, wegen Übertretung der §§ 10, 41 des preussischen Preßgesetzes zu 3 M. Geldstrafe verurteilt, ihn dagegen von der Anklage aus § 153 der Gewerbe-Ordnung frei-

gesprochen. Insofern Freisprechung erfolgt ist, hat der Amtsanwalt Verufung eingelegt. Gelegentlich es im Frühjahr ausgebrochenen Streiks der Arbeiter auf der Gummiabrik in Harburg hat der Angeklagte an einem Wagnis zu mehreren Arbeitswilligen, welche nach der Arbeitsstätte gingen, geäußert: „Wenn Ihr anständige Arbeiter seid, fällt Euren Kollegen nicht in den Rücken.“ Das Verurteilungsgericht konnte mit dem Schöffengericht hierin keine Ehrverletzung erblicken und hat daher die Verufung verworfen.

„Christliches.“ Bei der Gewerbegerichtsahl in Gerresheim (Rheinprovinz) haben die „christlichen“ Gewerkschaften als Kandidaten einen — Arbeitswilligen vom Glasarbeiter-Streik proklamiert!!! — Die christliche Liebe, welche alle Fehler zudeckt, ist bei den kommenden Gewerkschaften offenbar härter als das nach Kommunismus riechende Solidaritätsgefühl.

Ausland.

Die amtliche Statistik über die Streiks in Oesterreich im Jahre 1900 ist dieser Tage erschienen. Die Zahl der Streiks hat 303 betragen. Betroffen waren 1003 Betriebe, die 156 237 Arbeiter beschäftigten. Von diesen streikten 105 128, also etwas über zwei Drittel.

Von den Ausständigen gehörten 93 918 dem männlichen und 11 210 dem weiblichen Geschlecht an. 97 584 nahmen die Arbeit wieder auf, entlassen wurden 2638, den Betrieb verließen freiwillig 4879, für die Entlassenen wurden 4346 Arbeiter neu aufgenommen.

Vergleicht man das Jahr 1900 mit dem Vorjahr, so hat in der Anzahl der Arbeitseinstellungen wie in der Zahl der beteiligten Betriebe eine geringe Abnahme, hinsichtlich der Zahl der ausständigen Arbeiter aber eine bedeutende Zunahme stattgefunden, da im Jahre 1899 311 Ausstände in 1330 Betrieben vorkamen, an denen sich aber nur 54 783 Arbeiter beteiligten. Diese Zunahme ist dem großen Vergorbeiter-Streik zuzuschreiben.

218 Ausstände stellen sich als Angriffs-, 50 als Abwehrstreiks dar; der Rest ist in dieser Hinsicht unbestimmbar. 61 Fälle (das ist 20,13 Proz. aller) endeten mit vollem Erfolg der Arbeiter, 106 (das ist 34,98 Proz.) ohne Erfolg, bei 136 Fällen (das ist 44,89 Proz.) war ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen. 4591 streikende Arbeiter (das ist 4,65 Proz.) hatten einen vollen, 10 316 (das ist 9,81 Proz.) hatten keinen und 89 921 (das ist 85,54 Proz.) hatten einen teilweisen Erfolg.

Was die Veranlassungen im einzelnen betrifft, so war die Unzufriedenheit mit den Löhnen die häufigste; diese trat bei 152 Ausständen als Motiv hervor; zunächst kommen ihr die Unzufriedenheit mit der Arbeitsdauer in 69 Fällen und die Entlassung von Arbeitern in 38 Fällen.

Der nächste Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wird während der Osterlage 1902 in Bern stattfinden.

In Westkapelle in Niederland streiken seit dem 2. Dezember 240 Deicharbeiter. Es handelt sich um Lohndifferenzen.

Geriichts-Beitrag.

Der Engros-Schlächtermeister Paul Fadlam, dessen Verhaftung seiner Zeit in den Kreisen der Schlächter und Markthallen-Interessenten so großes Aufsehen erregte, stand gestern in Gemeinschaft mit dem Kaufmann Friedrich Holzke vor der ersten Instanz, um sich wegen Abgabe wissentlich falscher eidesstattlicher Versicherungen, sowie auch wegen Urkundenfälschung, zu verantworten. Die Verhandlung zeigte, mit welcher sträflichen Leichtfertigkeit in Civilprozessen mit eidesstattlichen Versicherungen gearbeitet wird. Fadlam betreibt hier das Gewerbe eines Engros-Schlächters; den Namen dazu giebt seine Ehefrau her. Er muß den kleineren Schlächtermeistern ausgedehnten Kredit gewähren und gerät oft in Reichsverschuldung, bei denen er oft die schlechtesten Hilfsmittel der Civilprozess-Ordnung, Arreste und einstweilige Verfügungen in Anwendung bringen muß. Es wurde seiner Zeit behauptet, daß Fadlam im Verein mit Helfershelfern eine Art „schwarze Bande“ bilde und sich nicht scheue, in Rechtsstreitigkeiten mit den allerwenigsten Mitteln zu arbeiten, unter denen die Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen die Hauptrolle spiele. Gerade diese Behauptungen und die direkte Beschuldigung eines Zeugen, der den Herrn Fadlam als Haupt einer schwarzen Bande bezeichnete und behauptete, daß er sich dessen gerühmt habe, haben es zu Wege gebracht, daß Fadlam ziemlich lange in Untersuchungshaft gehalten worden ist. Von dieser Beschuldigung ist aber nicht viel stehen geblieben, denn es sind im ganzen nur drei Fälle unter Anklage gestellt, in denen nach der Ansicht der Anklagebehörde eine abgegebene eidesstattliche Versicherung falsch sein soll. Der Zeuge, der in der Voruntersuchung von dem „Haupt der schwarzen Bande“ gesprochen hatte, zog bei seiner gestrigen eidlichen Vernehmung diese Beschuldigung zurück und erklärte, daß er einen andern, als den Angeklagten, gemeint habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, wollte sogar aus der Beweisaufnahme den Schluß ziehen, daß die „schwarze Bande“ ganz wo anders zu suchen sei, nämlich bei solchen Schlächtern, die durch Entnahme von Ware auf Kredit den Angeklagten schädigen und dann durch Ausprägung solcher Berichte sich ihrer Zahlungspflichten zu entziehen suchen. — Bei den drei gestern verhandelten Fällen handelte es sich um folgenden Tatbestand: Im ersten Fall hatte eine mit ihrem Ehemann aus Radel gekommene Frau Bidde hier eine Schlächtereieraufgemacht und den Kredit von Fadlam in nicht unbeträchtlicher Höhe in Anspruch genommen. Da wurde der Ehemann Bidde in Schneidemühl wegen Konkursvergehens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Frau Bidde geriet dadurch in schwere Bedrängnis, sie setzte sich mit Fadlam in Verbindung und nachdem alle Vorschläge, die dieser gemacht, ohne Erfolg geblieben waren, ließ Holke ein Arrestgesuch los. Verleitet wurde eine von beiden Angeklagten unterzeichnete eidesstattliche Versicherung, wonach Gefahr vorliege sollte, daß Frau Bidde ihr Geschäft verliere. Auf Grund dieser — angeblich falschen — eidesstattlichen Versicherung ordnete das Amtsgericht den dringlichen Arrest gegen Frau Bidde an. Fadlam ließ noch an demselben Tage die gesamte Habe der Frau Bidde durch Gerichtsvollzieher pfänden und wenige Tage darauf die Pfänderräte veräußern. — Im zweiten Falle, der den Schlächtermeister Stahlbrod betraf, handelt es sich gleichfalls um eine von beiden Angeklagten unterzeichnete eidesstattliche Versicherung, durch die eine schwebende Verfügung und die Inhabierung einer Zwangsversteigerung veranlaßt und indirekt gefährdetes Geld des Fadlam gerettet wurde. — In diesen beiden Fällen ergab die umfangreiche Beweisaufnahme nicht genügendes Verlastungsmaterial, um die Anklage aufrecht erhalten zu können. — Dagegen hielt Staatsanwalt Braut im dritten Fall beide Angeklagte für schuldig. Hier wurde beim Amtsgericht ein Arrestgesuch gegen die Fleischhändlerin Frau Meißner eingereicht. Dem Gesuch lag eine im Auftrage Fadlams von Holke geschriebene eidesstattliche Versicherung bei, die letzterer nicht nur mit dem Namen Fadlams, sondern auch des Schlächters Paul Wölpe unterzeichnet hatte. Diese versicherten darin an Eidesstatt, daß der Ehemann der Frau Meißner nach Amerika gegangen sei und die Ehefrau den Unternehmern der eidesstattlichen Versicherung gesagt habe, daß sie ihren Verkaufsstand schließen und ihrem Namen nach Amerika folgen wolle. Da der Ehemann nicht nach Amerika ausgewandert, sondern noch Schlesien übergesiedelt ist, Frau Meißner auch bestrickt, zu den beiden Angeklagten die Absicht ihrer Auswanderung geäußert zu haben, so stützt sich hierauf die Anklage. Der Vorwurf der Urkundenfälschung gegen den zweiten Angeklagten mußte fallen, da der Schlächter Wölpe die Möglichkeit zugab, in angetrunkenem Zustande die Genehmigung zum Vollzuge seiner Unterchrift gegeben zu haben. Die Angeklagten besitzten auch in diesem Falle jede Schuld und verließen sich auf Zeugen, denen Frau Meißner ihre Absicht, nach Amerika zu gehen, gleichfalls belundet habe. Der Gerichtshof hielt die Angeklagten im Gegensatz zum Staatsanwalt nicht im Falle

Meißner, dagegen im Falle Stahlbrod für überführt und verurteilte Fadlam zu vier Monaten, Holke zu drei Monaten Gefängnis. Bei ersterem wurden zwei Monate, bei letzterem ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Der Boeren-Krieg.

Eine Boerenschlappe.

Eine Depesche des Generals Kitchener aus Standerton vom 10. Dezember besagt: Die Kolonnen, die unter der Führung des Generals Bruce Hamilton operieren, haben nach einem Nachmarsch heute morgen das Kommando von Bethel bei Richardsfontein überrascht und es fast ganz gefangen genommen. Sieben Boeren wurden getötet, 131 gefangen genommen.

Diese Schlappe würde allerdings durch englische Verluste kompensiert werden, wenn die Meldung richtig ist, daß De Wet den Obersten Wilson und Kennington bei den Geschehen in der Nähe von Heilbrom einen Verlust von 13 Toten und 130 Verwundeten beigebracht habe.

Englische Verlegenheiten.

Das „Reuterische Bureau“ meldet vom 9. d. Mts. aus Biquetbergroad in der Kapkolonie: Die Kommandos in Clanwilliam, Calcutia und den benachbarten Distrikten fahren fort, große Geschwindigkeit und Beweglichkeit in der Vermeidung von Gefechten zu entwickeln. Zum wenigsten vier Fünftel von ihnen sind Aufständische aus der Gegend; sie kennen jeden Gebirgspass. Besonders große Schwierigkeiten haben die englischen Kolonnen in dem längs der Meeresküste sich erstreckenden Gebirge zu überwinden, wo die Wagen der Engländer die Bewegungen der Truppen in hohem Maße hinderten, während die Wagen der Boeren leicht und schnell fortbewegt wurden.

Die Reichstags-Stichwahl in Wiesbaden.

Wiesbaden, 11. Dezember, 8,45 Uhr abends. (Privatdepesche.) In der heute stattgefundenen Reichstags-Stichwahl erhielten Dr. Crüger (fr. Vp.) 12 404 und der sozialdemokratische Kandidat Quard 10 290 Stimmen. Somit ist Dr. Crüger (fr. Vp.) gewählt.

Wie uns weiter drähtlich gemeldet wird, sind sämtliche Centrumstimmen auf den freisinnigen Volksparteiler übergegangen, während sich die Anhänger des Kartells (kons.-antif.-natlib.) heute der Abstimmung enthielten.

In der Hauptwahl am 30. November hatte Dr. Crüger (frei. Volkspartei) 6400, Quard (Soz.) 9500, Fuchs (Centrum) 5826, Stadtrat a. D. Bartling (Kartell) 5452 und Halzmann (V. d. L.) 944 Stimmen erhalten.

Wiesbaden, 11. Dezember, 11 Uhr abends. Ein Volkstelegramm meldet folgendes Ergebnis: Bei der heutigen Reichstags-Stichwahl im zweiten Wahlkreis des Regierungsbezirks Wiesbaden erhielten dem „Rheinischen Courier“ zufolge nach den bisher vorliegenden Ergebnissen: Dr. Crueger (frei. Volkspartei) 13 841 Stimmen, Dr. Quard (Sozialdemokrat) 13 785 Stimmen. Aus einigen Bezirken fehlt das Ergebnis noch, doch dürfte die Wahl Dr. Cruegers als gesichert anzusehen sein.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 11. Dezember. (W. T. V.) Während heftigen Sturmes laut gestern unweit Helgoland der Hamburger Hochseefischerdampfer „Eria“ bei dem Versuch, dem durch Strandbruch in Rot geratenen englischen Kohlendampfer „Achroite“ Hilfe zu leisten, **Neun Mann** von der „Eria“ ertranken, einer wurde gerettet. Die „Achroite“ wurde später von dem englischen Dampfer „Coremie“ geborgen und nach Hamburg gebracht. Der Gerettete ist der Regimenter Joseph Reichel aus Neustadt in Oberhessen. Die Ertrunkenen sind, dem „Hamb. Corr.“ zufolge, Kapitän Vahmann aus Ledwig, Steuermann Kalkhorn, geboren zu Altpassage in Mecklenburg, Maschinist Wagner, geboren zu Fribau bei Danzig, Maschinist Proskindt aus Rembitz Leipzig, Heizer Wichmann aus Fense, Koch Dierling aus Geeste, Matrose Turowich aus Burg in Dithmarschen, Matrose Engel aus Wismar, Matrose Majus Fousen aus Ralswiek.

Solingen, 11. Dezember. (W. T. V.) Die „Solinger Zeitung“ meldet: Der Verein der Scherenkleifer hat heute vormittag den Vorschlag der Fabrikanten, betreffend Herabsetzung des Schleiflohnes, abgelehnt. Die Fabrikanten beschloßen daraufhin, sämtliche Scherenkleifer von morgen ab auszusperrern. Von dieser Maßregel werden etwa tausend Scherenkleifer betroffen.

Wien, 11. Dezember. (W. T. V.) Der Wehrausschuß nahm mit überwiegender Mehrheit die Rekruten-Kontingents-Vorlage an. Im Laufe der Debatte erklärte der Landesverteidigungsminister Graf Wellersheimb, ein gänzlich Aufheben der nationalen Agitation in der Pre-Prage, durch welche allerdings die Armee, deren Kommandosprache und Disziplin aufrecht bleiben müsse, nicht erschüttert werden könnte, wäre in aller Interesse wünschenswert. Bezüglich der Neuanschaffung von Kanonen betonte der Minister, sämtliche Staaten müßten die Fortschritte der Technik für ihr Geschützmaterial verwerten. Eine ausgiebige Erhöhung des Rekruten-Kontingents, welche in dieser Vorlage nicht aktuell erscheine, sei angesichts der großartigen Entwicklung der Wehrsysteme anderer Staaten unerlässlich, nicht nur wegen der Schlagfertigkeit der Wehrmacht, welche für den Staat von eminentester volkswirtschaftlicher Bedeutung sei, sondern auch wegen der größeren Möglichkeit der Gewährung dienstlicher Erleichterungen, insbesondere in berufsständigen Fällen. Nur ein mächtiger Staat werde von Fremden geachtet und von Seignern gefürchtet und könne seine Interessen mit Nachdruck vertreten.

Wien, 11. Dezember. (W. T. V.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Lemberg: In Dolina fand eine Protestversammlung statt, welche sich in heftigen Ausdrücken gegen den Galizismus wandte und den Bewohnern Wessens Sympathie und Mitgefühl ausdrückte. — In Sienawa wurde in einer Protestversammlung beschloßen, eine Aktion zur Verdrängung der preussischen und der übrigen deutschen Produktion aus Galizien einzuleiten. — Die polnischen Hochschüler in Krakau beschloßen, sich zu Gunsten der Verurteilten aus Wessens eine freiwillige Steuer aufzuerlegen und jetzt zur Durchführung dieses Beschlusses ein Komitee ein.

Budapest, 11. Dezember. (W. T. V.) Seit heute morgen finden größere Straßendemonstrationen seitens der Arbeitslosen statt. Starke Polizei-Aufgebote bewachen das Parlaments- und die meisten öffentlichen Gebäude, sowie das Haus des Abgeordneten Jvanka.

Cherbourg, 11. Dezember. Der gestrige Sturm hat enormen Schaden angerichtet; die Fischerei ist gänzlich eingestellt. Auch im Mittelmeer herrscht Sturm; zahlreiche Fahrzeuge werden vernichtet, fortgesetzt laufen Ghibosvoten ein.

Tientsin, 11. Dezember. (Telegramm des „Reuterischen Bureaus“.) Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß der indische Soldat, der Amol lief, ein Afrikaner war. Auch die indischen Soldaten, welche den Wahnsinnigen festnehmen wollten, waren Afrikaner. Es wurden von englischer und deutscher Seite Ausdrücke des Bedauerns getuschelt. Englische Stabs-offiziere wohnten der heutigen Verurteilung der beiden Deutschen bei. Die von beiden Seiten eingeleitete Untersuchung des Falles ist noch nicht abgeschlossen.

Reichstag.

110. Sitzung vom Mittwoch, 11. Dezember 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Freiherr v. Rheinbaben, Müller, v. Podbielski.

Die erste Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Graf Ranitz (I.):

Die Mahnung des Reichskanzlers, bei der Beratung dieser Vorlage nur die nationalen Interessen zu berücksichtigen, ist leider nicht von allen Mitgliedern beherzigt worden. Wohl niemals hat man in der Weise mit dem Schlagwort der „Wortverleugung“ operiert wie jetzt. In Frankreich hat die Kammer bedeutend höhere landwirtschaftliche Zölle, als sie unsere Vorlage vorschreibt, nach ganz kurzen Debatten mit überwältigender Majorität bewilligt. Freilich weiß man in Frankreich, daß die Erhaltung der Landwirtschaft gleichbedeutend ist mit der Erhaltung der Wirtschaft des Landes, eine Ueberzeugung, die sich bei uns leider noch nicht überall Bahn gebrochen hat. Der sozialdemokratische Redner hat von der Belastung des Volkes durch die Getreidezölle gesprochen, aber die industriellen Schutzzölle vergessen. Durch Zölle auf eiserne Schienen usw. wird der Ackerbau und damit das Brot erheblich verteuert, ebenso wie durch andere industrielle Zölle die Lebenshaltung auch der ländlichen Bevölkerung. Wir wollen aber diese Lasten tragen um der Solidarität willen, die uns mit der Industrie verbindet; wir legen das Schwerkraft auf den einheimischen Markt. Auch die Handwerker wissen ganz genau, wie eng ihr Erwerb mit dem Wohlergehen der Landwirtschaft zusammenhängt. Ein Abgeordneter in der bayerischen Kammer erzählte: „Mein Vater war ein kleiner Handwerker. Als die Getreidepreise sehr hoch waren, klagte er über die teuren Preise, und als einige Jahre später die Getreidepreise niedrig waren, jammerte er auch und meinte, was nützen uns die billigen Preise, wir haben ja kein Geld, weil wir nichts verdienen.“ (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel hat auch von dem Vorzug des Industriestaates gesprochen. Dem gegenüber möchte ich Sie auf eine sehr interessante Statistik über die kommunalen Sanitäts- und Mortalitätsverhältnisse der Stadt London aufmerksam machen. Danach sind im letzten Jahre in London 48 Menschen an Hunger und Entbehrung gestorben. (Hört! hört! rechts.) Bei einem kleinen Kinde von 5 Jahren wird als Todesursache angegeben: Armut der Eltern und Mangel an Nahrung. In vielen Fällen heißt es einfach: Tod durch Hunger. Wenn Herr Bebel wieder einen Vortrag hält über die Vorfälle des Industriestaats, so möge er die sämtlichen 48 Fälle mit ihren großen erschütternden Begleiterscheinungen vorbringen. (Unruhe rechts.) Gerade Sie (zu den Sozialdemokraten) bringen ja solche Fälle jetzt immer mit den Getreidezöllen in Verbindung! (Sehr gut! rechts.) Eine genügende Fürsorge für die Armen kann aber nur eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes über Stadt und Land bringen, nicht eine unzeitige Bevölkerung der Industriezentren. Vor zehn Jahren habe ich Herrn Richter einmal gefragt, warum die Leute, die in den Grenzdistrikten über die Grenze gehen, um sich von jenseits billigeres Brot zu holen, nicht in dem Lande des billigeren Brotes bleiben, sondern immer wieder zu uns zurückkehren. Herr Richter ist mir bis heute die Antwort auf jene Frage schuldig geblieben. Die Antwort ist aber sehr einfach. Es kommt eben weniger auf die Brotpreise als auf die Höhe des Arbeitsverdienstes an. (Sehr wahr! rechts.) Wir wollen mit diesem Zolltarif die deutsche Arbeit gegen die Konkurrenz des Auslandes schützen und sind deshalb die einzig wahren Freunde der Arbeiter.

Ich komme zu der Frage der Handelsverträge. Gerade diejenigen Länder, die den größten Anteil am Weltmarkt aufweisen, haben sich bis jetzt noch nicht von der Zweckmäßigkeit langfristiger Handelsverträge überzeugen können; das gilt von England, Nordamerika und Frankreich. Wenn uns die Handelsverträge Vorteile gebracht haben, so werden sie meines Erachtens doch weit überwiegen. Auch wir vertreten die Interessen unserer Exportindustrie am besten, wenn wir jede unliebsame Zollerrhöhung des Auslandes sofort mit entsprechenden Maßnahmen unsererseits beantworten können. Langfristige Handelsverträge machen dies aber unmöglich. Wenn man absolut langfristige Handelsverträge haben will, gut, so wollen wir sie abschließen; ob sie aber zu Stande kommen, ist ja noch eine Frage für sich. Jedenfalls muß man aber einen Fehler vermeiden, den jene früher begangen haben. Man darf nicht wieder die Kündigung sämtlicher Verträge, namentlich der meistbegünstigten Verträge, unterlassen. Diese Kündigung sämtlicher Verträge ist eine der wichtigsten Forderungen, die ich stellen muß. Ich verlange damit nichts unmögliches, denn es hat ja auch Frankreich seine sämtlichen Verträge zum 1. Januar 1902 gekündigt.

Wir müssen es ferner unmöglich machen, daß Länder, die von unseren Tarifermäßigungen profitieren, nachher uns die Zölle rückfischlos erhöhen, wie wir dies von Amerika erlebt haben. Auf unser Verhältnis zu Amerika lege ich für meine bescheidene Person das Schwerkraft. Die Regelung unserer Handelsverhältnisse zu Amerika ist die wichtigste Aufgabe, die wir auf handelspolitischem Gebiet zu regeln haben. (Sehr richtig! links.) Der alte Vertrag von 1828, der für das Königreich Preußen abgeschlossen war, ist für uns materiell ganz wertlos. Dann kam 1891 der Vertrag von Saratoga, in dem wir den Amerikanern von vornherein unsere ganzen Tarifermäßigungen einräumten. Dieser Vertrag war eine der schwächsten diplomatischen Leistungen Deutschlands. (Sehr wahr! rechts.) In dem neuen Vertrage vom 10. Juli 1900 gewährt uns Amerika seine Meistbegünstigung. Diese Meistbegünstigung bedeutet aber für uns nur eine Anzahl ganz untergeordneter Ermäßigungen. Der Wert der ganzen hier von betroffenen Einfuhr ist für uns gleich Null. Trotzdem haben wir noch als Zugabe amerikanisches Obst ohne Unterscheidung nach Deutschland hineingelassen. Als der Dingley-Tarif gemacht wurde, schrieben amerikanische Blätter: Wir fürchten, es werden nicht viele an den Humbug glauben, nun, in Europa gab es genug Leute, die daran glaubten. Frankreich hat mit Amerika einen Separatvertrag abgeschlossen, der unsere Parteilichkeit Amerika gegenüber wieder in Frage stellt. In diesen schwierigen Verhältnissen, die augenblicklich zwischen Deutschland und Amerika bestehen, ist der jetzige Reichskanzler, die jetzige Regierung, unzulässig; die Fehler liegen in einer zurückliegenden Zeit. Wenn Amerika seine Zölle so weiter erhöht wie bisher, so können wir mit einem Lande, das seine Türen nur nach außen offen hat, keinen weiteren Handelsverkehr pflegen. (Sehr richtig! rechts.) Amerika bereichert sich ungebührlich durch seine Handelspolitik, und das geduldige Europa geht mit dieser Politik der Verarmung entgegen. Das deutsche, in Amerika angelegte Kapital dürfte in stetem Rückgang begriffen sein. Die Amerikaner schämen heute ihre ganzen Verbindlichkeiten gegenüber Europa auf 20 Millionen, höchstens auf 45 Millionen Dollar. Weiter gehen die Amerikaner darauf aus, die deutschen Schiffahrts-Gesellschaften aufzulösen, nachdem sie schon die englische White Star-Linie künstlich erworben und die Kontrolle über zwei andere englische Gesellschaften erlangt haben. Die Hamburg-Amerika-Packfahrt-Aktiengesellschaft hat 80 Millionen Reichsmark Kapital und 40 Millionen Obligationen; diese 120 Millionen kann einer der großen amerikanischen Milliarden mit Leichtigkeit aufkaufen. Wir müssen unbedingt Amerika gegenüber irgend welche Ausgleichsmaßnahmen treffen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel hat die Abschaffung des Noheisen-Zolls empfohlen. Ich würde die Abschaffung dieses Zolls für außerordentlich bedenklich halten. Die Einfuhr von Noheisen aus Amerika hat sich seit 1894 von 18 000 auf 31 000 Tonnen gesteigert. Wir müssen also den Zoll möglichst hoch setzen, um Amerika zu zwingen, auch seine Zölle herab-

zusetzen. Daß es zu einem Zollkrieg mit Amerika kommt, glauben Sie (nach links) ja doch nicht. Uebrigens würden wir bei einem solchen noch immer die bessere Position haben, denn wir sind die Käufer und Amerika der Verkäufer.

Herr Spahn erklärte neulich, daß seine Freunde 1891 gegen den Handelsvertrag mit Oesterreich gestimmt hätten, wenn sie die Folgen vorausgesehen hätten, und die Oesterreicher sagen dasselbe. Also die Ausschüßten auf einen neuen Handelsvertrag mit Oesterreich sind nicht besonders gute. — Wie steht es mit Rußland. Die Hoffnungen der deutschen Textilindustrie auf Zollermäßigungen seitens Rußland sind seiner Zeit sämtlich zu Schanden geworden. Rußland behielt sich 1894 freie Hand für diese Artikel vor und erhöhte noch in demselben Jahre seine Zölle auf Baumwolle ganz bedeutend. Dennoch würde ich es mit Freuden begrüßen wenn wir zu einem Handelsvertrag mit Rußland kämen, ich fürchte nur, es werden große Schwierigkeiten dabei zu überwinden sein. In einem Artikel des offiziellen Blattes des russischen Finanzministers im „Wjesnik-Finanzowo“ wurde betont, daß man beim Abschluß von neuen Handelsverträgen sich auf den Standpunkt des nationalen Eigeninteresses stellen müsse. Ich kann es nicht verstehen, warum von russischer Seite ein so besonderes Gewicht auf die Getreidezölle gelegt wird, die bekanntlich bei uns gegenüber früher nur unbedeutend erhöht werden sollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich frage mich, daß der Staatssekretär Freiherr v. Nichtshofen mit mir hier so vollkommen übereinstimmen scheint. (Staatssekretär v. Nichtshofen springt auf und protestiert durch eine abweichende Geberde. — Große Heiterkeit.) Dann bitte ich um Entschuldigung. (Erneute Heiterkeit.)

Das System der Wertzölle will ich nicht verteidigen, aber es würde eine gute Maßnahme sein gegenüber denjenigen Ländern, die uns mit ihren Wertzöllen belästigen. Die Zollplandereien mit den amerikanischen Wertzöllen sind allmählich unerträglich geworden. Ich wünsche die Einführung von Wertzöllen der Regierung zu ermöglichen gegenüber denjenigen Ländern, die uns gegenüber Wertzölle in Anwendung bringen.

Die Kollage der Landwirtschaft steht außer Zweifel. Wir brauchen aber unsere einheimischen Körnerbau nicht nur in Friedenszeiten, sondern besonders auch in Kriegzeiten, damit wir nicht ausgehungert werden. Als im alten Rom die Zufuhr des billigen Getreides aus den römischen Kolonien überhand nahm, als die Kolonisten den bürgerlichen Besitz aufgaben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), war es mit der wirtschaftlichen Gesundheit des römischen Staates vorüber. Prof. Mommsen, der Ihnen (nach links) politisch sehr nahe steht, sagt, das einzige Mittel, um den italienischen Bauernstand zu erhalten, wäre die Einführung von Getreidezöllen gewesen. Wir wollen dem Nationalsozialismus folgen und unsere einheimischen Bauernstand erhalten. (Bravo! rechts.) Als der Bauernkrieg aus den römischen Legionen verschwand, ging es mit der Loyalität des römischen Heeres zu Ende. (Lachen des Abg. Bebel.) Ich könnte auf ein schlagendes Beispiel hinweisen, um die Leistungsfähigkeit einer Armee darzutun, die sich aus einem reinen Industriestaat rekrutiert. Bewahren Sie uns vor dem Uebergang zum Industriestaat; dieser würde mit dem Verlust unserer wirtschaftlichen und politischen Selbstständigkeit gleichbedeutend sein. Erhalten Sie uns die ländliche Bevölkerung und damit unsere Volkskraft, die mehr wert ist als Reichtum. (Beifälliger Beifall rechts.)

Abg. Singer (So.):

Der Herr Vortredner hat uns am Schlusse seiner Ausführungen vor dem Uebergang in den Industriestaat gewarnt und auf den Untergang des römischen Reiches hingewiesen. Er sollte doch auch der Geschichte wissen, daß die römischen Bauern eben durch die Latifundienbesitzer zu Grunde gegangen sind. (Sehr richtig! links.) Juni rechts: Hat Graf Ranitz ja gesagt? Außerdem gab es damals in Rom keinen Industriestaat. Graf Ranitz hat vor dem Schlagwort der Wortverleugung gewarnt. Das ist ein gefährliches Unternehmen für Sie, Herr Graf! Ein noch viel schlimmeres Wort hat sich angeknüpft an einen Antrag, der von Ihnen selbst stammt, das Wort „Brotwucher“, und wer das Wort gebraucht hat, kommt man im „Reichs-Anzeiger“ lesen: das war der deutsche Kaiser!

Der Vortredner schilderte uns gegenüber die Schädlichkeit der Eisenzölle. Mein Freund Bebel hat sich ausdrücklich gegen die Eisenzölle erklärt. Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, wir seien in jedem Fall für den Industriestaat, und es ist auch nicht richtig, daß man uns als Feinde der Landwirtschaft hinfestellt. Wir sind gewillt, Mittel zur Verbesserung der kleinen Landwirte und namentlich der Landarbeiter — und die gehören doch auch zur Landwirtschaft! — zu bewilligen. Wir wollen nur nicht die Hand bieten zur Hilfe für die Reichen in der Landwirtschaft und wollen nicht dulden, daß die Armen in der Landwirtschaft ausgebeutet werden zu Gunsten der 25 000 Großgrundbesitzer! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was wir belämpfen, das ist, daß unter dem falschen Schlagwort: „Not der Landwirtschaft“ den agrarischen Prinzen und Grafen geholfen werde, die allein den Nutzen aus dem Zolltarif haben. Der Wind der Landwirtschaft will die Industriezölle bewilligen, wenn sie die Landwirtschaftszölle belohnen. Das ist aber die Solidarität der Händler. (Große Unruhe rechts, sehr richtig links.) Graf Ranitz hat uns das Geld aus London vorgeführt. Wer von uns hat denn dieses Geld bezweifelt? Wir wissen genau, daß auch in den Industriestaaten Waffensendungen existieren, wir wissen aber auch, daß dies die Folge der Produktionsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft ist, und wenn Graf Ranitz auf dieses Waffensendungen hingewiesen hat, so hat er ebenso, wie mein Freund Bebel, damit bewiesen, daß die bürgerliche Gesellschaft nichts taugt und daß sie beseitigt werden muß. Graf Ranitz weiß doch auch ganz genau, daß auch in den Agrarprovinzen Not und Elend vorhanden ist. Erinnert er sich nicht an die Hungerevoluten im Jahre 1873 in seiner Provinz? Weh er nicht von der Hungerevoluten in Ostpreußen im Jahre 1867, weh er nicht, daß in dem Agrarstaat Rußland permanente Hungerevoluten herrschen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Rufe rechts: In niedrige Getreidepreise!) Gerade in dem bestehenden Waffensendungen wurzelt ja die Sozialdemokratie.

Graf Ranitz sagt, die Landwirtschaft wolle ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen und gerade dazu brauche sie die Getreidezölle. Aber Sie klagen doch gerade deshalb über den Industriestaat, weil er Ihnen die Löhne verteuert, das ist doch ein argen Widerspruch; außerdem ist auch die ganze Behauptung, daß die Höhe der Löhne von der Höhe der Lebensmittelzölle abhängt, ganz falsch. In England und Amerika, wo keine Lebensmittelzölle bestehen, sind die Löhne viel höher als bei uns in Deutschland. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen keine künstliche Verteuierung des Brotes und weil wir meinen, daß durch die Erhöhung der Lebensmittelzölle, wie sie dieser Tarif vorschreibt, das tägliche Brot der breiten Masse des Volkes verteuert wird, darum sind wir gegen die Zölle und werden gegen sie kämpfen trotz der philosophischen Ausführungen des Grafen Ranitz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß zunächst noch einmal auf den Zwischenruf des Grafen Arnim in der Sitzung vom letzten Donnerstag zurückkommen. Graf Arnim hat am Schlusse der Sitzung den Versuch gemacht, diesen Zwischenruf, der gerechte Empörung auf dieser Seite des Hauses hervorgerufen hatte, dadurch abzumildern, daß er behauptete, er hätte gefragt: „Hat der Vater vielleicht alles verstanden?“ Nein, meine Herren, so war die Sache nicht. Herr Graf Arnim hat dazwischen gerufen: „Der Mann hat vielleicht alles verstanden!“ Er hat dies als eine Behauptung hingestellt. (Sehr richtig! links.)

Dieser Zwischenruf des Grafen Arnim zeigt auch von der Auffassung der Parteien, denen er und Graf Ranitz angehören. Für die Not und das Elend der arbeitenden Klassen, wie sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse erzeugt sind, haben die Herren nur Hohn und Spott!

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Herr Abg. Singer, nur unter der Voraussetzung, daß Sie keine Mitglieder dieses Hauses gemeint haben, kann ich diese Aussprüche durchgehen lassen.

Abg. Singer (fortfahrend): Ich habe nur von der Partei gesprochen. (Heiterkeit.) Diese Charakteristik, die ich eben gegeben habe, war notwendig, um dem Versuche, diesen Vorfall abzumildern, entgegenzutreten. Wenn ich mich auch dem Wunsche des Präsidenten, persönliche Verhältnisse der Abgeordneten nicht in die Debatte zu ziehen, füge, so wird doch der Jura dadurch, daß er von einem Mann herrührt, der als Großgrundbesitzer doch auch Vorteile von den Getreidezöllen hat, nicht schöner und feiner. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sped hat Bezug genommen auf angebliche Äußerungen meiner Parteigenossen im bayerischen Landtag. Es war übrigens besonders bezeichnend, daß Abg. Sped es ebenso wie Graf Ranitz und seine politischen Freunde für seine Aufgabe erachtete, die weitere Entwicklung der Industrie zu hemmen. Das ist um so bezeichnender, als die Herren im Centrum doch auch Industrie in ihren Reihen haben und als das Centrum doch angeblich Hunderttausende von katholischen Arbeitern vertritt. Wenn Herr Sped seine Äußerungen in einer katholischen Arbeiterversammlung wiederholen wollte, würden ihn die Arbeiter um ihrer Selbsterhaltung willen schon nach Hause schicken. Es zeigt auch von sehr geringer Kenntnis unserer ökonomischen Entwicklung, wenn man glaubt, die industrielle Entwicklung Deutschlands aufhalten zu können. Warum hat denn das Centrum, wenn es diese Anschauungen des Herrn Sped teilt, für die Milliardenflotte gestimmt, warum hat es sich für die Weltpolitik begeistert? Warum hat es Milliarden ausgegeben zur angeblichen Beförderung von Handel und Industrie, um dann zu sagen: Nun will ich, daß die Entwicklung still steht! — Abg. Sped hat behauptet, die Abg. v. Vollmar und Segitz hätten im bayerischen Landtag die Erhebung städtischer Oltros in München und Fürtch als etwas ganz Harmloses hingestellt. An dieser Behauptung, die der Abg. Sped in gutem Glauben aufgestellt hat, ist nicht ein wahres Wort. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere nach den stenographischen Berichten, daß auch nicht eine Andeutung solcher Äußerungen der Abg. v. Vollmar und Segitz darin enthalten ist. Abg. Segitz präzisierete die Stellung auch der bayerischen Sozialdemokratie dahin, daß sie gegen alle indirekten Steuern eintrete, weil diese die großen Massen in ungerechter Weise viel höher bedrückten und belasteten, als die besitzenden Klassen. Unsere Partei hat weiter in der Stadtverwaltung regelmäßig gegen die Erhebung städtischer Oltros gestimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als unsere Parteigenossen in München den direkten Antrag auf Verringerung des Oltros stellten, da wurden sie durch das Centrum und die Liberalen niedergestimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kollege v. Vollmar erucht mich, die Behauptung, als ob er im bayerischen Landtag die städtischen Oltros als etwas Notwendiges und Harmloses hingestellt hätte, in seinem Namen für eine Unwahrheit zu erklären. Kollege Segitz schreibt mir, daß allerdings die Parteigenossen im Fürtcher Gemeinde-Kollegium es verümt haben, direkten Widerspruch gegen die Forterhebung des Oltros zu erheben. Dieses Verümtnis ist auf dem bayerischen Parteitag der Sozialdemokratie von allen Seiten auf das stärkste gemißbilligt und getadelt worden. — Abg. v. Haller hat eine Rede betreffend die lokalen Verhältnisse zwischen Nürnberg und Fürtch mit der Erklärung geschlossen: „Geben Sie den Städten ein richtiges Steuersystem, eine richtige Kommunalbesteuerung, und an demselben Tage werden die indirekten Steuern in Fürtch beseitigt sein.“ Es gehört doch in der That ein gewisser Mut, eine gewisse Entschlossenheit dazu, diese Vorgänge hier im Reichstage auszusprechen gegen die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Erhebung der Getreidezölle. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch Abg. Freiherr v. Hehl hat sich zum Ankläger meiner Freunde gemacht und behauptet, wir hätten, weil wir für den russischen Handelsvertrag und für den 3,50 Mark-Zoll gestimmt hätten, kein Recht, uns als Gegner der Getreidezölle aufzuspielen. Herr v. Hehl hat scheinbar bei seinen Ausführungen auf meine Gedächtnisschwäche geredet, der wir allerdings noch nicht verfallen sind. Wir haben nur deshalb für den russischen Handelsvertrag gestimmt, weil er den Getreidezoll von 5 Mark auf 3,50 Mark herabsetzte, nachdem wir uns vorher auch gegen einen 3,50 Mark-Zoll prinzipiell erklärt hatten.

Aber an die Behauptung, daß wir, weil wir unsere Zustimmung für eine Verringerung der Getreidezölle in die Waagschale geworfen haben und die „rettende That“ des russischen Handelsvertrages ermöglicht haben, deshalb Wortverleugner und Normwucherer sind, glaubt außer Herrn Hehl kein Mensch und vielleicht er selbst nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr von Hehl fragt, ob wir wirklich alle Zölle beseitigen wollen. Wir sind in der That für die gänzliche Beseitigung der Zölle, insbesondere der Lebensmittelzölle und natürlich gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle. Wenn dieser Zustand eingetreten ist und wir die politische Macht haben, dann werden wir uns auch die Mittel, die zur Durchführung der Geschäfte notwendig sind, zu verschaffen wissen; allerdings wird Herr von Hehl dann mit seinen lumpigen 4 Proz. Einkommensteuer, die er heute zahlt, nicht mehr so gut wegkommen.

Herr v. Hehl hat die Mehrheitsparteien auch als die Vertreter der Mehrheit der Arbeiter hingestellt, wie es schon einmal Fürst Bismarck gethan hatte. Er hat 9 Millionen Arbeiter in der letzten Volkszählung gerechnet. In Wirklichkeit waren es aber 12 Millionen Lohnarbeiter in Deutschland. Er sagt: Von diesen 12 Millionen vertreten die Sozialdemokraten 2 Millionen, folglich vertreten wir den Rest. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Unter den 12 816 532 Lohnarbeitern waren 9 070 097 männliche, davon wieder 4 174 902 Arbeiter unter 25 Jahren. Es bleiben danach für die Berechnung des Herrn v. Hehl nur 4 846 185 Wähler übrig. Wenn Sie von dieser Summe die 2 148 000, die für die Sozialdemokratie gestimmt haben, abziehen, dann mag der Rest für Herrn v. Hehl verbleiben; aber ich erlaube mir dann an Herrn v. Hehl und seine Freunde die Anfrage: Wo sind die acht Millionen Arbeiter, auf die die Herren sich stützen? Aber auch bei dieser Berechnung ist noch die stärkste politische Partei, nämlich die Partei der Reichswähler, außer acht gelassen. Bei der letzten Reichstagswahl haben von 11 Millionen Wählern 7/4 Millionen gewählt, 3/4 Millionen haben nicht gewählt. Von diesen 3/4 Millionen wird Herr v. Hehl die Hälfte haben, auch uns ein gutes Teil zugurechnen. (Lachen! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn er das nicht thun will, ist das um so merkwürdiger, als die Herren von der nationalliberalen Partei doch am allerbesten wissen müssen, welche Unannehmlichkeiten von Wahlbeeinträchtigungen, welche wirtschaftlichen Nachteile und welche Beeinträchtigung der Wahlfreiheit sie, soweit sie Großindustrielle sind, ihren Arbeitern auferlegen, so daß viele Arbeiter lieber überhaupt auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichten. (Gelächter bei den Nationalliberalen.)

Wir wollen uns die Rechnung nun aber mal von der anderen Seite ansehen. Wenn die Herren von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Zölle sprechen, dann thun sie so, als wenn sie die Majorität hinter sich haben. Sie haben aber lediglich die Majorität des Reichstages, nicht die

Majorität des Volkes hinter sich. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Die Majorität des Volkes steht hinter den Gegnern des Brotwuchers und diese würden nichts sehnlicher wünschen als die Auflösung des Reichstages. Ob dann viele von den Freunden des Zolltarifs wiederkehren würden, bleibt abzuwarten. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) An der Hand der amtlichen Statistik stelle ich fest, daß alle Parteien, die für den Zolltarif oder für die Erhöhung seiner Positionen stimmen, durchschnittlich 15 575 pro Gewählten hinter sich haben, während die Gegner des Tarifs, die Socialdemokraten und die freisinnigen Parteien 28 282 Stimmen für den Gewählten hinter sich haben. (Hört, hört! links.) Nun berechnen Sie sich, wo die wirkliche Majorität des Volkes steht. Bei einer vernünftigen Einteilung der Wahlkreise würden Sie ja längst nicht in solcher Stärke hier sein und Sie würden es dem Volke nicht mehr erschweren können, sein tägliches Brot zu verdienen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Auch Herr v. Hehl hat von den Beschläffen unserer Parteitage gesprochen. Ich freue mich, daß diese Beschläffe so große Beachtung finden, sie werden ja auch gefaßt, und beachtet zu werden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Hehl hat nun auf unsern Mainzer Parteitag hingewiesen und sich einverstanden erklärt mit der Auffassung, die unser Freund Calwer dort in Bezug auf die deutsche Zollpolitik gegen Amerika ausgesprochen hat. Eine harte Strafe für Calwer. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Aber Herr v. Hehl doch wirklich aus dem Mainzer Protokoll weiter feststellen sollen, daß alle übrigen Redner dort sich gegen die Calwerischen Ausführungen gewendet haben. In seiner grundsätzlichen Auffassung der Zoll- und Handelsvertrags-Politik ist Calwer in der Partei gänzlich isoliert. (Auf bei den Nationalliberalen: Schippel!) Vielleicht teilt noch Kollege Schippel die Calwerische Ansicht. Aber es ist doch ein starkes Stück, diese unsre beiden Freunde hier zu citieren, von denen Herr v. Hehl ganz genau weiß, daß sie in Bezug auf die Lebensmittelpreise durchaus einig mit uns sind. Calwer und Schippel sind genau in demselben Grade wie wir alle gegen jede Erhöhung der Lebensmittelpreise, und es ist nicht berechtigt, ihnen aus dieser Haltung einen Vorwurf zu machen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ueberrissen möchte ich doch auch bei dieser Gelegenheit grundsätzlich betonen, daß für die Haltung unserer Partei die Parteibeschlüsse maßgebend sind (Veh. Zustimmung v. d. Socialdemokraten.), ganz gleichgültig, welche Auffassung der Einzelne hat. Es wäre wahrhaftig jochlicher und würdiger, wenn Sie die Beschlüsse unserer Partei zum Gegenstand Ihrer Betrachtungen machen wollten, statt den Versuch zu machen, Zwistigkeiten in unsre Reihen zu tragen, wobei Sie den gewöhnlichsten Erfolg doch nicht erzielen. (Abg. Dr. Hertel: Na! Na! Heiterkeit.)

Auch der neue preussische Finanzminister hat sich mit unserm Lübecker Parteitag beschäftigt. Er hat sich dabei mehr als Polizeiminister gefühlt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Und Sachkenntnis und Verständnis durch Schnelligkeit ersetzt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Er hat damit auf uns keinen Eindruck gemacht und auch nicht auf das Haus, das er offenbar mit dem preussischen Landtage verwechselt hat. (Sehr richtig! bei den Socialdem.) Wo er allerdings hätte darauf rechnen können, daß der Chor der Wortverkörer alle seine Ausführungen mit Jubel und Beifall ausgenommen hätte. Herr v. Rheinbaben hat gemeint, die Regierung wolle sich nicht „berufen“ lassen. Er glaubte damit einen vortheilhaften Weg zu machen. Aber er wird ja nun bald auch die Freude haben, Berufen zu werden, der sicher in Breslau gewählt werden wird, in voller Uebereinstimmung mit uns hier den Brotwucher bekämpfen zu sehen. (Veh. Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Der Herr Minister ist wohl wie viele andre recht enttäuscht über den Ausgang unsrer Lübecker Verhandlungen. Nichts wäre ihm gewiß angenehmer gewesen, als wenn die Dinge da einen andern Verlauf genommen hätten. Natürlich ist es eine ganz uralte Ansicht, als wenn durch eine andre Auffassung in der Verfassung unsre thatsächliche Politik irgendwie geändert wird. Nachdem unser Freund Bernstein die ihm ehrende Erklärung in Lübeck abgegeben hat, sind wir der Meinung, daß es seiner Würde nicht entspricht, ihn gegen das Lob des Herrn Ministers und seiner Freunde hier noch in Scham zu nehmen. (Veh. Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Herr v. Rheinbaben hat die Bitte und den Sadel des Herrn v. Eulenburg citiert. Das entspricht ja ganz unsrer Politik. Erst die Massen hungern und sie dann niederschicken. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Der Minister sagte auch, er wisse aus seiner Düsseldorf'schen Zeit, daß der rheinische Industrie-Arbeiter gegen höhere Getreidezölle nichts einzuwenden habe. Aus welcher Quelle hat er denn da geschöpft? Das hat er wohl auf den Diners gehört, die er bei den Großindustriellen mitgemacht hat. (Veh. Zustimmung rechts. Sehr gut! links.) Arbeiter können ihm das nicht gesagt haben. Der rheinische Industrie-Arbeiter ist auch gegen Broterhöhung und Hungertarif, unsre Position hat dort 148 869 Unterschriften erhalten. Der Minister hat die Vorlage mit kapitalistischen Nachweisen begründet. Niemals ist die Statistik ärger mißbraucht worden, als von ihm bei Vertretung dieser Vorlage, durch die der Zollwucher in Vermögen erklärt ist. Ich weiß nicht, ob der jetzige Finanzminister noch Minister des Innern war, als im Auftrage der Regierung die Landräte für Flugblätter im Sinne der Regierungsvorlage mobil gemacht worden sind. Jedenfalls weiß das aber der Staatssekretär des Innern, der ja gewiß der agrarische Oberhirt innerhalb der Regierung ist. (Unruhe rechts.) Ich habe hier ein Schreiben des Magistrats von Landeshut in Schlesien, in welchem es heißt: Im Auftrage des Herrn Landrats übersende ich Ihnen Flugblätter, die Sie, wenn es Ihnen angemessen erscheint, an Ihre erwachsenen Arbeiter verteilen wollen. Einer Rückgabe der etwa nicht verteilten Flugblätter bedarf es nicht. Das Schreiben ist an alle Fabrikanten gegangen. Es handelt sich um Flugblätter aus der bekannten Hülfskassen-Fabrik und jedenfalls hat die Regierung ihre Hand dabei im Spiel. Offenlich hat sie auch jemand gefunden, der ihr 12 000 M. dazu gegeben hat. (Veh. Zustimmung rechts. Heiterkeit links.) damit sie nicht Geld der Steuerzahler anzugreifen nötig hatte. Genosse Wedel hat Ihnen hier schon Arbeiterbudgets vorgeführt. Ich kann die Liste noch vervollständigen und zwar sind diese Budgets von staatlichen Beamten aufgestellt, von Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren, die doch nicht im Verdacht stehen, die aufheuerischen Socialdemokraten unterstützen zu wollen. Der Münchener Fabrikinspektor hat ausgerechnet, daß eine fünfköpfige Familie nur für die Ernährung 16,50 M. ausgeben muß für Wohnung, Kleidung und andre Bedürfnisse verbleiben dann so minime Beträge, daß ich wirklich den Centramsmann sehen will, der noch behaupten kann, daß eine Verteuerung des Brotes die Lebenshaltung der Arbeiter nicht beeinträchtigen könne. Dabei verdienen die hier in Rede stehenden Arbeiter noch hohe Löhne. Das nennt man nun Socialpolitik, das nennt sich Socialreform, für die sich Herr v. Rheinbaben als Düsseldorf'scher Regierungspräsident so interessiert hat. (Auf links: Ist auch danach!) Der Fabrikinspektor Laurisch in Rottbus hat ausgerechnet, daß eine fünfköpfige Familie pro Kopf und Tag nicht mehr als 40 Pf. ausgeben konnte. Man wird unwillkürlich an die Redegänge des Herrn Ditzze erinnert, wenn man von diesen Zuständen hört. (Lachen im Centrum.) Die ganze Zollpolitik ist von uns in Lübeck sehr richtig dahin charakterisiert worden, daß 99 1/2 Proz. der Bevölkerung von dem restlichen 1/2 Proz. ausgeplündert werden sollen. Sie ist die Sanction des Vandalismus, das Kraut- und Schlotjunfer abgeschlossen haben. Die Regierung sollte sich ihrer Verantwortung wirklich etwas mehr bewußt sein, ehe sie hier durch Herrn v. Rheinbaben erklären läßt, die Lebenshaltung der Arbeiter werde durch die Vorlage nicht beeinträchtigt. (Sehr wahr! links.)

Ich komme nun zur Vorlage selbst und ihrer Begründung. Die finanzielle Seite der Frage ist nicht genügend gewürdigt worden. Ich sage, die agrarische Politik würde die Unterstützung der Regierung

gar nicht in dem jetzigen Maße finden, wenn diese nicht das Geld aus den Pöhlen für vorkriegliche Militär- und Marineverbräuche brauchte. Es ist der Regierung allmählich unbenommen geworden, wenn sich um jedes Schiff eine große Debatte entspinnt. Sie will Geld haben und ihre Forderung mit dem Hinweis auf die volle Kasse durchdrücken. Wir sehen den Geldmangel beim neuesten Etat. Aber auch hier werden die Einnahmen aus den Steuern der Vermögen geholt. Warum kommt die Regierung nicht mit einer Reichseinkommensteuer? Weil die Rechte und das Centrum Jeter schreien. Wollte die Regierung das Gesamtinteresse wahren, sie müßte mit der Reichseinkommensteuer, die die Reichen belastet, kommen. Statt dessen wird die Politik getrieben, die überhaupt nur den besitzenden Klassen zu gute kommt. (Sehr wahr! links.)

Ich habe hier eine Rechnung aufgemacht, die feststellt, um welche Mehreinnahmen es sich für das Reichsbudget eigentlich handelt. Wenn neue Handelsverträge zu Stande kommen, so ergeben sich nach dem Durchschnitts-Einfuhrziffern der Jahre 1898-1900 folgende Mehreinnahmen: für Roggen circa 11 1/2 Millionen Mark, für Weizen circa 27 Millionen, für Gerste 10 Millionen, für Hafer 8 1/2 Millionen, also im ganzen circa 58 Millionen. Kommen nun neue Handelsverträge zu Stande und findet der autonome Tarif Anwendung, so ergibt sich eine Mehreinnahme bei Roggen von circa 19 Millionen Mark, bei Weizen 41 Millionen Mark, bei Gerste 20 Millionen Mark, bei Hafer 12 Millionen Mark, im ganzen also beinahe 92 Millionen Mark Mehreinnahme, und was bei den unversicherten Forderungen des Bundes der Landwirte herauskommt, können Sie sich ungefähr an diesen Ziffern berechnen. Dabei aber handelt es sich nur um Getreide; es kommen jedoch noch andre landwirtschaftliche Produkte in Betracht. Bei Buchweizen würde z. B. der Mehretrag 4 1/2 Millionen Mark bei einem Zoll von 3,50 Mark, bei Mais 27 Millionen Mark, bei Raps und Rüben 1 1/2 Millionen Mark, bei Hopfen 1,1 Millionen Mark, bei Aepfel und Birnen 600 000 Mark, bei Pfirsichen und Kirchen 600 000 Mark betragen. Dazu kommen noch die Viehzölle. Der Mehretrag durch Einfuhr von Pferden würde allein 5 Millionen Mark betragen, von Eullen und Lämmen 400 000 Mark, bei Jungvieh 530 000 Mark, bei Ochsen 270 000 Mark. Bei Gansen, die bis jetzt frei waren, 4 250 000 M. Im ganzen würden diese Zollmaßnahmen einen Mehretrag von 17 Millionen Mark einbringen. Dazu kommen wichtige landwirtschaftliche Produkte: die Mehreinnahmen der Buttereinfuhr würden 1 660 000 M., aus Eiern 4 730 000 M., einbringen. Im ganzen würden die Mehreinnahmen aus den landwirtschaftlichen Zöllen 136 900 000 M. ausmachen. (Hört! Hört! links.) Bei den Industriezöllen ist ja nur eine einschätzungsweise Berechnung möglich; wenn ich aber ganz niedrig schätze, so komme ich zu einem Mehretrage von 40 Millionen Mark. Der finanzielle Effekt der Bundesratsvorlage würde also insgesamt 177 Millionen Mark betragen. (Hört! Hört! links.) Angesichts dieser Thatfache wird es für die verbündeten Regierungen schwer sein, ihre Behauptung zu wiederholen, daß sie keinen entscheidenden Wert auf diese Frage legen. Wir legen ein überaus großes Gewicht darauf, daß die Reichspresse nicht gepeist wird aus den Taschen der Armen für Ausgaben, die Arbeitern gar nicht zu gute kommen.

Es wird immer von der Not der Landwirte gesprochen. Die Not der kleinen Bauern zu mildern und den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen, das sind ja die höheren Motive, von denen die Herren geleitet werden und die die Regierung veranlaßt hat, diese Vorlage einzubringen. Es ist ja schon mehrfach darauf hingewiesen worden, welche Kreise der Landwirtschaft den Nutzen der Vollerhöhung haben werden. Ich werde Ihnen hier aus einem Adreßbuch der notleidenden Landwirtschaft einige Mitteilungen machen, damit Sie sehen, wer in Wirklichkeit die Rotleidenden sind. Vor mir liegt eine Zusammenstellung aus dem Werke von Professor Conrad über Grundbesitz vom Jahre 1889. Das ist zwar schon etwas lange her, aber schließlich kann ich mit Recht behaupten, daß der Besitz dieser Herren seit jener Zeit nicht verringert hat. Die Lohnzulage, um einmal einen Arbeiterausdruck zu gebrauchen, die diesen Herren in Form der Erhöhung der Civilliste zugesprochen ist, wird zur Verschlechterung ihrer Lage nicht beigetragen haben. Der Grundbesitz einer großen Reihe von Fürsten — ich nenne Ihnen nur die Namen Ernst Herzog v. Sachsen-Koburg-Gotha, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, Fürst Friedrich Leopold — bewegt sich zwischen 5000 — 35 000 Hektar. Diese Herren — es sind zusammen 15 mit 214 Hektar — würden aus den Zöllen bei ihrer jetzigen Höhe 2 380 000 Mark profitieren, und wenn die Bundesratsvorlage Annahme finden sollte 3 442 930 M. pro Jahr. (Hört! Hört! links.) Bei den Socialdemokraten. Es ist die größte Beleidigung für die deutschen Fürsten, daß der Bundesrat sie in die Lage bringen soll, hier bezeichnet zu werden als diejenigen, die von der Belastung und Besteuerung des Hungers ungeheure Summen für ihren Privatbesitz gewinnen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Weiter eine Reihe von Grundbesitzern aus dem hohen Adel: Fürst Bismarck I. figuriert dabei an erster Stelle, und der jetzige Fürst Bismarck wird jedenfalls an seine Stelle getreten sein. Ich nenne weiter Fürst Carolath-Beuthen, Graf Soden v. Donnerdmark, Fürst Hohenlohe-Dehringen, Fürst Vich, Prinz Schönaich-Carolath, Graf v. Eulenburg, Herr v. Tiele-Winkler, zusammen sind es 38 Herren mit 214 Besitzungen, ihre Einnahmen würden sich von 2 116 888 M. auf 3 176 000 M. pro Jahr erhöhen, wenn die Regierungsvorlage Gesetz würde. Dann zu den bürgerlichen Agrariern mit 75 Besitzungen zu 88 000 Hektar, ihre Mehreinnahmen würden 1 630 000 Mark betragen. Uebrigens sind unter diesen 10 bürgerlichen Herren die meisten neue Mitglieder des Bundes der Landwirte, sehr bekannte agrarische Namen. (Hört! Hört! links.) Im ganzen haben wir 152 Besitzer, die jetzt allein aus den Getreidezöllen 13 Millionen 751 000 Mark Profit haben und deren Profit sich später, falls die Bundesratsvorlage angenommen wird, auf ca. 20 Millionen Mark erhöhen würde. Nun frage ich Sie: Rechnen Sie diese Leute zu den Rotleidenden, soll das deutsche Volk seinen sauren Schweiß hergeben, um die Taschen dieser Herren zu füllen? Können Sie der deutschen Arbeiterklasse zumuten, für eine Vorlage einzutreten, die nichts weiter bedeutet, als daß die Vermögen zu Gunsten der Reichen ausgeländert werden? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ich möchte Ihnen noch einen Besitzer vorführen, dessen Besitzungen über ganz Preußen verteilt sind, der in Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Pommern, Westpreußen Güter hat. Dieser Herr besitzt eine Gesamtfläche von 96 650 000 Hektar, ohne Anrechnung der Weiden, Wälder etc. 27 216 000 Hektar. Hier von sind 13 608 000 Hektar mit Getreide, welches zum Verbrauch dient, bebaut. Die Einnahmen dieses Herrn betragen bei dem jetzigen Zoll 470 280 M. pro Jahr oder kapitalisiert 9 524 600 M. Wenn ich den 5 Mark-Zoll annehme, so bezieht dieser Herr an Einnahmen aus den Getreidezöllen 650 400 M., oder der Wert seiner Besitzungen kapitalisiert erhöht sich durch den Zoll um 15 680 000 M. Wissen Sie, wer dieser Herr ist? Das ist der deutsche Kaiser, der seinen Brotwucher will! (Hört! Hört! bei den Socialdemokraten. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Graf Stolberg-Berningerode: Herr Abgeordneter, ich bitte, die Verlesung des Kaisers nicht in dieser Weise in die Debatte zu ziehen.

Abg. Singer (fortfahrend): Die Herren Vertreter der Mehrheitspartei nennen sich so gern „staatsbehaltende Vorkriegs“, allerdings, sie sind so lange staatsbehaltend, als sie vom Staate etwas erhalten. (Große Heiterkeit links.) Für diese Grenzen ihrer Regierungsfähigkeit bieten die Aeußerungen besonders der agrarischen Presse ein reiches Material. Die Wähler sagen z. B. in einem von ihnen verbreiteten Flugblatt: „Wenn die Regierung den deutschen Bauernstand nicht schützt, so sagen die deutschen Fürsten und ihre Regierungen den Wt ab, auf dem sie sitzen.“ (Hört, hört! bei den Soc.) Sie (nach rechts) ereifern sich immer ganz besonders, wenn Sie auf die Internationalität

der Socialdemokratie zu reden kommen. Nun, wir werden als die „Rote Internationale“ bezeichnet, und Sie stellen die Grüne Internationale dar. Auf dem Internationalen Kongreß für die Organisation der Landwirte, der am 28. Juli in Versailles zusammentrat, wurde unserm Kollegen Dr. Noefke-Kaiserlautern die Ehre zu teil, zum Vorsitzenden gewählt zu werden. Der Präsident des Internationalen Kongresses stellte in seiner Eröffnungsgesche fest, daß unter den Landwirten aller Länder eine völliige Harmonie bestehe. Dr. Noefke sagte, daß die landwirtschaftlichen Fragen durch die gemeinsame Arbeit auf diesem Kongreß, zu dem die Initiative von Frankreich ausgegangen sei, einer glücklichen Lösung entgegengehen.

Die Agrarier behaupten immer, hohe Getreidepreise würden den Arbeitern besseren Lohn, verkürzte Arbeitszeit, überhaupt bessere Bedingungen verschaffen. Nach den Aeußerungen der hervorragenden Redner dieser Partei sowohl in der Presse wie im preussischen Abgeordnetenhaus scheinen mir die Wünsche der Agrarier mehr auf niedrige Arbeitslöhne und lange Arbeitszeit zu gehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dazu kommen die mangelhaften Arbeiterwohnungen auf dem Lande; der Gutsherr von Cabinen hat selbst gesagt, daß die Arbeiterwohnungen schlechter seien als Schweinehütten. Der nationalliberale Abg. Sieg sagte bei der Besprechung der Interpellation Esmula, betreffend die Zulassung ausländischer Arbeiter, diese Zulassung sei bezüglich der Wohnungen an Bedingungen geknüpft, die nicht immer zu erfüllen seien. Und die Regierung wird ihren Lieblingsfindern, den Agrariern, doch gewiß keine schweren Bedingungen auferlegen! Abg. Sieg sagte weiter: „Wenn ich als Amtsvorsteher die Verfassung des Regierungspräsidenten streng befolgen wollte, müßte ich die Arbeiterwohnungen der Domänen nicht mehr bewohnen lassen.“ (Hört! Hört! bei den Socialdemokraten.) Ich werde das aber nicht thun, weil ich das nicht für den Verhältnissen entsprechend erachte.“ (Hört! Hört! bei den Socialdemokraten.) Können Sie sich einen stärkeren Vorwurf gegen die Domänenverwaltung denken als diese Aeußerung aus nationalliberalem Munde? Der Hauptgrund der Landflucht der Arbeiter ist ihre mangelhafte Existenz auf dem Lande. Wenn Sie (nach rechts) tüchtige Arbeiter haben wollen, so bemühen Sie sich die Gesetzgebung, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern! Seien Sie nicht so bildungsfeindlich, meine Herren! Aber Sie wollen ungebildete Leute haben, die sich nicht gegen die Ausbeutung zu verteidigen wissen. Die 15. Jahresversammlung des ostpreussischen landwirtschaftlichen Centralvereins hat den Oelbrottag-Unterricht gefordert. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) damit die Kinder mehr zum Viehhüten verwendet werden können. Statt einer Beschränkung wird also eine Erhöhung der Ausbeutung der Kinder gefordert. Das ist das Princip, nach dem Sie handeln. Da dürfen Sie sich nicht wundern, daß der intelligente Arbeiter, der weiß, was Menschenwürde ist, es müde ist, sich in Oelbrot wie das liebe Vieh behandeln zu lassen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Die medienburgische Altersarbeit hat die Errichtung der von der Regierung geforderten Präparandenanstalt für Lehrer für überflüssig erklärt, und dabei ist ausgesprochen worden, daß den Kindern nur beibracht werden soll „die Kenntnis des göttlichen Vaters“, eine „beschränkte Kenntnis des engeren und weiteren Vaterlandes“ und „soviel Schreiben, Lesen und Rechnen, wie sie es beim späteren Hofedienst verwenden können.“ (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) So sollen die Eltern herangezogen werden, denen Sie dann noch ihr bißchen Brot verteuern! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Graf Kanitz hat die Behauptung aufgestellt, daß von einer Belastung des Volkes durch die Getreidezölle nicht die Rede sein werde. Diese Behauptung ist bereits hundertfach widerlegt worden. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß die Einnahmen des Reiches aus sämtlichen Zöllen auf Lebensmittel, die jetzt 844 Millionen Mark betragen, bei den neuen Mindestsätzen auf 1100 Millionen Mark, beim Anfröistiren des allgemeinen Zolls aber auf 1600 Millionen Mark steigen würden. Der Prozentsatz dieser Zölle zu den Weltmarktpreisen beträgt 35 bis 50 Proz. Das ist eine ungeheure Belastung des Volkes. (Sehr richtig! bei den Socialdem.) Die Denkschrift des Bundes der Landwirte über den Zolltarif ist deshalb wertvoll, weil sie zeigt, wie die Herren eigentlich in Bezug auf die Zölle denken, wenn sie unter sich sind. Für fast alle landwirtschaftliche Erzeugnisse wird von den Herren eine Erhöhung der Zölle gefordert, fast alle Produkte sollen verteuert werden, die zum Lebensunterhalt der ärmeren Bevölkerung dienen und nur einige Artikel haben Gnade vor den Augen der Herren gefunden. Es sind Anker, Kaviar und Hummern! Da wollen Sie die Zölle nicht erhöhen. (Beifugung und lebhafteste Zustimmung links. Lärm rechts.) Es ist doch möglich, das aus der Denkschrift festzustellen. Man lernt meistens die Stimmung kennen, die im Kreise der Herren herrscht, als sie sich zusammensetzen, um einmal zu sehen, was sich herausschlagen lasse. (Sehr gut! links.)

Das Vertreiben der Agrarier läuft darauf hinaus, einen modernen Roboter einzuführen. (Bravo! links.) Im Anfang des vorigen Jahrhunderts hob Preußen den alten Roboter auf. Im Anfang des 20. Jahrhunderts sind wir so weit, daß der alte Roboter in der modernen Form der Besteuerung des Hungers wieder eingeführt werden soll. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Agrarier verliehen die Gesetzgebung ihrem Vorteil dienlich zu machen. Eine kolossale Summe würden die Großgrundbesitzer an den Zöllen auf Getreide und Fleisch neu einsparen, wie sie bereits die Liebesgaben und die Grundsteuer-Aufhebung genießen. Ein Gelehrter, Dr. Finkeleisen, hat ausgerechnet, wie viele Arbeitstage geleistet werden müßten, um diese Summen für die Großgrundbesitzer herbeizuschaffen. Der alte Roboter galt früher nur für die Bauern, jetzt aber muß jeder Staatsbürger ohne Unterschied des Standes für die Agrarier arbeiten, um die Klasse der Großgrundbesitzer zu erhalten. Sie behaupten immer, daß der Staat auf der Erhaltung ihres Standes beruhe. (Unruhe!) Sie sagen, die Landwirtschaft erfordert diese Unterstützung. Aber zu dieser gehören Sie ja gar nicht. (Lärm rechts.) Zur Landwirtschaft gehören die landwirtschaftlichen Arbeiter, und fragen Sie die einmal, was sie von den Millionen, die den Großgrundbesitzern in den Taschen folgen, erhalten werden. Glaubt auch nur ein Arbeiter, daß seine Löhne sich bessern, daß er in einer gesunden Wohnung wohnt, daß er eine anständige Behandlung erfahren werde, nachdem Ihnen die hohen Zölle bewilligt sind? Die Not der Landwirtschaft, von der Sie sprechen, ist nicht eine Not der Großgrundbesitzer, es ist die Not der Kleinen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Nun noch einige Bemerkungen zu der Stellung des Centrum zu dieser Vorlage. Die bürgerlichen Agrarier sind ganz zu Knappen der preussischen Junker geworden. Das hängt aus den Reden der Herren Nölke und Hilpert hervor, und das wird wohl auch Dr. Heim, der ja wahrscheinlich noch sprechen wird, ausdrücken. Die bürgerlichen Bauern haben mit bewußter Deutlichkeit mit ihren Vertretern gesprochen und auch mit der Centramsparteileitung wird in Pratur geteilt. Herr Dr. Heim, der ohne die Vollerhöhung kein Interesse mehr an der Monarchie hat, hat den Bauern genauen, den mangelhaften Vertretern die Knochen einzuschlagen, wenn sie nach Hause kommen. (Große Heiterkeit.) Das sind ja trübe Aussichten für die Herren! (Erneute Heiterkeit.) Das Centrum scheint im großen und ganzen über die vom Bundesrat gezeigte Linie mit Vollerhöhen nicht hinausgehen zu wollen. Da können sich ja die Herren aus Bayern auf einen kräftigen Empfang gefaßt machen. (Große Heiterkeit.) Das Centrum sagt zwar, es sei die regierende Partei. Aber so wie es auf der einen Seite die agrarische Erdrückung bedrängt, so bedrängt es auf der andern Seite die katholischen Arbeiter, und auf diesen Umständen lege ich das größte Gewicht. Das Centrum, das sich stets auch als Vertreter der Arbeiter gebunden möchte, opfert die Interessen der Arbeiter der agrarischen Begehrlichkeit. Wie kann man noch wagen, von der Sorge für die Emancipierten zu sprechen, wenn man ihnen das täg-

habe Brot verteilen will. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wie kann man von der Sorge für die Arbeiter sprechen, wenn man die Zubereitung, die Arbeitsmöglichkeit einer gefunden und ausreichenden Ernährung ihnen erschweren will. (Lärm im Centrum, Beifall bei den Socialdemokraten.) Wissen denn die Herren nicht, daß unter den katholischen Arbeitern eine wahre Rebellion ausgebrochen ist? Die Leute haben es jetzt gemerkt, daß die Herren, die ihre Vertreter sind, sie in ihren Lebensbedürfnissen so erheblich einschränken wollen. Die Beweise dafür liegen in den Verichten über katholische Arbeiterversammlungen. Ein Redner hat da gesagt, 1/10 der christlichen Arbeiter seien Gegner der Zoll-erhöhungen und die Kapläne und Geistlichen mußten beruhigend eingreifen. Meine Herren! (zum Centrum) Hören Sie nicht auf das Geschrei, daß die Junker Rot leiden, sehen Sie dahin, wo die Hilfe am notwendigsten ist, zu den Arbeitern. Dann werden Sie zu der Ueberzeugung kommen, daß Ihre jetzige Politik keine volkserhaltende, nein eine volkverwüstende ist. (Lärm im Centrum.) (Sehr wahr, links.) Herr von Wangenheim hat an Gott appelliert, er möge die Herzen der Regierung weich stimmen. Was wird nicht alles unter Anrufung der Hilfe Gottes erbeten. Die Bündler stehen seinen Schatz für den Brotwucher herab. Unter Anrufung Gottes verüben die Engländer in Südafrika die schrecklichsten Verbrechen, unter Anrufung Gottes haben die europäischen Krieger in China gemordet und gefoltert. (Lärm rechts.) Wenn es einen Gott giebt, er wäre nicht zu beneiden darum, daß er angerufen wird für alle die Schandthaten. (Sehr gut, links.)

Die Minister aus den Bundesstaaten sind zum großen Teil wieder abgereist, hoffentlich nicht ohne vorher ihre Tagelöhner entlassen zu haben. (Witruke rechts und im Centrum. Sehr gut, links.) (Vizepräsident Graf von Stolberg bittet um Ruhe.) Deshalb erregen sich die Herren so? Ich spreche doch hier nur Tatsachen aus. Die Herren vom Bundesrat sind das Recht, täglich 30 M. zu liquidieren. Das wunderbarste ist nur, daß Sie uns vorenthalten, was sie selbst beanspruchen. (Sehr richtig! links.) Ich wiederhole also, die Herren sind abgereist, gewiß nicht ohne vorher ihre Tagelöhner entlassen zu haben. (Große Heiterkeit.) Wo waren aber die Vertreter der Hansestädte? (Sehr gut, links.) Haben sie ihre Kraft ganz bei der Seemannsordnung veranschlagt oder haben sie so etwas wie Schamgefühl? Wo ist der Vertreter von Coburg-Gotha? Er hat doch von seinem Landtag ausdrücklichen Auftrag, gegen den Zolltarif zu stimmen. (Lärm am Ministerisch.) Ich höre, der Herr ist hier. (Auf am Ministerisch: Nein!) Stehen die Vertreter der Hansestädte nicht in diametralen Gegensatz zu ihren Handelskammern? Wie beredt waren sie sonst, wenn es galt, staatliche Subventionen für hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaften durchzusetzen. Wir haben ja den Herren in der Verfassung das Recht gewährt, ihre gegenwärtige Meinung hier zum Ausdruck zu bringen. Aber die Herren schweigen. Herr v. Fischel hat gegen die Vorlage geredet, aber er kam doch am Schlusse seiner Rede dazu, ihre Annahme zu empfehlen. Auch Herr von Niebel hat in der agrarischen Horn gestochen, aber vor Ueberbrennung des Vogens gewarnt.

Der sächsische Bundesvollmächtigte hat von Wohlthätigkeitsbestrebungen gesprochen, die den Arbeitern zu gute kämen. Wir verlangen aber keineswegs, daß die besitzenden Klassen „wohlthätig“ sein sollen; wir fordern für die Arbeiter keine Wohlthaten, sondern wir wollen für die breite Masse der Bevölkerung, aus deren Arbeit der Reichtum erst entsteht, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Wir vertreten keine Politik der Wohlthaten, sondern wir behaupten, daß die herrschende Gesellschaft bisher ein Verbrechen gegen die breiten Massen der Bevölkerung begangen hat, indem sie dieselben angebeutelt und ausgepöbelt hat. Wir wollen die Damen, die sich zu Wohlthätigen Vereinsgründungen zusammenfinden, nicht stören, aber mit solchen Bestrebungen werden unsere Forderungen nicht erfüllt. Das hat dies Moment mit einer Zolltarifvorlage zu thun, durch die die Bevölkerung um Tausende von Millionen armer gemacht wird? Diese Wohlthaten würden also geleistet werden an dem, was man zunächst den Arbeitern genommen hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Freisier von Thielmann hat auf die Klagen, daß die Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses nicht genügend unparteiisch geführt seien, hier im Reichstage am 2. Dezember erklärt, daß das „Skelet“ des Zolltarifes, lange ehe überhaupt eine Einstellung der Säge erfolgte, sämtlichen Bundesregierungen vorgelegt und von diesen im Verein mit ihren Handelskammern gründlich durchberaten wurde. Der Staatssekretär des Reichs-Schatzamt's scheint etwas an Bedachtsamkeit gewachsen zu sein; ich bin in der Lage, sein Bedachtsamkeit aufzufrischen. Am 1. Oktober 1898 ist aus dem Reichs-Schatzamt ein vom Freiherrn v. Thielmann gezeichnetes Erlaß ausgegeben worden, worin die Behörden aufgefordert werden, den Zolltarif-Entwurf den Handelskammern nicht vorzulegen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) weil dies die Verletzung durch den Wirtschaftlichen Ausschuss vorgegriffen würde. Herr von Thielmann wußte also am 2. Dezember 1891 nicht mehr, was er 1898 geschrieben hatte. Es wäre doch vielleicht nicht zu viel verlangt, daß einer der höchsten Beamten des Reichs, bevor er im Reichstag solche Behauptungen aufstellt, wenigstens einen Blick in seine Akten geworfen hätte. Dann hätte er sich erspart, daß ihm dieser Widerspruch nachgewiesen wurde. Was ist nun richtig? Ich nehme an, daß allerdings die sachverständigen Gutachten aus den Kreisen von Handel und Industrie der Regierung etwas un bequem gewesen sein würden und daß sie es vorgezogen hat, in dieser unschuldvollen Unkenntnis zu verharren und, ohne durch Versehen belächelt zu sein, die Forderungen der Agrarier zu erfüllen.

Die Regierung und mit ihr ein Teil der Rechten behauptet nun, wir könnten auch mit diesem Tarif zu Handelsverträgen kommen. Dieser Auffassung tritt aber das in den letzten Tagen veröffentlichte Exposé eines russischen Blattes entgegen, daß gewiß mit dem Willen des russischen Finanzministers Witte publiziert worden ist. Aus diesem Exposé geht hervor, daß man sich in Rußland angesichts des deutschen Tarifentwurfes darauf einrichtet, ohne Handelsverträge mit Deutschland zu existieren. Die Behauptung, daß man mit den Mindesthöhen Handelsverträge abschließen könnte, scheint also auf sehr schwachen Füßen zu stehen. Rußland wird gegenüber unsern Zollserhöhungen Repressalien üben und namentlich einen hohen Zoll auf die Eiseneinfuhr nach Rußland legen. Wir haben an Eisenwaren nach Rußland ausgeführt 1892 für 13 Millionen, 1899 für 58 Millionen (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) und 1900 für 44 Millionen. Unter den Handelsverträgen also diese enorme Steigerung, die in ähnlicher Weise bei anderen Ausfuhrprodukten nach Rußland aufgetreten ist. Welchem Arbeiter will man da noch einreden, daß eine Politik, die unsere Ausfuhr nach Rußland, wenn nicht ganz unmöglich macht, so doch erheblich einschränkt, eine Politik der Arbeiterfreundschaft sei?

Der Reichskanzler meinte, es sei würdelos, auf die Stimmen und Stimmungen des Auslandes zu achten. Ich muß sagen: es muß doch ein schlechter General sein, wer nicht die Stellung des Feindes beachtet. Im Laufe des Sommers wurde eine Aeußerung verbreitet: „Minimalzölle sind Unsinn; Wilow ist derselben Meinung!“ Diese Aeußerung wurde allerdings dann offiziell als „erlogen“ erklärt. Ich weiß aber ganz genau, daß in hanseatischen Kreisen Ort und Stunde der Aeußerung genau gekannt werden. Das pfeifen die Schwänze von den Dächern! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten. Große Umrufe rechts.) Herr v. Wilow scheint aber nach seinen Aeußerungen im Reichstag doch nicht derselben Meinung zu sein. Allerdings hat die offizielle Presse und das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau im Laufe des Sommers eine Anzahl ausländischer Prekäußerungen eifrig verbreitet, die sich dagegen wandten, daß bei der Einstellung von

Minimalzöllen in den deutschen Zolltarif Handelsverträge abgeschlossen würden. Hat Graf Wilow damals von all dem gar nichts gewußt? Er hätte doch sofort gegen die offiziöse Presse einschreiten können. Die agrarische Presse, namentlich die „Deutsche Tageszeitung“, hat damals in drohendem Tone verlangt, daß das Wolffsche Telegraphenbureau diese Thätigkeit einstelle. Es ist nicht geschehen. Für wendellos kann also damals der Reichskanzler die Beachtung der Stimmen des Auslandes nicht gehalten haben. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Und wenn heute der Reichskanzler eine noch so unbedeutende Rede gehalten hat, dann kommt am andern Morgen das Wolffsche Telegraphenbureau und verkündet aus London, Paris, Madrid, Wien und Rom, was dort irgend ein Journalist Rühmendes und Anerkennendes über die Rede des Reichskanzlers geschrieben hat. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten. — Umrufe rechts.) Das muß doch alles dem Reichskanzler bekannt sein; wenn ihm die Beachtung des Auslandes „würdelos“ erscheint, so würde doch ein Wort von ihm genügt haben, um es zu verhindern, daß der Reichskanzler wie eine gefällsüchtige Primadonna oder wie ein Feldentenor behandelt wird (Sehr gut! bei den Socialdemokraten. Große Heiterkeit.) Der Vorgänger des Reichskanzlers hat dies Ruhmbedürfnis nicht gekannt, dem Herrn war die Art des Ueberdresses noch nicht bekannt, dessen Einführung in Deutschland mit dem Amtsantritt des Grafen Wilow zusammenfällt. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Regierung hat nach ihrem ganzen Auftreten gar keine Ahnung davon, welche Ansumme von Haß und Erbitterung diese Politik hervorruft, wie es im Volke aufgefaßt wird, wenn heute die verbündeten Regierungen zu einer Vorlage kommen, die auf nichts anderes hinausläuft als auf eine Besteuerung des Hungers. (Großer Lärm rechts.) Sie lachen darüber, ganz im Krainischen Sinne! (Erneutes Gelächter rechts, große Umrufe.) Gegen diese Vorlage richtet sich die 3/4 Millionen-Petition, die unsre Partei dem Reichstage vorgelegt hat. Wenn ein solcher Protest möglich ist im Deutschen Reich unter der Polizeiwirtschaft, die wir in Deutschland haben, und unter der Herrschaft des Junkertums, so ist das gleichbedeutend mit einer öffentlichen Abstimmung bei den Reichstagswahlen!

Diese 3/4 Millionen Unterschriften sind nicht gegeben von Leuten, die nicht wußten, um was es sich handelt, sie sind der Aufsicht der Entrüstung, die im ganzen Volke herrscht gegenüber dem Beginn der Regierung. Eine Regierung, die wie der Herr Reichskanzler wiederholt erklärt hat, die Gesamtinteressen im Auge hat, sollte auch auf diese Stimmen hören. Die Regierung hätte die Pflicht, nicht die Majorität dieses Reichstages zu hören, sondern sie müßte sich beim Volke vergewissern, wie die Meinung desselben über diese Vorlage ist. Lösen Sie den Reichstag auf, appellieren Sie an die Stimme des Volkes und Sie werden sehen, daß die Wahlen so ausfallen, daß Sie mit gutem Gewissen diese Vorlage nicht weiter vertreten können. Wir werden gegen die Vorlage stimmen, wir werden alles daran setzen, sie zu Fall zu bringen. Wir sind überzeugt im Sinne und Auftrage der großen Majorität des Volkes zu handeln, wenn wir uns leiten lassen von dem Rufe: Nieder mit dem Hungertarife, nieder mit dem Brotwucher! (Stürmischer Beifall bei den Socialdemokraten, Lärm rechts, erneutes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Heim (C.):

Nach den Ausführungen des Herrn Singer scheint es, als ob es hier nur zwei Parteien giebt, auf der einen Seite die Junkerpartei und auf der andern Herr Paul Singer als bereiter Verteidiger der Interessen derjenigen, mit denen Brotwucher getrieben werden soll. (Heiterkeit im Centrum.) Da weiß ich wirklich nicht, wozu ich gehöre. (Heiterkeit im Centrum.) Zu den Junkern gehöre ich gewiß nicht, ebenso wenig aber kann ich den Ausführungen des Herrn Singer zustimmen. — Doch ich will im Gegentrag zu Herrn Singer zunächst auf die Sache eingehen.

Es ist eine Thatsache, daß bis jetzt die Handelsverträge der Industrie den Hauptvortheil gebracht haben. (Sehr richtig! im Centrum.) In Schmollers Jahrbuch hat ein Herr Dr. Vallo (Lachen links) — ja, Herr Dr. Vallo, es kann ja sein, daß Ihnen die Autorität des Herrn Dr. Vallo nicht genügt, mir genügt Ihre Autorität auch nicht. (Große Heiterkeit) —, dieser Herr Dr. Vallo hat also nachgewiesen, daß der Profit der Industrie aus den Schutzzöllen dreimal so groß gewesen ist, wie der Profit der Landwirtschaft aus ihren Zöllen. (Hört! hört! im Centrum, Lachen links.) Sie (nach links) können es ja nie vertragen, wenn sich ein Gelehrter auf einen andern Standpunkt stellt — das ist die bekannte Wissenschaft der Vorurtheilslosigkeit! (Heiterkeit und sehr gut links) — Herr Richter hat der Rechten die Millionen vorgeworfen, die sie aus den Zöllen gehabt hat, Herr Bebel hätte sich jedenfalls anders angedrückt, er hätte gesagt, „diese Krautjunker, die dem Volke die Millionen aus der Tasche gestohlen haben.“ (Große Heiterkeit im Centrum.) Glauben Sie denn, das Großkapital hat nicht auch die Hände aufgehoben, um die Millionen aus den Zöllen einzusacken?

Herr Singer sagte, ich hätte in Regensburg der bayerischen Regierung den Patriotismus gekündigt, wenn sie nicht für den 7 M. Zoll eintreten würde. Wenn Herr Singer mir auch nur einen Fall anführt, wo ich den 7 M. Zoll gefordert habe, so zähle ich ihm 5 M. in die Parteikasse. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Bebel behauptet, ich hätte in Regensburg das Aeußerste an Verbeugung geleistet. Er hat gewissermaßen die Sensibilität der Regierung angenommen und uagelt mich hier vor dem Lande fest als einen Aufseher. Ich habe die Rede hier, Herr Bebel (Mufe bei den Socialdemokraten: verlesen); lesen Sie sie nur selbst, sie ist nicht so lang wie die Ihrige. (Heiterkeit im Centrum.) Wir haben in Bayern keine extremen Forderungen gestellt. Der bayerische Landtag hat auch mit den Stimmen der Freisinnigen — die ja jetzt allerdings, nach einer Notiz der „Frei. Jg.“, dimittiert worden sind — sich für eine Erhöhung der Getreidezölle erklärt. Der Banerntag in Regensburg hat für einen 6 Mark-Zoll für den Doppelcentner Brotgetreide und für Erhöhung der Gerste- und Haferzölle gestimmt. Kommen Sie (zu den Socialdemokraten) nur nach Bayern, dann wird Ihnen dort ein prachtvolles Haberfeldtreiben zu teil werden. (Heiterkeit.) Auch für die Minimalzölle hat sich der Banerntag in Regensburg ausgesprochen. Ihre Stellung zu der Handelsvertragspolitik ist eine andre wie die des Grafen Kanitz. Wir brauchen Handelsverträge, sonst kommt eine Unsicherheit in unsre Konjunktur. Das schadet Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen. Langfristige Handelsverträge haben freilich für die Landwirtschaft manches Bedenkliche. Bei längerer Dauer der Verträge dürfen der Landwirtschaft nicht Verhältnisse ausgezwungen werden, die sie nicht tragen kann. Wir brauchen höhere Gerstenzölle und ich befinde mich da im Gegentrag zu unsrer Finanz-Exzellenz in München, die leider schon wieder abgereist ist. Ich spreche nicht für die Brauer, sondern für die Gerstenbauern in Bayern und Württemberg. Das Ausland legt sich auf die Getreideorten, deren Einführung mit geringeren finanziellen Risiko verbunden ist. Die schönste Gerste ist in den letzten Jahren unerküßlich gewesen. Das steht in keiner Statistik, es hat noch niemand eine Doktorarbeit darüber geschrieben, aber wahr ist es doch. (Heiterkeit.) Daß die Brau-Industrie keine stärkere Belastung vertragen kann, ist nur zum Teil richtig. Im Brauereigewerbe ist der kleine und mittlere Betrieb zu Grunde gegangen. Es herrscht da eine ungeheure Konkurrenz. Da hilft keine Geseggebung. Die großen Brauer sagen sich die Wirte gegenüber ab. Beim Gerstenzoll handelt es sich nicht um Brotgetreide, da werden wir hoffentlich die Unterstützung der Socialdemokraten haben. Gerste wird ja zur Bierbereitung gebraucht. Aber — die Socialdemokratie will sich ja immer mehr vom Alkohol losmachen. Da steht der Gerstenzoll also nicht im Wege. (Große Heiterkeit.) Die Zölle sollen nur dem Großgrundbesitzer zu gute kommen. Bei

und in Bayern giebt es keinen Großgrundbesitzer und doch verlangen wir die Zölle. Ich beneide heute keinen Großgrundbesitzer. Der Großgrundbesitzer geht statistisch stetig zurück, der mittlere und kleine Besitz hält und vermehrt sich. In Bayern werden 47 Millionen Centner Getreide verkauft, nicht von Großgrundbesitzern. Ist es da nicht von Vorteil, wenn der Centner eine halbe oder eine Mark mehr kostet? (Auf bei den Socialdemokraten: Das Brot wird nur teurer!) Das ist noch keine ausgemachte Sache. Darüber werden wir noch sprechen. Da sind noch andre Dinge dazwischen. Unsere kleinen Bauern bringen hundert Centner Getreide auf den Markt. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.) Was haben Sie denn für eine Vorstellung von 100 Centnern Getreide! Schon bei 5 Hektar kann der Bauer 70—80 Centner Getreide verkaufen. (Lebhafte Widerpruch bei den Socialdemokraten. Der Präsident Graf Ballestrin bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Diese Feststellung ist Ihnen un bequem. (Lachen links.) Das ist nicht graue Theorie, das ist praktische Wirklichkeit. (Lebhafte Bravo rechts und im Centrum. Ruf links: Gekuck, Gekuck.) Gehen Sie nur hin nach dem Gekuck, da sind Elefanten und amerikanische Döner. (Stürm. Heiterkeit.) Unsere Bauern sagen, sie leiden unter den gegenwärtigen Zollverhältnissen, weil sie ihr Getreide jetzt schwer an den Mann bringen. Damit haben sie recht. Nun sagt man, die Bauern halten Vieh. Das mag im allgemeinen richtig sein, obwohl es für viele Viehgeuden nicht paßt. Was würde aber sein, wenn alle Bauern zu Viehzucht übergehen würden? Dann würde eine kolossale Konkurrenz entstehen und die Fleischpreise capid sinken. (Bravo! rechts.) Als Gefährbauer ist der kleine Bauer auf den Abzug an den mittleren und den Großbauer angewiesen, also hat er ein Interesse daran, daß seine Abnehmer das Geld in den Fingern haben und ist auch aus dieser Interessenverbindung heraus an höheren Zöllen interessiert. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie reden immer nur von Arbeitern, aber ich sage Ihnen, mancher Arbeiter hat ein leichteres Los, als die Bauern bei uns im Schwarzwald, im Spessart, im Mittel- und Fichtelgebirge. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie müssen dem Boden ihr Brot mit Ausdauer, Selbstverleugnung und Enttäuung abringen. (Sehr richtig! bei den Soc.) Sie wollen ihn fortreiben von der väterlichen Scholle (Widerpruch bei den Soc.) und so hart sein Los auch ist, er will doch nicht tauschen mit dem großstädtischen Arbeiter, weil er auf seiner Erde sitzen bleiben will. (Bravo! rechts.) Ich bin gewählt von Bauern des deutschen Mittelgebirges. (Widerpruch links.) Nun, ich muß doch wissen, wo ich gewählt bin. (Heiterkeit.) Es ist richtig, daß es Bauerngegenen giebt, wo die Leute unter besseren Bedingungen produzieren, aber das ist doch nicht die Regel.

Nun zu der Brotvertheuerung. Es ist nachgewiesen, daß die Getreidepreise und die Brotpreise gar nicht parallel laufen, sondern sich oft in ganz entgegengesetzter Richtung bewegen. Sie reden ja, als ob die Erhöhung der Zölle mit der Erhöhung der Getreidepreise Hand in Hand gehen wird. (Abg. Bebel: Deshalb wollen Sie denn da höhere Zölle!) Nehmen Sie doch die Importtarif zur Hand, Herr Bebel. Von 1887 bis 1893 ist der Getreide-Import während des 5 Mark-Jolles beträchtlich zurückgegangen, sind deshalb die Brot- und Getreidepreise gestiegen? (Zurück bei den Socialdemokraten: Ja!) Nun, doch nur in einem Jahre, in einem Notjahre. Ich schätze ihren Bestand doch zu hoch, als daß sie das als Regel aufstellen wollen. Noch 1898 aber ist der Import kolossal gestiegen und hat es den Bauern überhaupt unmöglich gemacht, ihr Getreide los zu werden. Früher war der Gewinn der Zwischenhändler ein sehr bescheidener, jetzt ist das nicht mehr der Fall. (Auf: Schienenwege!) Gewiß, ich gebe Ihnen das zu. Ich selbst habe gesagt, die Agrarfrage wird auf dem Schienenwege gelöst. Nach dieser Richtung habe ich ganz vernünftige Ansichten. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich trete auch für Genossenschaften ein, aber die Socialdemokraten werfen diesen Bauern-Genossenschaften Knüttel in den Weg. Zum Beispiel in München belämpfen die Socialdemokraten die Milchgenossenschaft der Bauern in der Umgebung Münchens. (Auf links: Monopol- und Ringbestrebungen!) Die landwirtschaftlichen Arbeiter bei uns in Bayern leben mindestens so gut wie die Industriearbeiter. Die Höhe der Getreidezölle ist nicht immer maßgebend für den Brotpreis, und ebenso ist die Höhe der Brotpreise nicht immer die Maßstabgröße für den Konsumenten. Wir wollen ein Mäßen der Industrie, aber nicht daß die Landwirtschaft rapide zu Grunde geht. Sie wollen aber, weil es 20000 Krautjunker giebt, denen Sie die Köpfe einschlagen wollen, gleich die zwei Millionen Bauern mit todschlagen. Das ist die Logik Ihrer Politik. Es giebt nun hart- und weich gestimmte Gegner der Getreidezölle. Herr Bebel und Herr Singer sind hartgestimmte Gegner. Da weiß man, woran man ist, das ist mir viel lieber. Bei Herrn Richter ist man schon zweifelhaft. In einem Flugblatt im Wahlkreise Wiesbaden wird den Freisinnigen vorgeworfen, daß sie zur Zollfrage keine klare Stellung einnehmen. (Auf bei den Freisinnigen: Wer sagt denn das?) Ein socialdemokratisches Flugblatt (Auf bei den Freisinnigen: Na also! Das sagen unsre Gegner.) Nun freilich! Ich werde doch nicht glauben, daß Sie sich selbst die Nase abheben. (Große Heiterkeit.) Im bayerischen Landtag haben die Freisinnigen für die Resolution gestimmt, die die bayerische Regierung ersuchte, für höhere Getreidezölle einzutreten. Herr Richter hat sie dafür in Acht und Bann gethan. Ich werde dafür sorgen, daß im Almanach des bayerischen Landtags die Bezeichnung „Freisinn“ gestrichen wird. (Heiterkeit.) Aber auch die Verteilung des Herrn Richter ist sehr verschieden. In der einen Zeitung heißt es, seine Rede war eine Meisterleistung, er habe sich ordentlich verjüngt — nach den letzten Ereignissen ja kein Wunder. (Stürmische Heiterkeit) — in der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ hieß es: Richter ist wirklich alt geworden. (Erneute Heiterkeit.) Wie steht es denn mit dem Abg. Beck? In Nürnberg, wo er auf die städtische Verwaltung maßgebenden Einfluß hat, besteht der höchste Ceteroi für Getreide, 54 Pf. für den Doppelcentner. (Hört! hört! rechts und im Centrum.) In Württemberg haben mehrere Volksparteiler sich für Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen. Einer der Herren sagte: die kleinen Landwirte leiden alle Not.

Kollege Singer hat eine Rede gehalten, die wahrheitsgemäß als Flugblatt gedruckt werden wird. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Ihre auch! — Heiterkeit.) Wie haben nicht so viel Geld wie Sie! (Große Heiterkeit.) Abg. Sped hat sich nun gegen eine ungesunde Entwicklung der Industrie gewandt. Allerdings hat er sich mit der Behauptung geirrt, daß die Abg. v. Vollmar und Segib im bayerischen Landtag sich für die Weitererhebung des städtischen Ceteroi in München und Pflitz ausgesprochen hätten. Diese Behauptung beruhte auf einer irrigen Zeitungsnachricht; dagegen hat der socialdemokratische Abgeordnete v. Haller sich in verfläufeltester Weise in Pflitz, wo die Socialdemokraten in der Gemeindervertretung die Mehrheit haben, für die Erhebung des Ceteroi ausgesprochen. Er führt dafür an, daß die Steuerkraft von Pflitz sonst geschädigt würde. Das sind opportunistische Gründe, die man sonst von socialdemokratischer Seite nicht hört. Wenn Abg. Singer meint, die Missionäre hätten unter Gottes Beistand in China tauben und blinden Leuten, so verlegt ein solches Wort die christlichen Empfindungen vieler Mitglieder des Hauses mindestens ebenso wie Sie der Ausruf des Grafen Arnim. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.) Abgeordneter Singer hat auch die Diätenfrage berührt. Ich bin der Meinung, daß diese Frage von den verbündeten Regierungen gelöst sein muß, bevor sie hier einen Zolltarif, sei er wie er wolle, zu hande bringen können. Gerade die Freunde einer gewissen Zollpolitik besonders aus meiner Heimat, die meist dem Mittelstande angehören, können unmöglich sich täglich ohne Diäten in Berlin anhalten, in den schlechten Zeiten hat man auch zu einem solchen Verlangen ein Recht. (Große Heiterkeit.) Abgeordneter Singer hat weiter die drei Millionen Unterschriften unter der socialdemokratischen Petition erwähnt. (Abg. Singer: 3/4 Millionen!) Ja, 3/4 Millionen, unterschulden Sie, Herr Kollege Singer, ich kann mit den Millionen nicht so gut rechnen wie Sie. (Stürmische Heiterkeit. Zuruf bei den Social-

Demokraten: schwach.) Rufen Sie mir nicht zu: schwach, sonst müßte ich sagen: Frau Nachbarin, Euer Pläschen. (Erneute Heiterkeit.) Wie sind diese Unterdrückten denn zusammengesommen? Viele lassen sich durch die Schlagworte der Brotdieberei zur Unterschrift verleiten, ohne zu wissen, warum es sich eigentlich handelt, viele ahnen auch das Beispiel ihrer Nachbarn einfach ohne Ueberlegung nach. Die socialdemokratische Agitation arbeitet mit großen Uebertreibungen.

Im bairischen Landtage wurde ein Kornzoll geradezu als Kindermord bezeichnet. Auch in diesem hohen Hause unterlaufen den Socialdemokraten ähnliche Uebertreibungen. Denken Sie an die Zeit, als von Ihrer Seite (zu den Socialdemokraten) der Schaumwein als „Vollegesetz“ bezeichnet wurde. (Heiterkeit. — Zurufe bei den Socialdemokraten.) Wenn unsere Bauern Champagner trinken, dann trinken sie ihn meistens nicht mehr sehr lange. (Große Heiterkeit.)

Abg. Webel wünscht die ganze Vorlage in den Cirkus. Eine solche Ausdrucksweise müßte unseren Parlamentarismus bald dahin bringen, wo er heute in Oesterreich ist. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und rechts. Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir werden mit unserem Parlamentarismus Vankrott machen, wenn, um mit dem Abg. Richter zu reden, eine Vorlage nur noch durch die Muskelkraft zum Siege gelangen kann. Dann wird eine Gruppe im Parlament von 40—50 Mann hinreichend sein, um alles zu verhindern. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Dann werden wir uns mit unseren Wünschen nicht mehr an den Reichstagsler Grafen Bülow wenden, sondern wie kommen dann erst zu Paul I. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn die Socialdemokratie so fest davon überzeugt wäre, daß dem Centrum durch seine Unterstützung der Getreide-Erhöhung seine sämtlichen Arbeiter untreu würden, so würde sie doch lieber die Vorlage passieren lassen und den Vorteil für sich haben. Dazu sind Sie (zu den Socialdemokraten) viel zu gute Rechenmeister! Ob allerdings der Wechsel auf Ihren großen Zusammenbruch, dessen Termin schon lange abgelaufen ist (Heiterkeit), inzwischen wieder prolongiert worden ist, weiß ich nicht. (Große Heiterkeit), und ob der Wechsel reichhaltiger ist, bezweifle ich auch. (Erneute Heiterkeit.) Der Weg der Socialdemokratie zu der Landwirtschaft geht nur über die Leiden der Bauern. Bei uns aber werden sich die Arbeiter einst noch bedanken für die Sicherung des inländischen Marktes. Die Versicherung muß ausgedehnt werden auf diejenigen, die in der letzten Novelle nur fakultativ einbezogen waren. Der Frei wird nicht so heiß gegeben, wie er gelobt wird. (Auf links: Das wollen wir hoffen!) Ich meine ja Ihren Frei! (Stürmische Heiterkeit rechts.) Sie werden es sich überlegen, ob Sie bei Ihrer Politik harrten. Ihm Sie es, so werden Sie noch in Ihren eigenen Reihen eine Konterschwärzung bekommen. Im Hause ist bei der Mehrheit der beste Wille zur Verständigung vorhanden. Die Verständigung darf aber nicht auf Kosten der 2 Millionen Bauern geschehen, die auch 5/2 Millionen Arbeiter beschäftigen. Den Herrn auf der äußersten Linken rufe ich wiederholt zu: Sie kommen nicht zu Ihrem Ziele, außer über die Leiden des Bauernstandes. Daß Sie diesen Weg nicht gehen, dafür werden wir sorgen. (Lebhafte Beifall und Handclatschen rechts und im Centrum.)

Preuß. Landwirtschaftsminister v. Pöblich:

So sehr ich der Meinung bin, daß die Ansichten des Abg. Singer von der Mehrheit des Hauses nicht geteilt werden, muß ich trotz der späten Stunde einige Aeußerungen des Herrn Abgeordneten zurückweisen. In meiner langen Lebenserfahrung habe ich gefunden, daß, wie man im Volke sagt, wer im Unrecht ist, recht groß wird. Die drei Hauptschlagworte des Abgeordneten Singer waren: Zollwucher, Brotwucher und Vesterierung des Hungers. Können Sie daraus eine Sentenz ziehen? Ich habe sie nicht finden können. (Heiterkeit. Auf links: Das liegt an Ihnen!) Die Schlagworte des Herrn Singer treffen schon deshalb nicht zu, weil zahlreiche Zollsätze im neuen Tarif herabgesetzt sind. Herr Singer hat hier viele Zahlen über landwirtschaftlichen Grundbesitz aufgeführt. Ich kann sie im einzelnen nicht nachprüfen. Aber der größte Teil des von Herrn Singer genannten Besitzes besieht offenbar im Wald. So weit der Großgrundbesitz in Frage kommt, ist er auch verpachtet und der Vorteil kommt dann nicht dem Besitzer, sondern dem Pächter zu gute. Die ganze Rede des Abgeordneten Singer war darauf berechnet, Unzufriedenheit im Volke zu säen; damit haben die Herren auch bei den Industrie-Arbeitern untersehrbar schon Erfolge erzielt. Bei den ländlichen Arbeitern ist es Ihnen noch nicht gelungen, da haben Sie Halt machen müssen, und daher der Haß gegen diese ländlichen Arbeiter. Wenn Sie wirklich ein warmes Herz für die landwirtschaftlichen Arbeiter hätten, dann müßten Sie für die erhöhten Zölle eintreten. Denn diese Arbeiter bekommen ihren Lohn nicht hauptsächlich in bar Geld, sondern in Naturalien, und haben also auch ihren Vorteil davon. Der Zolltarif stellt die mittlere Linie dar und berücksichtigt gleichermäße die Interessen von Produzenten und Konsumenten. Er ist durchaus geeignet, Handel und Wandel im Vaterlande gedeihen zu lassen. Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Personlich bemerkt

Abg. Dr. Hise (Cr.), daß die Kochrezepte nicht von ihm stammen und ohne sein Wissen und seinen Willen in ein Buchlein hineingekommen sind, das häufig von socialdemokratischer Seite citiert werde. Er habe für die Entfernungen dieser Rezepte gesorgt und bitte den Abg. Singer, nunmehr seinen Gebrauch weiter davon zu machen.

Abg. Graf v. Arnim (Sp.) (persönlich): Der Abg. Singer hat meinen Zwischenruf in einer der letzten Sitzungen erwähnt und gesagt, ich hätte nur Hohn und Spott gehabt.

Präsident Graf v. Ballestrem: Der Abg. Singer hat ausdrücklich erklärt, daß er diese Bemerkung nicht auf Mitglieder des Hauses bezogen wissen wollte. Sie, Herr Graf, konnten also nicht gemeint sein. (Große Heiterkeit links.) Graf v. Arnim begiebt sich auf seinen Platz zurück. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Bedt (fr. Vp.) (persönlich): Herr Heim hat mir als einem Führer der freisinnigen Partei Nürnbergs den Vorwurf gemacht, daß wir nicht gegen den Cetroi aufgetreten sind. Wenn die bairische Steuererhebung, namentlich die Häusersteuer geändert wird, werden wir sofort die Aufhebung des Cetroi in die Wege leiten.

Abg. Singer (Soc.) (persönlich): Nach der Erklärung des Abg. Hise nehme ich seinen Aufstand, meinerseits zu erklären, daß ich seiner Bitte willfahren werde.

Abg. Dr. Heim (C.): Ich habe Herrn Bedt nicht als Führer der Nürnberger Freisinnigen bezeichnet. Ich kenne die leitenden Personen in der freisinnigen Partei Nürnbergs und werde nie so weit gehen, Herrn Bedt einen Führer zu nennen. (Stürmische Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Sitzung.
Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 6 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Petitionskommission.

Einen jeden Sprung auf dem Gebiete der Verkommenung versucht die Kreisnude zu Pr.-Enlon. Sie verlangt den Schluß der Schanflätten an Sonn- und Feiertagen. Nur während derjenigen Stunden sollen die Schanflätten geöffnet werden, in denen auch andre Gewerbe ihre Geschäftsbetriebe offen halten dürfen. Die Petitionskommission überwieß diese Petition nicht dem Papieren, sondern dem Reichstagsler als Material. Nur 7 Stimmen (Socialdemokraten und einige Freisinnige) erhoben sich gegen diese viel zu günstige Censur.

Zur Warnung für Unfallsrentner diene folgender Fall: Der Arbeiter Sibulla in Berlin bezog als Arbeiter an der Straßenbahn infolge eines Unfalls eine kleine Rente. Auf Zureden ließ er sich gesund schreiben, da ihm unter dieser Bedingung eine leichte Beschäftigung an der Straßenbahn zugesichert worden war. Kurze Zeit darauf starb der Mann, dem natürlich nach dem Gesundheitszustand

die Unfallsrente entzogen worden war. Die Witwe erhält nun keine Unterstützung mehr und wendet sich an den Reichstagsler um Bewährung einer Hinterbliebenenrente. — Ihrer Bitte mußte nach dem Stand der Dinge jeder Erfolg verjagt bleiben.

Die Kommission für die Vorberatung des Schaumweinergesetzes trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Es war geplant, den Bericht des Abg. Dabach (Cr.) entgegenzunehmen und festzustellen. Der Bericht wurde indessen nicht angenommen als eine geeignete Grundlage für die Verhandlungen des Ple-nums angesehen und die Kommission beschloß, morgen noch in eine dritte Sitzung der Vorlage einzutreten. Es soll vor allen Dingen die Regierung gestiftet werden, ob sie nicht in eine Kontrolle der Flasche (durch Vandercole &c.) statt der im Gesetzentwurf bisher vorgesehenen Kontrolle der Fabrikationsräume willigen wolle.

Untern neuesten Kurs.

- November.
1. Berlin. Die Genossen Noack, Heide und Janowsky je 5 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
 2. Braunschweig. In der Verurteilungsinanz Genosse Heymann-Stuttgart 30 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Gemeinderats.
 4. Würzen. Wegen Verleumdung großen Unfugs ein Genosse 10 M. Geldstrafe.
 - Fürth. 16 1/2 Monat Gefängnis 5 Arbeiter wegen Landfriedensbruchs.
 7. Stuttgart. 200 M. Geldstrafe Genosse Heymann wegen Verleumdung des ostasiatischen Corps.
 8. Krefeld. Ein Arbeiter und eine Arbeiterin 5 Tage Gefängnis bezw. 10 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
 9. Köln. 5 Tage Gefängnis ein Zimmerer wegen Verleumdung von Streikbrechern.
 - Düsseldorf. In der Verurteilungsinanz 2 Glasarbeiter je 14 Tage Gefängnis wegen Verleumdung des Fabrikanten Hege.
 - Waldenburg. 15 M. Geldstrafe ein Sattler wegen Verstoßes gegen das preussische Vereinsgesetz.
 - Döhlen. Wegen Bedrohung ein Glasmacher einen Monat Gefängnis.
 12. Leipzig. 14 Tage Gefängnis der Arbeiter Windisch wegen Mordigung.
 13. Frankfurt a. M. Genosse Quard 3 Wochen Gefängnis wegen Verleumdung des ostasiatischen Corps.
 14. Krefeld. Vier Sammelweber je 5 und einer 20 M. Geldstrafe wegen Verleumdung von Streikbrechern.
 - Leipzig. In der Revisionsinstanz die Genossen Schaal und Weibzahl-Solingen wegen Erpressung 1 Monat bezw. 14 Tage Gefängnis.
 16. Magnit. 15 M. Geldstrafe Genosse Schulz wegen Verstoßes gegen das preussische Vereinsgesetz.
 - Dortmund. Wegen Verleumdung eines Richterstatters Genosse Scheibe 30 M. Geldstrafe.
 21. Berlin. Je 3 Wochen Gefängnis die Schuhmacher Rosenbed und Timpf wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
 - Erfurt. 1 Monat Gefängnis Genosse Henning wegen Verleumdung eines Referendars.
 - Krefeld. Genosse Häblich 30 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Fabrikanten.
 23. Werden. Drei Glasmacher je drei Monate Gefängnis wegen Mißhandlung von Streikbrechern.
- Zusgesamt wurden erlauft auf 2 Jahr, 7 Monate, 7 Wochen und 4 Tage Gefängnis und 305 M. Geldstrafe.
Berlin, den 7. Dezember 1901.
Der Parteivorstand.

Sociales.

Die Großköpfe.

Die Bedeutung dieses Ausdrucks ist bekannt: im Volksmunde wird damit eine herrschende Gruppe, sei es in der Gemeinde oder sonstwo, bezeichnet; die „Oberen“ sind damit gemeint. Daß diesem Ausdruck auch eine ernsthafte anthropologische Thatsache zu Grunde liegt, daß die „Großköpfe“ auch wirklich größere Köpfe haben, als die unteren Volksschichten, dafür liefern die Studien des Dr. med. Professor W. Pfäffner in Straßburg den Beweis. Der genannte Forscher veröffentlicht die Ergebnisse seiner Studien in der „Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie“, Band IV, Heft 1. Er hat diese Art Studien nur für Männer in origineller Weise in Gutgeschäften gemacht, aber auch, und dies giebt ein besonders klares Zeugnis für die Richtigkeit seiner sonstigen Untersuchungen, durch direkte Kopfmessungen an den Leichen des Bürgerhospitals, in dem er als Arzt thätig ist. Professor Pfäffner hat selbst einen großen Kopf (608 Millimeter) und das hat ihn auf seine Untersuchungen geführt. Er erzählt darüber zuerst, daß, als er sein „halbes Jahr“ abdienete, sein Extrablatt am Orte gar nicht vorrätig war und erst aus Berlin verschrieben werden mußte, und als er abging und den Helm verschleppen wollte, war im ganzen Bataillon kein einziger Soldat, der den Helm gebrauchen konnte. In Kreise seiner Kollegen aber und sonstiger studierter Beamten hat er später häufiger solche Köpfe gesehen angetroffen.

In einem Gutgeschäfte, das billige Rosenartikel führt, wollte er sich einen Hut kaufen. Nicht ein einziger der vorhandenen Hüte paßte ihm. Diefelbe Erfahrung mit den billigeren Hutorten machte er bei einem andren Hutmacher. Hüte im Preise bis zu 2,50 M. überstiegen die Hutnummer 56 (Centimeter) nicht und Hüte im Preise von 5 bis 6 M. überstiegen nicht die Nummer 57. Professor Pfäffner wünschte in einem Gutgeschäfte einen Gehlinderhut für 3 M. Es war unmöglich, einen solchen für seinen Kopf zu bekommen; im Laden war keiner, beim Fabrikanten war keiner auf Lager und auch auf besondere Bestellung keiner zu erlangen. Auf die Anfertigung so großer Hüte in dieser Preislage war die Fabrik nicht eingerichtet, sie werden nicht verlangt. Die Gutshändler bestätigten ihm, daß Hüte in dieser Größe (608 Millimeter Kopfwelt) in billigen Qualitäten nicht gekauft würden und daher nicht vorhanden seien. Das Ergebnis seiner jahrelangen Untersuchungen, die mit allen erdenklichen Vorsichtsmaßregeln zur Vermeidung von Fehlern betrieben wurden, sagt er in folgende Formel zusammen:

Outpreis	M.	3	6	7	12	24
Höchste Hutnummer		56	54	50	60	61
Mittlere etwa		54	55	56	57	58

An 1597 männlichen Spitalleichen (also nur Leute aus unteren Volksschichten) über 15 Jahre hat er dann festgestellt, daß ein Kopfwelt (der etwa 1/2 Centimeter größer ist wie die Hutweite) von mehr als 570 Millimeter nur bei 10 Proz. der Untersuchten, von mehr als 550 Millimeter nur noch bei 3 Proz. der Untersuchten vorkommt. Unter 556 Millimeter Kopfwelt blieben 67 Proz. der Untersuchten. Ein Kopfwelt von 550 Millimeter und darüber fand sich nur bei extrem großen Personen. Professor Pfäffner kommt zu dem Schluß:

„Die oberen socialen Schichten der Straßburger Bevölkerung besitzen einen mittleren Kopfwelt, wie er bei den unteren Schichten als Durchschnittsmoß nur bei den ausnahmsweise hochgewachsenen wiederkehrt. Mit andren Worten: Die oberen socialen Schichten haben einen — absolut und relativ — größeren Kopfwelt als die unteren.“

Zu Resultaten von gleicher Bedeutung kommt der Forscher bei Messung der Körperhöhe, die er an weiblichen Personen vorgenommen hat. Bei seinen Studien an Spitalleichen war es ihm aufgefallen, daß Individuen von größerer Länge ganz außerordentlich selten vorkommen und zwar sowohl bei männlichen wie bei weiblichen; bei weiblichen z. B. unter 1360 Fällen nur 5 mit über 170 Centi-

meter Länge. Er hat dann, angeregt durch die persönliche Erfahrung, daß unter seinen weiblichen Bekannten in den oberen Bevölkerungsschichten eine ganze Anzahl größerer Individuen waren, seine Studien in dieser Richtung an lebenden Personen außerhalb des Spitals fortgesetzt und sagt dann darüber:

„Auf diesem Wege habe ich festgestellt, daß in der wohl-situierten Bevölkerung Straßburgs die Körperhöhen von mehr als 175 Centimeter beim weiblichen Geschlecht nicht weniger als selten sind. Weibliche Individuen, die so groß wie ich (1768 Millimeter) oder größer sind, sehe ich bei jedem Gange durch die Stadt, bei jedem Besuch im Theater, und zwar durchaus nicht als vereinzelte Ausnahmen. Alle gehören den „besseren“ Ständen an; so lange ich diese Studien treibe, find mir nur zwei weibliche Personen mit annähernd meiner Körpergröße aufgefallen, die nicht dazu gehörten, eine Fabrikarbeiterin und eine Putzfrau.“

Also in einer einheitlichen Bevölkerung kommen in den höheren socialen Schichten die sehr großen Körperlängen, die sich bei den niederen Schichten nur ausnahmsweise finden, häufiger vor, und daneben noch größere, die bei jenen gänzlich fehlen. Gerade das letztere scheint mir das Wesentlichste und Wichtigste zu sein. In den sehr wohlhabenden Straßburger Familien besitzen die weiblichen Angehörigen zum Teil eine Körpergröße, die niemals erreicht wird von solchen weiblichen Personen, welche im Ertrankungs-falle das (wohlingerichtete und musterhaft geleitete) Straßburger Bürgerhospital aufsuchen.

Die Erreichung einer sonst nicht verwirklichten Körpergröße ist also ausschließlich abhängig von der Zugehörigkeit zu den „besseren“ Ständen.“

Professor Pfäffner will es unerörtert lassen, auf welche Ursachen diese Erscheinungen zurückzuführen sind; dem Socialpolitiker drängt sich aber ohne weiteres die Bemutung auf, daß beide Erscheinungen: Körpergröße wie Kopfwelt, mit der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung zusammenhängen. Die bessere Ernährung, die günstigeren Wohnungsverhältnisse sind ohne Zweifel ein wesentlicher, wenn nicht ausschlaggebender Faktor für die Erscheinung. Die „Großköpfe“, die besser situierten Klassen, sind in der Lage, dem Körper ausreichende Nahrung zuzuführen, ihn rationell zu pflegen, und sie haben deswegen auch größere Körper und größere Köpfe wie die Armen, die an allem Not leiden.

Arbeiter-Genossenschaften.

London, 2. Dezember. Am die Mitte des Monats November veröffentlichte das Arbeitsamt den ersten selbständigen Bericht über die Konsum- und Produktiv-Genossenschaften der Arbeiter (Report on Workmen's Cooperative Societies) des Vereinigten Königreichs. Der Bericht, 252 Seiten stark, umfaßt einen Zeitraum von 38 Jahren — 1862—1899.

1. Mitgliederzahl und Geschäftsbahnen.

Im Jahre 1872 betrug die Mitgliederzahl kaum 1 Proz. der Gesamtbevölkerung, stieg aber langsam und ohne Rückschlag auf 4,1 Proz., das ist auf 1 677 018 im Jahre 1899.

Der Jahresumsatz der Konsumvereine (Groß- und Kleinvertrieb) stieg von rund 15 Millionen Pfund Sterling (1 Pfd. Sterl. = circa 20 Mark) im Jahre 1874 auf 64 Millionen im Jahre 1899. Der von den Produktivgenossenschaften erzeugte Warenwert betrug im letztgenannten Jahre rund 11 Millionen, davon für 7 Millionen Rohwarenmittel.

Der Warenanstand ist demnach der Hauptfaktor des englischen Genossenschaftswesens. Die große Mehrzahl der Konsum-Vereine beruht auf dem Kleinhandel; neun Zehntel der Gesamtumsatzleistung — 1 613 461 — und zwei Drittel des Geschäftsumsatzes — rund 45 Millionen Pfd. Sterl. — gehörten im Jahre 1899 dem Kleinhandel an.

Im selben Jahre betrug das Gesamtkapital der Genossenschaften 26 365 000 Pfd. Sterl., also etwa soviel, wie der südafrikanische Krieg in 20 Wochen verschlingt, oder etwa 27 Proz. der Summe, die die Kapitalisten Englands an Zinsen, Dividenden und Prämien jährlich von Auslande beziehen.

Der Profit des Jahres 1899 betrug 7 765 000 Pfd. Sterl.

2. Arbeiterzahl und Entlohnung.

Die Zahl der in den verschiedenen Konsum- und Produktivgenossenschaften beschäftigten Arbeiter belief sich im letzten Berichtsjahre auf 82 000.

Eine genaue Statistik der Löhne liegt nicht vor. Aus den Bilanzen geht nur hervor, daß das Lohnkonto 4,3 Proz. des Geschäftsumsatzes beträgt.

In 234 Genossenschaften ist die Gewinnbeteiligung eingeführt. Sie betrifft im ganzen 9921 Arbeiter in England und Wales, die im Durchschnitt einen Bonus von 4,8 Proz. ihres Lohnes erhielten und 3228 in Schottland, die 11 Proz. erhielten.

Ebenso wenig liegt eine genaue Statistik über die Arbeitszeit vor. Ermittlungen über die Arbeitszeit wurden im Jahre 1896 angestellt, die sich indes nur auf 1123 Konsumvereine mit 27 712 Arbeitern und 522 Produktivgenossenschaften mit 9808 Arbeitern erstreckten. Die wöchentliche Arbeitszeit belief sich im Durchschnitt auf 53,6 Stunden.

3. Socialpolitische Thätigkeit.

Behauptung. In den letzten Jahren wandten die Genossenschaften ihre Aufmerksamkeit der Wohnungsfrage zu. Nachdem diese anerkannt und auf Konferenzen und Kongressen beschlossen worden, der Wohnungsnot ihrer Mitglieder abzuhelfen, entstand die wichtige Frage: Sollen die Häuser das Gemeineigentum der Genossenschaften bleiben, oder sollen sie in den Privatbesitz der Mitglieder übergehen?

Nach zweijährigem Ringen zwischen Socialisten und Individualisten wurde die Frage im Sinne des Socialismus entschieden.

Schiedsgerichte. Neun Zehntel der Genossenschaftler gehören der „Cooperativen Union“ an, einer Centralorganisation, die sich mit den allgemeinen Interessen des Genossenschaftswesens beschäftigt. Ihre oberste Behörde ist eine aus 63 Mitgliedern bestehende Centralleitung und der Jahreskongress. Zwecks Vermeidung von industriellen Konflikten ist es zwischen der Cooperativen Union und dem Parlamentarischen Komitee des Trades-Unions-Kongresses zu folgendem Einvernehmen gekommen: Beide Körperschaften wählen je vier Mitglieder, die zu einem Schiedsgerichte zusammenzutreten und die letzte Instanz in Konflikten zwischen den Genossenschaften und den von ihnen beschäftigten Arbeitern bilden.

Propaganda und Erziehung. Die Cooperativ-Union bestellt Redner, die über Zweck und Nutzen des Genossenschaftswesens Vorträge halten, beruft Konferenzen über wichtige kooperative Fragen und hat auf den Universitäten Oxford und Cambridge zwei Stipendien für Söhne von Genossenschaftlern eingerichtet.

Presse. Die Genossenschaften haben 9 Organe, davon erscheinen 2 wöchentlich, 1 vierzehntägig, 2 monatlich, 4 jährlich. Außerdem erscheinen je nach Bedarf 37 lokale Blätter.

Eingegangene Druckschriften.

In seiner soeben erschienenen Nummer 25 widmet der „Zübdenische Postillon“ dem Dichter Grabbe zu dessen 100. Geburtstag ein Gedenkbuch in einem Aufsatz von F. T. und der Wiesengabe Freilicht's Gedichtes „Bei Grabbe's Tod“.

Von dem obigen Inhalt erwähnen wir besonders das Titelbild, das uns zeigt, wie die deutsche Muse antreten muß, wenn sie Anspruch auf den Schillerpreis machen will.

Der menschenfreundliche Arbeitgeber“ bezieht sich ein nach einer wahren Begebenheit gezeichnetes Bild und ein andres ist eine Illustration zur englischen politischen Politik des obigen Reichstags. Eine charakteristische Probe ausländischer Satire, das Gedicht „Kornpreisen und Kornzoll“ von Robert Seidel sind noch besonders erwähnenswert.

Die Karikatur der europäischen Völker vom Altertum bis zur Neuzeit von Eduard Fuchs und Hans Kramer, Verlag von R. Hofmann u. Comp., Berlin, mit ca. 500 Illustrationen und 60 weiß farbigen Beilagen. Preis 15—20. (Schluß) Prospekt 15.— M., gebunden 22,50 M.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 12. Dezember 1901. Ein wenig kalter, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteilgenossen, welche bereit sind, zur Wahl im Kreise **Wittenberg-Schweinitz** Sonntag Flugblätter zu verbreiten, wollen sich bei **Greife, Siboldstr. 3** melden.

Schöneberg. Heute abend findet eine öffentliche **Kommunalwähler-Versammlung** bei **Obst. Weiningerstr. 8**, statt. (Siehe Inserat.) Parteilgenossen! Es gilt, alles daran zu setzen, daß wir die beiden Bezirke (4. und 8.) mit großer Majorität wieder erobern. Dem also morgen, am Wahltag, von nachmittags 5 Uhr ab, die Gelegenheit geboten ist, zu helfen, der finde sich entweder bei **Hoppe, Metzburgerstr. 7**, oder bei **Sauer, Sedanstr. 31**, ein.

Im 4. Bezirk kandidiert **Genosse Gustav Däumig**, im 8. Bezirk **Genosse Gustav Hoffmann**. Das Wahlkolat für den 4. Bezirk ist **Grumwaldstr. 27**, das für den 8. Bezirk **Gothenstr. 1**. Parteilgenossen, arbeitet mit ganzer Kraft dahin, daß die Socialdemokratie auch diesmal siegt!

Friedrichshagen. Die nächste Versammlung des **Arbeiter-Bildungsvereins** findet am Sonntag, den 14. Dezember, abends pünktlich um 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale **Friedrichstr. 137** statt. Ein bewährter Freund unseres Vereins, der Schriftsteller **Herr Wilhelm Bölsche**, hat nach langer Pause wieder einen Vortrag übernommen und wird uns mit dem Thema **„Moderne Dichtungen“** jedenfalls wieder einen lehrreichen Genuß verschaffen. Außerdem steht auf der Tagesordnung der Bericht der Kommission betreffend den beantragten Ausschluß des Mitgliedes **Paag**.

Brig. Der Wahlverein hält morgen, Freitag, seine Mitgliederversammlung ab, in welcher der **Genosse August Hengel** einen Vortrag über das Thema **„Streifzüge durch die Mark Brandenburg“** hält. Auch gelangen die Protokolle vom Parteitage zur Ausgabe.

Alt-Glennitz. Sonntagmorgen 4 Uhr hält der Wahlverein seine Mitgliederversammlung bei **Saß** ab. Früh 6 1/2 Uhr Agitationstour. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Lokales.

Ueber den Besuch des städtischen Obdachs

werden vom Rathaus aus folgende auf den November bezüglichen Angaben verbreitet. In der Familienabteilung wurden am 1. November 112 Familien mit 447 Köpfen, außerdem 81 Einzelpersonen, also überhaupt 528 Personen beherbergt und verpflegt. Bis zum 1. Dezember verringerte sich die Zahl der Familien auf 82 mit 288 Köpfen und stieg die Zahl der Einzelpersonen auf 109, so daß der Gesamtbestand an diesem Tage 397 Personen betrug. Die Abteilung für nächtlich Obdachlose beherbergte im Laufe des November 53 101 Männer, 4582 Frauen, zusammen 57 683 Personen.

Zu den Zahlen des Familienobdachs wird in der rathauslichen Mitteilung bemerkt, daß „im vorigen Jahre dort viermal so viel beherbergt“ wurden. Diese Behauptung ist unwarhaft. Nach dem im „Gemeindeblatt“ 1900, Nr. 50 veröffentlichten amtlichen Bericht beherbergte die Familienabteilung im Jahre 1900 am 1. November 271 Familien mit 988 Köpfen, außerdem 72 Einzelpersonen, also überhaupt 1060 Personen, am 1. Dezember 206 Familien mit 711 Köpfen, außerdem 70 Einzelpersonen, also überhaupt 781 Personen. Die Verringerung des Familienobdachs war demnach im vorigen Jahre an den genannten Tagen nicht „viermal“, sondern hinsichtlich der Personenzahl nur doppelt so groß wie in diesem Jahre. Wir haben hier einen neuen Beweis für die Unzuverlässigkeit der Nachrichten, die über das Obdach an die Zeitungen verfaßt werden. Es drängt sich einem unwillkürlich immer von neuem die Frage auf, ob eine Absicht und eventuell welche Absicht hinter diesen unrichtigen Darstellung der Frequenzverhältnisse des Obdachs steht. Ihre Wirkung ist zweifellos die, daß sie die in Berlin herrschende Wohnungsnot weniger schlimm erscheinen lassen, als sie tatsächlich noch ist. Daß die Wohnungsnot in letzter Zeit etwas nachgelassen hat, das ist unverkennbar, und man darf von vornherein annehmen, daß diese erfreuliche Wendung zum Besseren auch in den Frequenzverhältnissen des Obdachs zum Ausdruck kommen wird. Wir müssen aber entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß vom Rathaus aus Mitteilungen verbreitet werden, die auf eine unfreies Erachtens durchaus unangebrachte Schönfärberei hinauslaufen. Es wird wirklich Zeit, daß dieser Unfug endlich aufhört.

Wiederum ist, daß bei den Zahlen der Abteilung für nächtlich Obdachlose das Vorjahr nicht zur Vergleichung herangezogen wird. Sollte auch hier eine bestimmte Absicht dahinter stecken? Erst vor kurzem war magistraloffiziös gemeldet worden, der Besuch des nächtlichen Obdachs sei in diesem Jahre normal. Nun hat aber diese Abteilung, wie wir ergänzend hinzufügen wollen, im November vorigen Jahres 80 600 Männer, 4057 Frauen, zusammen 84 657 Personen beherbergt. Der Anbruch obdachloser Männer ist demnach im November dieses Jahres um 22 492 gegen denselben Monat des Vorjahres gestiegen. In der rathauslichen Mitteilung wird das mit Stillschweigen übergegangen. Gegen den November des Vorjahres vermindert hat sich erfreulicherweise die Zahl der in der Abteilung für nächtlich Obdachlose beherbergten Frauen, und zwar um 1475. Sie hatte im vorigen Jahre eine bis dahin unerhörte Steigerung erfahren. (Noch im November 1899 waren nur 1062 Frauen beherbergt worden.) Die jetzt wieder eingetretene Verminderung entspricht dem Niedergang der Frequenz des Familienobdachs und bestärkt uns aufs neue in unserer bereits mehrfach ausgesprochenen Ansicht, daß im vorigen Jahre und noch bis in den Sommer dieses Jahres hinein viele Frauen mit der Abteilung für nächtlich Obdachlose vorlieb nehmen mußten, weil sie im Familienobdach keinen Platz fanden oder nicht länger darin geduldet wurden.

Die **Nachwahl im 32. Kommunal-Wahlbezirk**, die sich dadurch nötig gemacht hatte, daß **Genosse Karl Liedtkecht**, der bei der Hauptwahl zweimal gewählt war, für diesen Bezirk die Wahl nicht annahm, führte gestern zu dem erwarteten Resultat. **Redacteur Karl Leib**, der neue Kandidat des 32. Bezirkes, wurde **beinahe einstimmig gewählt!** Von 2436 abgegebenen Stimmen erhielt er nicht weniger als **2391**. Auf seinen freisinnigen Gegenkandidaten fielen nur 60 Stimmen, während noch 4 Stimmen sich gesplitteten. — Bemerkenswert ist an diesem Resultat der lobenswerte Eifer unfrer Genossen. Obgleich es sich um eine absolut sichere Nachwahl handelte, hat sich die Anzahl der socialdemokratischen Stimmen gegen die Hauptwahl nicht vermindert, sondern um 123 vermehrt. Die freisinnigen Stimmen sind dagegen auf etwa ein Viertel der bei der Hauptwahl abgegebenen zurückgegangen. — Ein der diesjährigen Berliner Kommunalwahlbewegung würdiger Abschluß.

Die **Partideputation** beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, die **Partikularier im Samariterdienst** zu lassen und sich zu diesem Zweck mit der **Krankenhaus-Deputation** in Verbindung zu setzen. — Dem **Bücher der Erfrischungshalle** im **Reptomer Park** wurde die Erlaubnis erteilt, die Halle mit **Benken** zu versehen; so kann sie auch im Winter nutzbar gemacht werden. — An Stelle des jetzigen **Spielplatzes im Kleinen Tiergarten**, der dem Erweiterungsbau des **Kriminalgerichts** weichen muß, soll auf der Ostseite ein **Platz zur Verfügung** gestellt werden. — Ein **Besuch des Generalkommandos vom Gardecorps**, durch den **Reptomer Park** und den **Blänterwald** einen **Reitweg** anzulegen, wurde abgelehnt. Begründet war das **Besuch u. a.** damit, daß bei **Benutzung eines Reitweges** sich die **Sicherheit im Park** heben würde. — Für die **Benutzung der auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufgestellten Bänke** wollte die **Polizei** **Normen eingeführt** wissen, die sich auch **darauf erstrecken** sollten, wie **lange eine Person** die sich auf einer **Bank niedergelassen** habe, auf dieser **Bank Platz** behalten dürfe. Die **Partideputation** lehnte es **rundweg ab**, hier mit **Reglementierungen** einzugreifen. Für die **gärtnerischen Anlagen** in der am nächsten Jahre neuzugestaltenden **Straße unter den Linden** wurde die **Summe von 70 000 M.** als **Nachtragsetat** eingestellt.

Ueber den Stand der Schulärztlage in Berlin berichtet die **medizinische Wochenrundschau „Medico“**: „Am 1. April kommenden Jahres ist die **Probzeit** für die im Jahre 1900 gedaffene **Institution der Schulärzte** um. Die **erimerlich**, wurden damals zunächst nur **10 Schulärzte** angestellt, denen die **hygienische Ueberwachung der Kinder** in **20 Gemeindefchulen** übertragen wurde. Die **Stadtverwaltung** muß sich nun darüber schlüssig werden, ob sie die **Einrichtung der Schulärzte** zu einer **dauernden** machen will, wie dies in **Rürnberg, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Königsberg** und **andern größeren Städten** längst geschehen ist. Die von den **Schulärzten** erstatteten **Berichte** sind insgesamt **günstig** ausgefallen, die **Institution** hat sich als eine **wirksame** und **segensreiche hygienische Einrichtung** erwiesen, die sich beim **Publikum** gut eingefügt hat und von diesem als ein **erheblicher Fortschritt** gepriesen wird. **Trotz dieser Thatfachen** kann sich die **städtische Schuldeputation** nicht dazu entschließen, die **Schulärztlage** Institution nunmehr den **Bedürfnissen** entsprechend auszugestalten. Im **ganzen** sollen — **zwei neue Schulärzte** angestellt werden, damit jeder **Schulkreis** über einen **Arzt** verfügt. Und **dabei** sind **rund 250 Gemeindefchulen** vorhanden, mit **50 bis 60** **Kinderklassen**, in denen die **minderbegabten Kinder** untergebracht sind, die der **Schulärztlichen Fürsorge** bis jetzt noch **vollkommen** entbehren. Man darf wohl der **Erwartung** Ausdruck geben, daß die **städtischen Behörden** über den **Vorschlag der Schuldeputation** hinausgehen und **keine Sparmaßregeln** an **unrichtigen** **Plätze** wahlen lassen werden. Was die **Vororte** **Berlins** und **zahlreiche Provinzialstädte** zu **Rande** gebracht und zum **Segen** ihrer **Bürger** erhalten und **entwickelt** haben, das wird wohl auch die **Reichshauptstadt** noch **schaffen** können.“

Der **Stadtverordneten-Ausschuß** zur **Beratung der Gültigkeit** von **Stadtverordneten-Wahlen** hat unter dem **Vorsitz des Stadtverordnetenvorsteher Stellvertreter** **Wicheler** nach eingehender **Beratung** beschlossen, der **Verammlung** zu empfehlen, die **Wahl des Rentners H. L. H. in der ersten Abteilung** des **13. Wahlbezirks** für **gültig** zu erklären und wegen der **Einprüche** gegen die **Wahl des Adv. Karl Goldschmidt I** in der **zweiten Abteilung** des **9. Wahlbezirks** die **genannten 25 Zeugen** zu **vernehmen**.

Unzuträglichkeiten auf Arbeiterkonzerten. Zu **unfrer** **gestrigen** **Ausführungen** über einige auf dem **Feste des Arbeiter-Sängerbundes** **herangezogene** **Konzerthallen** erhalten wir von **einer** **dem** **Bunde** **naheliegender** **Seite** eine **Zuschrift**, die **erfreulicherweise** sich **zustimmend** zu **unfrer** **Hinweise** **auspricht** und **bedauernd** **ergänzende** **Erwägungen** **bringt**. Es heißt in dem **Schreiben**:

„Zu den **größten Unzuträglichkeiten** ist noch die **des Abfertigen** der **Kellner** an den **Waffetts** zu **zählen**. Sollte es nicht möglich sein, während des **Konzerts** überhaupt **kein Bier** zu **verabfolgen**, so mühten doch unter allen **Umständen** während der **einzelnen Aufführungen** die **Waffetts** **gänzlich** **geschlossen** **bleiben**, was **sehr** **wohl** **durchzuführen** **wäre**. Das **Reinigen** der **Gläser** und **Bedecken** der **Kellner** an den **Waffetts**, wodurch das **Geräusch** des **Klirrens** **verursacht** **wird**, ist **siherlich** die **größte** **Störung** bei einem **Konzert**. Wie **heißlich** **ferner** die **Unruhe** des **Publikums** **wirkt**, das **sollten** die **Herrn Sängler**, die **einen** **großen** **Teil** der **Zuhörerschaft** **bilden**, **doch** **am** **besten** **selbst** **erfahren**, wenn sie **auf** der **Bühne** **stehen**. **Bemerk** sei **noch**, daß die **Sängler** in **einer** **der** **letzten** **Uebungsstunden** **ausdrücklich** **auf** die **Unzuträglichkeiten** **aufmerksam** **gemacht** **worden** **sind**, die **durch** **eine** **derartige** **Unruhe** **entstehen** **müssen**. **Doch** **aber** **auch** **bei** **einer** **Dilettanten-Veranstaltung** **musterhafte** **Ordnung** **herstellen** **kann**, **so** **ich** **in** **einem** **Konzert**, **welches** **die** **„Neue** **Orchestervereinigung“** **letzten** **Sonntag** **in** **der** **Singalademie** **unter** **Leitung** **des** **Herrn** **Professors** **Solländer** **gab**. **Sobald** **der** **Dirigent** **das** **Zeichen** **gegeben** **hatte**, **trat** **strenge** **Ruhe** **ein**, **und** **hatte** **wirklich** **ein** **Zuhörer** **sich** **vergehen**, **so** **genigte** **eine** **Wendung** **des** **Leiters**, **den** **Mann** **auf** **seine** **Verpflichtung** **aufmerksam** **zu** **machen**. **Auch** **nach** **Beendigung** **eines** **Stüdes** **blieb** **der** **Dirigent** **auf** **seinem** **Platz** **und** **ließ** **den** **Mitwirkenden** **nur** **die** **Zeit**, **die** **zur** **Abstimmung** **der** **Instrumente** **notig** **war**. **Unter** **solcher** **Ordnung** **war** **in** **der** **That** **von** **einem** **Gemüß** **zu** **reden**; **das** **Ort** **wurde** **nicht** **abgeleitet** **und** **blieb** **im** **Bann** **der** **Düne**. **Vielleicht** **nehmen** **die** **Mitglieder** **des** **Bundes** **hier** **und** **da** **einmal** **Gelegenheit**, **an** **einer** **der** **eben** **erwähnten** **Veranstaltungen** **sich** **zu** **schauen**.“ **Diese** **Konzerte** **werden** **in** **den** **Wintermonaten** **stet** **abgehalten**; **man** **kann** **sich** **einen** **solchen** **Genuß** **für** **60** **Pf.** **schaffen**.

Mit dem gegenwärtigen Stand des Milchkrieges beschäftigte sich gestern eine **zahlreich** **besuchte** **Milchhändler-Versammlung**. Der **Vortragende** **Wiesener** erklärte, die **Sachlage** habe sich **wesentlich** **zu** **Gunsfen** **der** **Milchhändler** **geändert**. Der **gesamte** **Berliner** **Milchbedarf** sei **gedeckt** **und** die **Centrale** **müsse** **nach** **näher** **zu** **100 000** **Liter** **Milch** **verarbeiten**. **Mit** **ihren** **Läden** **mache** **sie** **überdies** **recht** **schlechte** **Geschäfte**, wie **ihre** **Suchen** **nach** **andern** **Verkaufsartikeln** **beweise**. Die **Stimmung** **unter** **den** **„Genossen“** **des** **Milchrieges** **sei** **übrigens** **angenehm** **unter** **der** **bisherigen** **Niederlage** **recht** **sanft**, **jumal** **das** **Gerücht** **umgebe**, die **Centrale** **beabsichtige**, **den** **Genossen** **statt** **1/2** **Pf.** **vom** **1. Januar** **ab** **anderthalb** **von** **jedem** **Liter** **Milch** **in** **Abzug** **zu** **bringen**. **In** **der** **sehr** **lebhaften** **Debatte** **wurde** **darauf** **hingewiesen**, daß **der** **Milchkrieg** **vielleicht** **schon** **im** **Januar** **sein** **Ende** **finden** **würde**, da **die** **von** **dem** **Ring** **ausgenommene** **Drei-Millionen-Anleihe** **gedeckt** **werden** **müßte**. **Andrerseits** **betonte** **man** **jedoch** **die** **Notwendigkeit**, **für** **alle** **Fälle** **schon** **jetzt** **für** **Massenpachtung** **ringfreier** **Milch** **Sorge** **zu** **tragen**. **Von** **besonderem** **Interesse** **war** **die** **Debatte** **über** **die** **Halbmilchfrage**. **Auch** **die** **Milchhändler** **sind** **entschlossen**, die **Halbmilch** **aus** **ihren** **Geschäften** **zu** **verdammen**, in **Schöneberg** **und** **Charlottenburg** **ist** **dies** **bereits** **geschehen**. **In** **einer** **Beisprechung** **mit** **den** **dortigen** **Vereinsvorständen** **hat** **sich** **auch** **der** **Vorstand** **des** **Berliner** **Milchhändler-Vereins** **einstimmig** **für** **Abisaffung** **der** **Halbmilch** **ausgesprochen**. **Milchhändler** **Dr. Reich** **konstatierte**, daß **die** **Bezeichnung** **„Halbmilch“** **bisher** **vielfach** **bloß** **als** **Schutzmittel** **beim** **Verkauf** **von** **anscheinend** **schwächerer** **Bolmilch** **angewandt** **wurde** **und** **deshalb** **lange** **nicht** **zu** **viele** **Halbmilch** **in** **Berlin** **verkauft** **würde**, **als** **man** **glaube**. **Sämtliche** **Redner** **stimmten** **der** **Abisaffung** **der** **Halbmilch** **zu**, **doch** **soll** **dies** **nicht** **plötzlich** **und** **sofort** **geschehen**, **um** **nicht** **den** **Schein** **zu** **erwecken**, **als** **hätte** **die** **Agitation** **der** **Milchcentrale** **diese** **Mahnahme** **veranlaßt**.

Droschken-Fuhrherren gegen die Straßenbahn. Eine **gut** **besuchte** **Versammlung** von **Fuhrverbeserern** **lagte** **gestern** **unter** **dem** **Vorsitz** **des** **Fuhrherren** **Streu** **im** **Hanoverer** **verein** **in** **der** **Sophienstraße**. **Fuhrverbeserter** **H. Wittich** **entwickelte** **in** **seinem** **Referat**, wie **die** **Straßenbahn** **allmählich** **selbst** **die** **engsten** **Verkehrs-**

punkte **für** **sich** **erobert** **hätte**. **Die** **Direktion** **lege** **sich** **aber** **eine** **ganze** **Reihe** **von** **polizeilichen** **Verordnungen** **ohne** **weiteres** **hinweg**. **Die** **Schienen** **seien** **keine** **drei** **Meter** **vom** **Bürgersteige** **entfernt**. **Auf** **jeder** **Brücke**, **auf** **der** **sonst** **kein** **Fuhrwerk** **halten** **dürfte**, **befände** **sich** **eine** **Haltestelle**. **Die** **Intervalle** **würde** **nicht** **eingehalten** **und** **die** **Wagenführer** **seien** **nach** **wenigen** **Tagen** **ohne** **polizeiliche** **Prüfung** **ausgebildet**. **Alle** **Eingaben** **der** **Berliner** **Polizei** **hätten** **auch** **bei** **der** **Verkehr** **Deputation** **keinen** **Erfolg** **gehabt**. **Referent** **forderte** **Entlastung** **der** **Leipzigerstraße** **durch** **die** **Rebenstraßen**, **von** **denen** **die** **Jägerstraße** **leicht** **nach** **dem** **Spittelmarkt** **und** **die** **Wohrenstraße** **nach** **Verfestigung** **des** **Wilhelmsplatzes** **zur** **Tiergartenstraße** **durchgeführt** **werden** **konnte**. **Endlich** **behauptete** **der** **Referent**, **die** **Straßenbahn** **habe** **schon** **aus** **dem** **Grunde** **keine** **Kleinbahn**, **weil** **sie** **beim** **Ragen** **von** **Militär**, **Feuerwehr** **und** **taiserlichen** **Wagen** **Halt** **machen** **müßte**. **Die** **Versammlung** **nahm** **nach** **längerer** **Debatte** **eine** **Resolution** **an**, **in** **der** **sie** **forderte**: **1.** **Gezielte** **Regelung** **des** **gesamten** **Straßenbahnverkehrs**, **2.** **Einrichtung** **der** **Abhängenwagen** **innerhalb** **der** **Stadt**, **3.** **Einrichtung** **der** **vorgeschriebenen** **Intervalle**, **4.** **Entlastung** **der** **Hauptverkehrsstraßen** **durch** **die** **Rebenstraßen** **und** **Verlegung** **von** **Halteplätzen** **an** **Engpässen** **nach** **geeigneteren** **Stellen**, **5.** **Einführung** **von** **Fahrerprüfungs-Angelegenheiten**.

Die öffentlichen Springbrunnen sind ein **nicht** **ganz** **billiges** **Vergnügen**. **Zu** **ihrer** **Speisung** **sind** **in** **der** **Zeit** **vom** **1. April** **1900** **bis** **31. März** **1901** **von** **den** **städtischen** **Wasserwerken** **1 202 560** **Kubikmeter** **Wasser** **unentgeltlich** **geliefert** **worden**. **Um** **diese** **Wassermenge** **richtig** **bestimmen** **zu** **können**, **muß** **man** **sich** **gegenwärtig** **halten**, **daß** **in** **diesem** **Jahre** **zur** **Verpflanzung** **der** **Straßen** **Berlins** **nicht** **wiel** **mehr** **Wasser** **verbraucht** **worden** **ist**, **nämlich** **1 236 190** **Kubikmeter**. **Da** **der** **Selbstkostenpreis** **für** **1** **Kubikmeter** **Wasser** **0,09175** **M.** **betrug**, **so** **hatte** **die** **zur** **Speisung** **der** **Springbrunnen** **gelieferte** **Wassermenge** **einen** **Wert** **von** **110 334** **M.**

Die Influenza hat im **November**, wohl **infolge** **der** **rauen** **Witterung**, **wieder** **an** **sich** **zu** **greifen** **begonnen**. **Nach** **den** **jetzt** **bis** **zur** **dritten** **November-Woche** **vollständig** **vorkommenden** **Meldungen** **starben** **an** **Influenza** **in** **der** **Woche** **vom** **10.—16. November** **6** **Personen**, **in** **der** **Woche** **vom** **17.—23. November** **9** **Personen**. **Bis** **in** **die** **erste** **November-Woche** **hinein** **waren** **nur** **vereinzelt** **Influenza-Todesfälle** **vorgekommen**.

Die Zahl der Habel- und Spreeschwäne am **Potsdam** **und** **zwischen** **Berlin** **und** **Spandau** **ist** **neuzzeitig** **um** **5** **zu** **5** **Jahren** **immer** **auf** **die** **Hälfte** **des** **vorherigen** **Bestandes** **gesunken**. **So** **waren** **ihre** **vor** **10** **Jahren** **rund** **1600**, **vor** **5** **Jahren** **800** **vorhanden** **und** **gegenwärtig** **wird** **nur** **noch** **400** **gezählt**. **Die** **Brut** **war** **in** **diesem** **Jahre** **durchweg** **gut** **ausgefallen**, **und** **man** **sah** **fünf** **bis** **neun** **Tiere** **als** **Familienglieder** **bestimmen**. **Die** **Ursachen** **der** **Abnahme** **der** **schönen** **Tiere** **sind** **in** **Flugverhinderungen**, **vermehrter** **Schiffahrt**, **zunehmenden** **Kachstellungen** **und** **Fabrikanlagen** **an** **den** **Ufern** **zu** **suchen**, **aus** **deren** **gisdurchdringten** **Abwässern** **Nahrungsstoffe** **abgehen**, **durch** **deren** **Aufnahme** **viele** **Schwäne** **eingehen**. **Dagegen** **ist** **im** **Spreewalde** **eine** **erfreuliche** **Zunahme** **der** **Schwäne** **zu** **konstatieren**. **Hier** **vereinigen** **sich** **vor** **Jahren** **mehrere** **Bestände** **zu** **dem** **Vorhaben** **der** **Bevölkerung** **des** **Spreewalds** **mit** **Schwänen**. **Ein** **Paar** **wurde** **angekauft** **und** **ausgesetzt**. **Es** **find** **alle** **Lebensbedingungen** **erfüllt**, **sodas** **es** **ihm** **gefiel** **und** **es** **sich** **vermehrte**. **Die** **Nachkommenschaft** **dieser** **Stammeln** **ist** **zur** **Zeit** **bereits** **auf** **ein** **halbes** **Schod** **angewachsen**. **Im** **vorigen** **Jahre** **ist** **den** **Tieren** **ein** **hüßliches** **geräumiges** **Winterquartier** **im** **Stille** **der** **bekanntem** **wendischen** **Waldhäuser** **hergerichtet** **worden**, **worin** **sie** **sorgfältige** **Wartung** **finden**.

Auf dem Postamt 83 in der **Bückerstraße** **sind** **vor** **einigen** **Tagen** **aus** **einer** **Postkassette** **1000** **Mark** **verschwunden**, **ohne** **daß** **es** **bisher** **gelungen** **wäre**, **festzustellen**, **auf** **welche** **Weise**

Frau eines Arbeiters aus der Vorstadtstraße schickte vorgestern ihre eifrigste Tochter mit Lumpen zu M. Als sie ihr zu lange ausblieb, ging die Mutter selbst hin, fand aber den Keller verschlossen und erhielt auf ihr Klopfen keine Antwort. Man holte die Frau einen Schuhmann, dem M. öffnete. Nach dem Verhör auf der Revierwache nahm die Arbeiterfrau ihre Tochter wieder mit nach Hause, während der Inhold der Kriminalpolizei am Alexanderplatz zugeführt wurde.

Mit dem Steigen der Weihnachtsgeschäfte mehren sich auch die Taschendiebstahlwieder. Während an dem verregneten „spürbaren Sonntag“ im Gegensatz zu den früheren Jahren nicht ein einziger gefasst wurde, ergriffen die Kriminalbeamten am Dienstagabend nicht weniger als elf der Langfinger, die sich das Gedränge in und vor den Warenhäusern und Kaufhäusern zu nutze machen. Dabei sind die Helfershelfer, die die eigentlichen Diebe bei der Arbeit decken, nicht einmal mitgerechnet. Bei einer gewissen Dombrowski aus der Skalitzerstraße fand man in der Tasche fünf Portemonnaies aller Formen und Farben mit einem erheblichen Inhalt und in der Wohnung der festgenommenen eine beträchtliche Summe Geldes, obwohl sie schon längere Zeit keine ehrliche Arbeit mehr gehabt hat. Diese Diebin wurde vor dem Schaufenster eines Warenhauses in der Rosenhoferstraße festgenommen. In einem Warenhaus der Leipzigerstraße wurden allein fünf Taschendiebe ergriffen, außerdem eine Ladenhebin, eine Beamtenfrau. Dieser holte man aus den unergründlichen Taschen des Madamantels drei seidene Unterröcke, die sie schon in einem andern Geschäft gestohlen hatte, mehrere seidene Halstücher und eine große Menge Spielzeug heraus, das sie ihren Kindern beschaffen wollte.

Feuerbericht. Ein Schadenfeuer, welches Dienstag früh 8 1/4 Uhr in der Brunnenstr. 74 ausbrach, machte der Wehr viel zu schaffen und verursachte einen beträchtlichen Schaden. In dem Dachgeschoss des zweiten Quergebäudes befinden sich Lagerräume der Tischlerei von Schad und der Tapezierfirma Swoboda. An der Grenze beider Lager war das Feuer entstanden und hatte nicht nur die Tischlerbölzer, sondern auch einen größeren Posten Postermöbel erfasst, noch bevor es bemerkt wurde. Als dann von einem benachbarten Holzplage aus die Gefahr erkannt und die Feuerwehr herbeigerufen war, hatte das Feuer eine solche Verqualmung des Dachgeschosses herbeigeführt, daß die Feuerwehr anfangs den Treppenaufgang nicht benutzen konnte. Es blieb dabei nur übrig, vom zweiten Hof aus über eine mechanische Leiter und vom dritten Hofe aus über Halenleitern nach dem Brandherd vorzudringen. Erst nachdem durch Einschlagen des Daches Luft geschaffen war, ermöglichte sich eine energische Bekämpfung der Flammen. Inzwischen hatten drei Rohre längere Zeit Wasser zu geben, bevor die Gefahr beseitigt war. Außer dem zerstörtesten Dachstuhl hat namentlich die Firma Swoboda erhebliche Verluste erlitten. Zur selben Zeit war Kalladenstraße 9 ein Zimmerbrand abzulösen. Dienstagabend 8 Uhr wurde die Wehr nach Wangelsstraße 84 gerufen, wo die Balkenlage in der Wandschloche Feuer gefangen hatte. Außerdem erfolgten kurz vorher noch Elbstr. 61 und Waterloo-Ufer 5 kleine Wohnungsbrände.

Aus den Nachbarorten.

Tod im Verne. In Dienste gestorben ist der 66 Jahre alte Bauwächter Stenz auf dem Neubau des Rathauses zu Charlottenburg. Bei einem Rundgang fiel er gestern, Mittwoch, morgens um 5 1/2 Uhr plötzlich um und war tot. Wahrscheinlich hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

Lichtenberg. Das Ortsstatut zum Gewerbebericht wird aller Voraussicht nach noch einmal die Gemeindevorstellung beschäftigen. Dieselben Elemente, die in dem nun zur ständigen Einrichtung der Gemeinde Lichtenberg gewordenen Kommunal-Wahlkampf die treibenden Kräfte sind, haben auch hier wieder eine „Gelebesverlegung“ erndet. Die Gewerbetreibenden sind wohl über die Errichtung eines Gewerbegerichts „gehört“ worden, diese haben natürlich die „Notwendigkeit“ dazu nicht einsehen können; nun „sollen“ aber auch die Gewerbetreibenden vor Erlass des Ortsstatuts gehört werden, und das, so wird behauptet, sei unterlassen worden.

Vom Schöneberger Arbeitsnachweis. Die Stellenvermittlung im Monat November zeigt ein leider nicht sehr erfreuliches Bild. Offene Stellen für männliche Arbeitsuchende waren vorhanden 28, für weibliche 150, zusammen 178 (im Oktober waren deren zusammen 272); Arbeitsuchende waren gemeldet 42 männliche und 255 weibliche, zusammen 297 (im Oktober zusammen 438); befreit wurden 19 Stellen für männliche und 131 Stellen für weibliche Arbeiter, zusammen 150 Stellen. Nur etwa die Hälfte aller Arbeitsuchenden konnte demnach untergebracht werden. Die Nachweisung von Arbeit im städtischen Arbeitsnachweis, Kaiser Wilhelmplatz 3, erfolgt kostenlos, und zwar für gelernte und ungelernete Arbeiter und Lehrlinge von 8 bis 1 Uhr und für Arbeiterinnen und Dienstmädchen von 2 bis 7 Uhr nachmittags.

In Wilmersdorf siedelt das Bureau der gemeinsamen Orts-Arbeitsämter nach dem einem Gemeindevorstellung gehörenden Hause Wendenburgstr. 104 über. Des Umzuges wegen ist das Bureau am 30. und 31. Dezember geschlossen.

Ueber die Thätigkeit der Charlottenburger Armenverwaltung entnehmen wir dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht für das

Rechnungsjahr 1900 eine Reihe allgemein interessierender Daten. Die Thätigkeit der Armenverwaltung ist außerordentlich stark in Anspruch genommen worden, und zwar sind die Ursachen, die zum Eingreifen der Armenpflege Anlaß gegeben haben, überwiegend Krankheit und Altersschwäche gewesen. Daneben hat sich in verstärktem Maße der Einfluß der Wohnungsnot bemerkbar gemacht. Die Zahl der leerstehenden kleinen Wohnungen ist immer mehr zurückgegangen. Im Januar 1901 fanden nur noch drei Wohnungen von einem Zimmer und 25 von 2 Zimmern leer. Hand in Hand mit dieser Verminderung des Angebots ist eine außerordentlich starke Erhöhung der Mieten gegangen, die in vielen Fällen auch eine Erhöhung der laufenden Unterstüzung notwendig gemacht hat. Die Armenverwaltung ist gezwungen gewesen, mit Hauswirten fortgesetzt in Verhandlungen einzutreten, um Zwangsausweisungen zu vermeiden, und in zahlreichen Fällen mit barm Unterstüzung sowohl zur Abwendung der Zwangsausweisungen als auch zur Erlangung eines neuen Unterkommens einzugreifen. Die Wohnungsnot nahm einen immer schlimmeren Charakter an. Die Zahl der untergebrachten obdachlosen Familien ist von 23 mit 113 Köpfen am 1. April 1900 bis auf 66 mit 369 Köpfen am 1. April 1901 angewachsen und am 3. Oktober 1901 bis auf 101 mit 593 Köpfen gestiegen. Unter den obdachlos gewordenen Familien befanden sich eine große Anzahl solcher, deren Haupt ständige Beschäftigung hatte, denen es aber wegen großer Kinderzahl unmöglich war, eine Wohnung zu erhalten. Auch aus die erhebliche Zunahme der Zahl der Pflegeelinder ist der Wohnungsmangel nicht selten von Einfluß gewesen. Die Beschaffung von Pflegestellen hat namentlich bei Säuglingen und größeren Knaben dauernd Schwierigkeiten gehabt. Es mußten infolgedessen, zugleich mit Rücksicht auf die Erhöhung der Wohnungsmieten und die Steigerung der Lebensmittelpreise, seit dem 1. Januar 1901 die regelmäßigen Pflegegeldsätze erhöht werden. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Berichtsjahre 3,42 M. für Armenausgaben, eine Zahl, die zwar größer als die der letzten Jahre, aber im Vergleich zu andern gleich großen Städten immer noch keineswegs übermäßig hoch zu nennen ist.

Aus Ober-Schönevide schreibt man uns: Als ein bedenklicher Zustand muß es bezeichnet werden, daß in den frühen Morgenstunden Tausende von Arbeitern, welche in den Ober-Schönevide gelegenen zahlreichen Fabriken beschäftigt sind, die Haffelwerderstraße in Nieder-Schönevide in vollständigem Dunkel passieren müssen. Auf dem Wege von der „Kaisersiedlung“ genannten Brücke bis zur Berlinerstraße brennt in der Zeit bis 7 Uhr morgens auch nicht eine Laterne, trotzdem man zur Zurücklegung dieser Strecke wenigstens 6 Minuten gebraucht. Das Pfister der Berliner Straße an der Kreuzung mit der Haffelwerderstraße befindet sich ebenfalls in einem schlimmen Zustande, so daß man bei schmutzigem Wetter zu der Annahme gedrängt wird, man befände sich in einem Dörfle Ostelbiens. Auch die Beleuchtung der von Nieder-Schönevide nach Ober-Schönevide führenden Brücke läßt in der That nicht mehr viel als zu wünschen übrig. Die Vogenlampen brennen morgens zu der Zeit der größten Frequenz niemals, nur einige wenige Glühlampen verraten dem Fußgänger, daß hier ein öffentlicher Weg vorhanden ist. Sollten die Gemeinden Nieder- bzw. Ober-Schönevide wirklich keine Mittel besitzen, um diesem traurigen Zustande abzuhelfen zu können? Jedenfalls wäre eine solche Ausgabe viel nötiger und auch im Interesse der Allgemeinheit mehr angebracht, als ein „Vertrag“ zu der Blomardsäle in den Müggelseen.

Ein umfangreicher Dampferbrand hat gestern auf der Havel in Spandau stattgefunden. Der Schleppdampfer „Rathenow“, Eigentum der Berlin-Hamburger Schlepplfährt-Gesellschaft Rothenbächer u. Co., Berlin, Kronprinzener 13, hatte in Spandau Kohlen eingenommen und lag zur Abfahrt bereit, als um 11 Uhr her bemerkte wurde, daß aus der Thür der mittleren Kajüte Rauch hervordrang. Man entdeckte sodann, daß das Innere dieser Kajüte, die dem Maschinenraum benachbart ist, bereits lichtlos brannte. Das Schiffpersonal und Kohlenarbeiter begannen sofort die Löscharbeiten; von der nahen Artillerie-Lafette wurde eine Spritze entsandt. Inzwischen breitete sich das Feuer in Schiffe weiter aus, und bald schlugen meterhohe Flammen aus dem Verdeck empor, die bei dem gerade herrschenden orkanartigen Winde einen noch größeren Umfang anzunehmen drohten. Da man mit den bis dahin zur Verfügung stehenden Kräften und Löscharäten das verheerende Element nicht bewältigen konnte, so wurde die städtische Feuerwehr alarmiert. Den vereinten Anstrengungen gelang es dann, den Brand zu löschen. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich. Der Dampfer mußte außer Dienst gestellt werden und wurde zur Reparatur nach Brandenburg geschleppt. Das Feuer ist vermutlich durch Funken verurlicht worden, die der starke Wind aus dem Kaminofen geweht hatte.

Vermischtes.

Zum Eisenbahn-Unglück in Frankfurt a. M. Aus wird geschrieben: Der Ausschuss erregende Unfall, daß der Orient-Express in Frankfurt a. M. in den Wartesaal II Klasse gefahren ist, hat naturgemäß die Frage, ob denn die Technik gar kein Mittel bietet, um derartige Unfälle selbst beim Verlegen der Bremsen zur

Unmöglichkeit zu machen, abermals aufgerollt. Da diese Frage gerade in diesen Tagen in allen Kreisen eifrig erörtert wird, so sei darauf aufmerksam gemacht, daß auch dieser Unfall nicht vor- gekommen wäre, wenn diese Kopfstation einen hydraulischen Sicherheits-Bremsbock gehabt hätte. Derartige Bremsbocke haben sich auf verschiedenen Bahnhöfen bei ähnlichen Unfällen durchaus bewährt (u. a. befinden sich in Deutschland hydraulische Bremsbocke auf: Wannseebahnhof Berlin, Köln Norden, Straßburg, Altona, Kassel und Erfurt). Wenn man bedenkt, daß der in Frankfurt angerichtete Schaden mindestens über 50 000 M. beträgt, so erscheint es kaum glaublich, daß von den Eisenbahnen ein zu Gebote stehendes technisches Sicherheitsmittel, das sich noch dazu in den letzten Jahren wiederholt gut bewährt hat, wesentlich infolge der leidigen Sparpolitik nicht überall angebracht wird. Gefährdete Kopfstationen sollten überall mit den hydraulischen Sicherheits-Bremsbocken ausgerüstet werden, denn für den in Frankfurt angerichteten Materialschaden könnten allein sechs solcher Vorrichtungen aufgestellt werden. In diesem Fall verließ das Unglück noch gut, indem weder Menschen verletzt noch getötet wurden; wäre dagegen das Unglück bei Tage zur Reifezeit passiert, so wären sicher viele Menschen schwer verunglückt. Vielleicht trägt aber der Frankfurter Unglücksfall doch dazu bei, daß die Eisenbahnen im Interesse der Sicherheit des Verkehrs auf den Kopfstationen die Sicherheits-Bremsbocke aufstellen, sodas derartige Unfälle unmöglich sind, was im Interesse der Erhaltung von Gesundheit und Leben der Reisenden und des Fahrpersonals, sowie zur Verhütung von meist bedeutendem Materialschaden dringend zu wünschen ist.

Marktpreise von Berlin am 10. Dezember 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums					
* Weizen, gut D.-Utr.	17,35	17,32	Rartoffeln, neue, D.-Utr.	6,-	4,-
mittel	17,29	17,26	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,70	1,20
gering	17,23	17,20	do. Bauch	1,40	1,-
* Roggen, gut	14,50	14,48	Schweinefleisch	1,70	1,30
mittel	14,46	14,44	Kalbfleisch	1,80	1,-
gering	14,42	14,40	Dammelfleisch	1,60	1,-
† Weizen, gut	14,50	14,-	Butter	2,80	2,-
mittel	13,90	13,40	Eier 60 Stk.	5,80	2,80
gering	13,80	12,90	Kartoffeln 1 kg	2,20	1,20
† Hafer, gut	17,20	16,60	Rohr	2,50	1,40
mittel	16,50	15,90	Haude	2,50	1,20
gering	15,80	15,30	Heute	2,00	1,-
Milchfroh	7,65	7,-	Borste	1,80	0,80
do.	8,30	6,20	Stiele	3,-	1,40
Erdbeeren	40,-	35,-	Wiese	1,40	0,80
Speisebohnen	50,-	35,-	Stroh	15,-	8,-
Linsen	65,-	30,-			

*) ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 11. Dezember. Der Getreidemarkt war schwächer auf die neue Haltung Amerikas. Weizen gab 1/2, bis 1 1/2 Roggen 1/2, M. im Preise nach. Deutsch-ungarisch meißte gleichfalls etwas schwächere Preise. Das Geschäft blieb beschränkt, das Warenangebot war klein. Eine Ladung südrussischen Roggens ist aus zweiter Hand über Hamburg angeboten, aber der Preis hielt sich ca. 17, M. über Dezember-Normierung, so daß ein Abschluß nicht zu Stande kam. Dagegen ist Bulgarenroggen zu rentablen Preisen in kleineren Posten offeriert. Wehl behauptete im Gegenlag zu Getreide seine letzten Preise und ging ziemlich flott nach der Provinz. Hafer war ruhig, behauptet. Mais wüßte auf Amerika. Rübel notierte für Preßluftlieferungen 20 Pf. niedriger; nahe Sichten blieben fest.

Spiritus. Am Spiritusmarkt wurde 70er loco mit 31,90 M. (- 0,10 M.) gehandelt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 11. Dezember 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 651 Rinder, 1453 Kühe, 1340 Schafe, 9315 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Pfennigen): Schen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00-00; c) mäßig genährte Junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte (einen Alters 00-00; - Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte (jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 47-50 - Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 43-47; e) gering genährte Kühe und Färsen 37-41 - Käber: a) fettsche Wollschäfer (Wollschaf) und beste Saugfälsler 74-78; b) mittlere Wollschäfer und gute Saugfälsler 60-68; c) geringe Saugfälsler 45-54; d) ältere, gering genährte (Färsen) 38-45. - Schafe: a) Wollschäfer und jüngere Wollschäfer 62-65; b) ältere Wollschäfer 54-60; c) mäßig genährte Schafweide und Schafe (Wergschafe) 40-48; d) Wollschäfer, Niederungsschafe (Lebensgewicht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund schwer; b) schwere, 200 Pfund und darüber (Färsen) 200; c) fleischige 57-59; d) gering entwickelte 53-56; e) Sauen 53-55. Für 100 Pfund mit 20 Pf. Tara.

Verkauf und Tendenz. Vom Rindermarkt blieben ungefähr 350 Stück unverkauft. Der Rinderhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fand ungefähr ein Viertel des Antretes Absatz. Der Schweinemarkt verlief lebhaft, er wird kaum je ganz geräumt. In der Schweine- und in der Rindermotche wird nur je ein Markt, und zwar am Samstagabend, abgehalten werden, die Märkte am 25. Dezember und 1. Januar fallen aus.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiten Deutschlands.

Jahresfest Berlin III.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
Adolf Kaltenbrunn
am 6. Dezember freiwillig aus dem Leben geschieden ist.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 12. Dez., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofs in Dalldorf, Berlinerstraße aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
44/10 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Maria Lubermerski
geb. Perl
am 9. Dezember nach schweren Leiden im 28. Lebensjahr verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rein-Weihenfer Kirchhofs aus statt.
111
Der trauernde Gatte
Franz Lubermerski.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung unserer lieben unermesslichen Tochter
Frieda Flöter

sagen wir allen Verwandten und Freunden, insbesondere dem Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg für die hilfreiche Unterstützung, sowie den Bekannten und Verehrten nebst Mitwirkenden und Herrn Rektor Röder, ferner meinen Hauswirts nebst Nichten unsert aufrichtigen Dank.
Die trauernd hinterbliebene Familie
Flöter. 25318

Am 10. cr. morgens farb nach kurzem schweren Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schankwirt, frühere Putzmacher
Robert Grüneberg
(Neue Grünstr. 39)
im Alter von 42 Jahren.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. cr., nachm. 2 Uhr, von der Halle des Paulsen-Kirchhofs, Myrdor, Dreimannstraße, aus statt. 25245
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sehen Dank dem Gesangsverein „Freiheit“, Weisenfer, für den Gesang bei der Beerdigung unseres Kameraden August Krüger.
30082
D. R. G. R.



Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau,
Oranienstr. 30 Ecke Adalbertstr.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.
Weihnachts-Anverkauf.
Puppenwagen) außerordentl. Kinderwagen) lich billig! Sportwagen)
Max Brinner, Jerusalemstr. 42-29768*) Filiale: Brunnenstr. 6.

Größtes Lager aller Arten Uhren und Goldwaren
sowie Hochzeits- und Patengeschenke in Silber und Messing von den einfachsten bis zu den elegantesten. (30072*)
Massen-Auswahl
in sämtlichen Schmucks. Spezialität: Opal- und Jaspisregulateure und Preiswähler mit Schlagwerk von 14 M. an.
Remontoir-Uhren von 5 M. an.
Goldene Ringe von 1,25 M. an.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112,
Fernsprecher Amt III Nr. 6560.

Große Frankfurterstraße 39.
Chic,
Gelegenheitskäufe für moderne 24702*
Herren-Artikel
Spezialität der Firma: Hüte, Handschuhe, Wäsche, Krawatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Hosenträger.
Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen.
Große Frankfurterstraße 39.
Guido Müller junior,
Oranienstr. 42-29768*)
Sauts in Thüringen.

Berlins grösste Fischhandlung
empfiehlt von täglich frischem Fange und täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons frische, geräucherter und marinierte
Seefische
zu bekannt billigen Preisen.
Central-Fernsprecher Amt III. 8804.
Schellfische in allen Größen 25-45 Pf. pro Pfd.
Cabljan 35 Pf., im Ausschnitt 40-45 Pf. „ „ „ „
Seelachs 30 Pf., 40 Pf. „ „ „ „
Rotzungen 45-50 Pf., **Bratflundern** 25 Pf., **Schollen** 40-50 Pf., **Sechecht** 40-45 Pf.
feinste Tafelzander 70-80 Pf. pro Pfd.
„ **Steinbutten** in allen Größen 1,10-1,30 M. pro Pfd.
„ **Kleine Steinbutten** 60-70 Pf. pro Pfd.
„ **Seezungen** in allen Größen 1,10-1,60 Mk. pro Pfd.
„ **Holländ. Austern** pro Dtz. Mk. 1,80-2,00.
Helgol. Nordsee-Austern pro Dtz. Mk. 1,00.
Pfahlmuscheln pro 100 Stück Mk. 0,90-1,00.
Lebende Hummern Mk. 2,30-2,40 pro Pfd.
Johs. Skorezyk
Generalvertreter der Deutschen Dampfschiff-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Filiale: **Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.**
III. **Prinzenstrasse 30.**
IV. **Madaistr. 22, im Schlesiischen Bahnhof.**
Zähne vorzüglich färbend, Garantie, Preiszahl, Plomb, (Amerik. Zahn), Unw., (Schlecht), (Geb. Goldstein, Oranienstr. 123-

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Donnerstagabend 8 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
1. Die Auflösung des Vertragsverhältnisses durch die Unternehmer.
2. Berufungs- und Differenzen.
3. Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmänner-Karte legitimiert.
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt einen Vertreter zu entsenden.
N.B. Die Mitglieder der Ortsverwaltung werden ersucht, sich um 7 1/2 Uhr auf dem
Verbandsbureau einzufinden.

Donnerstag, den 12. d. Mtz., abends 8 1/4 Uhr, bei Bauer, Rosenhalestr. 57:
Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:
1. Krankenfällen-Angelegenheiten. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kommission.

Morgen, Freitagabend 8 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Sitzung der Ortsverwaltung.

**Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Donnerstag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im „Eiseller“, Chausseestraße Nr. 88.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Bericht der Revisoren.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes sowie der Mitglieder für die Presb.,
Social- und Agitationskommission, ferner der Zeitungsredigoren. 4. Ver-
schiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Sapfreichen Besuch erbittet
Der Vorstand.

Schöneberg.
Heute Donnerstagabend 8 Uhr, im Obfischen Lokal,
Reinigerstraße 8:
Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Referent: Fritz Zubeil.

Wichtig! Kupferschmiede. Wichtig!
Sonntag, den 14. Dezember 1901, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 7, Engel-Ufer 15:
Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Neuwahl des gesamten Vorstandes.
Der Vorstand.

Männer-Vortrag
Morgen, Freitagabend 8 1/4 Uhr, Kommandantenstr. 30: **Bezahl. Natur-
heilkundiger Graubmann** erkrankt an **Widwiden Nerven- und
Geschlechts-Krankheiten**. Eintritt 20 Bg. Broschüre gratis
Berl. Naturheilverein. Naturärzt. Sprechst. Kuntzschall Köpenickerstr. 72
Heute Donnerstag: Vortrag, Kunitzschall, Türkenstr. 45.

Allen Brillenbedürftigen
empfehlen sich das altrenommierte Institut für Präzisions-Optik von
Ernst Riek vorm. H. Richter, Berlin N., Weinbergsweg 15b,
zweites Geschäft vom Rosenthaler Thor.
Bitte genau auf Firma zu achten, da sich in der Nähe
noch andere derartige Geschäfte befinden.
Fachgemäßes Anpassen der Augengläser, sowie der Brillen und
Pincenez nach Kopf- und Nasenform.
Specialität:
Theater- u. Reiseperspective.
Triumph: mit Leder-Etuis und
Riemen, gross, Mk. 3.-
Excelsior: mit Leder-Etuis, zwei
Riemen und Compass Mk. 12.-
Ganz besonders zu empfehlen sind
meine Serien Monopol u. Rapid.
Monopol: Glas mit grosser Licht-
stärke, klein, Mk. 12.-
gross „ 16.-
Rapid: Combination für Reisen
und Theater, No. 1 klein 18.-
alle extra „ 2 mittel 22.-
scharf „ 3 gross 26.-
**Garantirt achromatische
Theatorgläser** von Mk. 6.- an.
Grosse Auswahl in Barometern,
Thermometern, Reisezeugen,
Dampfmaschinen, Betriebsmodellen
Eisenbahnen, Laterna magica.
Photographische Apparate
in allen Preislagen.
Elektrische Lehrmittel.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
jetzt: Köpnickersstrasse 160, Mantelstrasse.
Zum bevorstehenden Weihnachtsfest
empfehle ich meine Geschäfte in
**Spiel- und Böttcherwaren,
Haus- und Küchengeräten.**
G. Michelchen,
1. Geschäft: Köpnickersstr. 92.
2. Dredenerstr. 15.

Guten Nebenverdienst
durch Handel mit meinen höchst ori-
ginellen echt japanischen Vögeln mit
Gibern, Stück 10 Bg. Große Gebir-
banenschmuck-Ausstellung für Händler
und Hausierer hohen Rabatts. 29332
Reinickendorferstr. 56 b.
Gegenüber der Webbingstr.

Lager
in
**fertiger Herren-
und
Knaben-Konfektion.**

Billige Preise.

Deutsche Herren-Moden
Max Rosner, Schneidermeister
Bergstrasse 30/31. RIXDORF Bergstrasse 30/31.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe.

Eigne Werkstatt im Hause. (2550L*) Eigne Werkstatt im Hause.

— Feste Preise. —

Polyphon-Musikwerke

Selbstspielende
u. zum Drehen mit
auswechselbaren
Metall-
Notenschleiben
zum
Preis v. 20 M. aufwärts
gegen Monatsraten
v. 2 M. an.

Phonographen Grammophone

erstklassige tadellos
funktionierende
Apparate mit
Wachswalzen
u. Hartgummi-
platten
zum Preis v. 20 M. aufwärts
gegen Monatsraten
v. 2 M. an.

Photogr. Apparate

aller Systeme
sowie sämtl.
Zubehör u.
Bestandteile
Nur erstklassige Fabrikate
gegen mässige Monatsraten.
Illustr. Spezialkataloge
über jeden Artikel gratis u. franco.
**BIAL & FREUND
in Breslau II.**

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr,
Berliner Theater: 5. und 6. Abteilung:
Heimg'funden.
5. Serie im Lessing-Theater am 22. Dezember: **Der
eingebildete Kranke**, Lustspiel von Moliere, und
Die Medaille von Thoma.
6. Serie im Carl Weiss-Theater am 12. Januar 1902:
Dantons Tod. Drama von Georg Büchner.
231/14 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Das beste Genussmittel für den Magen und unentbehrlich für jede Haushaltung ist

Nur echt
mit
vollem Namenszug
Dr. med. Woerlein's
prakt. Arzt.
**Dr. med. Woerlein's
Magentrank** a M. 1.-,
1,50, 3.-
— per Flasche. —

Diätische Thees.

Herbrant: Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.
Erfolgrich in Berlin:
C.
Dr. Albert Bernards Einhorn-Apotheke,
Puritz 34/35.
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant,
Königsstr. 59.
A. Thiele & Co., Landsbergerstr. 54.
Otto Kretschmar, Rosenhalestr. 6/7.
Robert Goetze Nachf., Auguststr. 30.
Bernhard Moock, Alte Schönhauser-
str. 42.
Doebbel & Co., Wägenstr. 30.
Gebr. Schütz Nachf., Hoher Stein-
weg 9-10.
P. Haase Nachf., Niederwallstr. 28-29.
Max Arnold, Segelfstr. 31a.
Richard Loose, Kaiser Wilhelmstr. 12.

W.
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant,
Weidenhauerstr. 7a.
C. A. Winkler Nachf., Droguerie, Sur-
fürterstr. 139.
Max Eckert, Adler-Droguerie, Kulin-
str. 1, Ecke Alsenstr. 10.
Bruno Stärkow, Rollendorferstr. 8.
W. Köppen, Alsenstr. 26a.
Dr. H. Rossmann & Co. Nachf., Polle-
str. 24.
Hans Schoone, Roggeburgerstr. 25.
Eugen Gwin, Fischerstr. 15.
Paul Oelgart, Demowstr. 14.
M. F. Berger, Neue Steinmeyerstr. 3.

NW.
G. A. Hesterberg, Droguerie u. Par-
fümerie, Luisenstr. 39.
Herm. Bardorf, Goggenhofstr. 30.
H. Bischoff, Beusselstr. 31.
Herrlich Mehlitz, Bredowstr. 42.
F. u. R. Rades, Wilhelmshagenstr. 52.
Felix Günther, Strömstr. 40.
Hans Nossack, Stephanstr. 56.

SW.
Franz Schwarzlose, Leipzigerstr. 56.
Apoth. E. R. Helmiger, Drog., Kochstr. 3.
Gustav Rettig, Beusselstr. 91.
Ernst Wilh. Weisich, Fischerstr. 1.
C. F. Ancker, Friedrichstr. 249.
Johannes Scopa, Fiedlerstr. 240/241.
Kurt Bahr, Fischerstr. 15.

S.
Max Lichterfeld, Pörsch-Droguerie,
Prinzstr. 66.
Apotheker H. Chronik's Droguerie,
Gneisenaustr. 54.
Paul Oelgart, Felsenheide 61.
Ernst Schröter, Fischerstr. 27.
Hugo Wolter, Köpnickersstr. 42
am Hermannplatz.
Max Rost, Ritterstr. 4-5.
Oscar Knauth, Kommandantenstr. 30.

O.
Julius Beetz, Petersburgerstr. 72.
Jos. Gilpin, Petersburgerstr. 37.
Gustav Rehm, Frankfurter Allee 120.
Max Angermann, Köpnickersstr. 13.
Gustav Bersag, Weidenweg 75.
Franz Zimmer, Thoenstr. 62a.
Albert Burde, Rappstr. 9.
E. Tschaler, Köpnickersstr. 1.
Hermann Müller, Langestr. 16.
F. Jacob, Andreas-Droguerie, Kleine
Andreasstr. 11 (Andreasplatz).

NO.
Rich. Loose, Kochl. G. Ulrich, Neue
Königsstr. 18.
Franz Buhl, Neue Königsstr. 85.
Ernst Werk, Al. Frankfurterstr. 18-19.
Fritz Webers Nachf., Inh. Arthur
Zorll, Vondsbergerstr. 99, Eingang
Ballisadenstr. 17.
Arthur Schebeler, Ballisadenstr. 17.
J. Majcherkiewicz, Gr. Frankfurter-
str. 35-36.
Emil Vehl, Marienburgerstr. 36.
Eugen Retzdorf, Hufestr. 40.

SO.
Dr. v. Walcks Luisenstadt. Apotheke,
Köpnickerstr. 119.
Paul Schulze, Köpnickerstr. 23a.
Apoth. J. Vaterioss, Köpnickerstr. 6.
Apoth. Rud. Schrader, Köpnicker-
str. 80-81.
Eugen Kresch, Köpnickerstr. 134/135.
Apoth. Rob. Nühlenbach, Fischerstr. 40.
Apoth. B. Rothmann, Weidenstr. 3.
Richard Kayser, Weidenbergerstr. 16a.

Ph. Lerch, Weidenbergerstr. 116.
F. Gast, Weidenbergerstr. 184.
Th. Körner, Rantaustr. 78.
Georg Scharnitzky, Gubenerstr. 24.
Willy Domsalla, Faldenstr. 44.
Otto Wandrey, Doppelstr. 45.
Droguerie Finsterbusch, Stolper-
str. 63-64.
Oskar Petri, Drantsenstr. 7.
Herm. Voss, Köpnickersstr. 8.
Gustav Kohl, Köpnickersstr. 7.
Otto Reichel, Köpnickersstr. 4.

N.
G. A. Hesterberg, Droguerie u. Par-
fümerie, Gieselerstr. 97.
Hugo Barth, Brunnenstr. 18.
Franz Bernerker, Brunnenstr. 102.
W. Kapell, Brunnenstr. 118.
Ferdinand Ammann, Invalidenstr. 115.
Knoth Eugen Dultz, Invalidenstr. 153.
Oskar Ihlow, Beteranenstr. 26.
Paul Böhm, Charlottenstr. 20, Ecke
Schwedterstr. 20.
August Wolff, Reberstr. 9.
Adolf Gault, Schönhauser Allee 27.
Bernhard Michaels, Schönhauser
Allee 183.
H. Kröning, Ramlerstr. 7.
Arthur Mothes, Sonnenmünderstr. 43.
Knoth Carl Mey, Hefedammstr. 11.
Hugo Lubowsky, Köpnickersstr. 30.
Hugo Schulz, Köpnickersstr. 166a.
Otto Rost, Burgstr. 15.
H. Lauterbach Nachf. R. Richter,
Reinickendorferstr. 61, am Reitelber-
platz.
Paul Recollin, Reinickendorferstr. 26a.
Max Noa, Reinickendorferstr. 48.
C. Pfotenhauer, Weidenbergerstr. 30.
Emil Fischer, Vorbringerstr. 26.
Carl v. Weydenberg, Gr. Hamburger-
str. 12.

Charlottenburg.
Carl Tusche, Savignypfad 5.
A. Lutter & Co., Berlinerstr. 56 und
Spannauerberg 6.
Emil Gosse, Berlinerstr. 137.
Erich Schindel, Köpnickersstr. 130.
P. Habermann, Köpnickersstr. 28.
W. Hinze, Köpnickersstr. 59.
Otto Arnold & Co. (M. Zetsche),
Weidenstr. 23.
Albert Kühne, Scharrenstr. 36.
Hermann Muntz, Dandemannstr. 2.
Hugo Piaschko, Spannauerberg 14.
Victoria - Droguerie Max Mayer,
Joachimshalerstr. 3.
Alfred Arendt, Weidenbergerstr. 8.

Friedenau.
Georg Oelgart, Rhein- u. Sedwigt-Edt.
Dankmar Hermann, Dürerplatz 1.
Gr. Lichterfelde.
Max Winda, Dürerstr. 7a.
Apotheker M. Gartz, Droguerie-Weh-
Bazar, Ritterstr. 1/2.
Paul Remus, Steglitzerstr. 47.
Otto Borstell, Bismarckstr. 31.
Pankow.
Apoth. Wilh. Eichstaedts Löwen-
Droguerie, Breiterstr. 8-9.
Gebrüder Hartung, Breiterstr. 16.
Richard Rossmann, Breiterstr. 61.
Rixdorf.
Paul Lemcke, Köpnickersstr. 242.
Robert Trinkelker Nachf. Max Künzel,
Berlinerstr. 20.
G. R. Frenzel, Prinz Handjerystr. 46
und Hermannstr. 227.
A. Jungblut, Bergstr. 157 u. Walter-
str. 26.
Johannes Golck, Steinmeyerstr. 37.
Schöneberg.
Borussia-Apotheke und Droguerie
H. Doehl, Hauptstr. 141.
Hermann Voges, Hauptstr. 100.
Heinrich Hotze, Sedanstr. 82.
August Kortebach, Bahustr. 42.
M. Rychlitzki, Köpnickersstr. 17.
M. F. Berger, Neue Steinmeyerstr. 3.
Steglitz.
Heinrich Hasselmann, Droguerie zur
Post, Albrechtstr. 16.
Wilmerdorf.
Carl Tusche, Faldenstr. 79.



SANDMANN & WOLFFGANG GEBRÜDER Com. Ges. BERLIN S.W.

Umsonst

erhält jeder Käufer einen Damen-Mantel
bei einem Einkauf von 30 Mk. 109/20*
Der Einzelverkauf
findet nur so lange statt, als der Vorrat reicht.

Damen-

Jackets, Paletots, Capes etc
in den neuesten Stoffen u. Façons
bedeutend unter Preis.

Damen-Mantel-Fabrik Bernhard Baer
Engros - Export
Niederwallstr. 35/36 part., nahe Hausvogtei-Platz.
Sonntags von 12-8 Uhr abends geöffnet.

Reisemuster
und einzelne
Modelle
spottbillig.

Lager
in
**fertiger Herren-
und
Knaben-Konfektion.**

Billige Preise.

Deutsche Herren-Moden

Max Rosner, Schneidermeister

Bergstrasse 30/31. RIXDORF Bergstrasse 30/31.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe.

Eigne Werkstatt im Hause. (2550L*) Eigne Werkstatt im Hause.

— Feste Preise. —

Specialität:
**Arbeiter-Berufs-
Kleidung.**

— Feste Preise. —

Am vorzüglichsten geeignet als

Weihnachts-Geschenke

für alle Berufs- und Gesellschaftsklassen!

Tait's Diamanten

sind die beste Imitation der Welt,

und werden in Folge ihres unerreichten Glanzes und Feuers von Leuten getragen, die berechtigt sind, die höchsten Ansprüche an Schmucksachen zu stellen.

Sie haben die Welt in Erstaunen
und Entzücken versetzt.
Kommen und sehen Sie wie sie funkeln.

Postbestellungen

an unsre Adresse Berlin W., Friedrichstr. 169, werden prompt und sorgfältig ausgeführt. Jeder hier abgebildete Gegenstand wird nach Empfang von 6,30 Mark franko, oder gegen Nachnahme von 6,50 Mark versandt.

Nichtkonvenierendes wird bereitwilligst kostenlos umgetauscht

Ringe, Broschen, Hemdenknöpfe, Ohrringe,
Krawattennadeln, Haarnadeln, Halsketten,
Schnallen, Manschetten-Knöpfe

in ungezählten Mustern zum Einführungspreis von

6

Mark

das Stück.

Ohrringe, Ohrschrauben,
Manschettenknöpfe

6 Mark
das Paar.



Tait's American Diamond Palace BERLIN

Friedrichstrasse 169
zwischen Behren- und Französische Strasse.

Friedrichstrasse 181
zwischen Mohren- und Taubenstrasse.

Central-Hotel, Laden 15
zwischen Dorotheen- und Georgenstrasse.

